Ausgabe 3 - Juni 2013

11. Jahrgang, Nr. 60

Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366

Deutschland und die Bundeswehr

Martin Kirsch ~ Der neue Heimatschutz der Bundeswehr - **1**

Jürgen Wagner ~ Division Schnelle Kräfte: Deutsche Spezialkräfte im Umbruch - **10**

Thomas Mickan ~ Motivationsfaktor Kita: Über Belegrechte und die Privilegierung der Bundeswehr - **11**

Manfred Dietenberger ~ Brothers in Arms: Die Verbrüderung der Gewerkschaftsspitze mit dem Militär - **19**

EU-Militarisierung

Jürgen Wagner ~ EU-Rüstungsexporte: Unerwünschte Debatte - **22**

Jürgen Wagner ~ Empire Redux? Großbritannien will erneut die imperiale Bürde schultern - **25**

Drohnen

Beni Müller ~ Schweiz: Die Drohnen und der Feind im Innern - **28**

Christoph Marischka ~ Frustrierende Drohnen im lückenlosen Gefechtsfeld - **30**

Interview mit AGFA-V: Feministische Drohnenkritik - **32**

Editorial:

In den letzten Wochen haben sich die Ereignisse noch mehr überschlagen, als das in diesen bewegten Zeiten ohnehin der Fall ist. Mit kurzen Meldungen in der neuen Rubrik „IMI-Aktuell“ auf unserer Homepage haben wir uns dem Tempo der Ereignisse zwar etwas angepasst, trotzdem können wir in dieser Ausgabe des AUSDRUCK nicht auf alles eingehen, wozu wir uns gerne äußern würden. Mit Spannung etwa verfolgen wir die Proteste gegen die AKP in der Türkei und die sich wandelnde Positionierung einiger NATO-Staaten zum Konflikt in Syrien. In beiden Fällen scheint es uns jedoch noch zu früh, die teils widersprüchlichen Informationen zu sortieren und ausführliche Analysen vorzulegen. Dafür freuen wir uns, dass Martin Kirsch zeitnah eine Studie zur Aufstellung der „Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte“ für den Bundeswehreinsatz im Inneren für uns erstellt hat, die wir leicht gekürzt in diesem Heft veröffentlichen und allen ans Herz legen möchten.

Von den Ereignissen geradezu überrollt wurden wir auch hinsichtlich des Themenkomplexes Drohnen. Obgleich sie einen Schwerpunkt in dieser Ausgabe bilden, bleibt die Debatte um den Euro Hawk hier außen vor. Das Ausmaß, in dem Deutschland über die US-Stützpunkte Ramstein und das Africom bei Stuttgart in die US-Drohnenkriegführung verstrickt ist, hat uns selbst überrascht und werden wir in Zukunft genauer unter die Lupe nehmen. Das geschieht auch im Rahmen der Kampagne „gegen die Etablierung von Drohnentechnologie für Krieg, Überwachung und Unterdrükkung“, an der wir uns beteiligen und die auf ihrer Homepage umfangreiche Informationen zur Verfügung stellt (drohnenkampagne.de).

Ein interessanter Zugang zum Thema Drohnen wurde auch auf dem diesjährigen Kongress der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) Anfang Mai in München ausprobiert, worauf wir hier mit einem Interview hinweisen wollen. Unmittelbar nach „dem Buko“, an dem sich die IMI auch dieses Jahr beteiligt hatte, begann in München in zumindest zeitlichem Zusammenhang mit dem Prozess gegen den „Nationalsozialistischen Untergrund“ eine Serie rechter Anschläge und Übergriffe auf Projekte, die in die Vorbereitung des Buko involviert waren. Diese wehren sich nun mit dem Aufruf „Gemeint sind wir alle“ (http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/Gemeint-sind-wir-alle.pdf) und bitten um Spenden zur Reparatur der Schäden (Bayerischer Flüchtlingsrat, Konto-Nr: 88 32 602, BLZ: 700 205 00, Stichwort: Spende gegen Nazis).

Zum Schluss noch etwas Erfreulicheres: Die Vorbereitungen zum IMI-Kongress 2013 (15.-17. November) sind angelaufen und versprechen bereits jetzt schon, spannend zu werden.

Die Redaktion

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka, Jonna Schürkes, Andreas Seifert, Thomas Mickan.

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 25 € bzw. Förderabo 37 €.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten: Δ Jürgen Wagner, EU-Rüstungsexporte, in: junge Welt 27.04.2014.

Bildnachweise wie angegeben außer: Titelbild: Foto von Michael Schulze von Glasser.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe: Christoph Marischka, Jürgen Wagner sind IMI-Vorstandsmitglieder. Thomas Mickan ist IMI-Beirat. Martin Kirsch war Praktikant bei der IMI. Beni Müller ist Sekretär bei der Aktion Schweiz ohne Armee. Manfred Dietenberger ist Gewerkschafter und lebt in Waldshut.

Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisierung und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer ist:
1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20).
IMI-Förderverein: 1766996 bei der Kreissparkasse Tübingen.

Kontakt:
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203 (Sudhaus)
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Der neue Heimatschutz der Bundeswehr

Die Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte und das Kommando Territoriale Aufgaben als neue Instrumente für den Inlandseinsatz

von Martin Kirsch

Seit 2003 ist die Bundeswehr auf Transformation ausgelegt. Darunter wird nicht eine Reform mit klar definiertem Start und Ziel, sondern eine ständige Anpassung an die vermeintliche strategische Lage verstanden. Laut Verteidigungsminister Thomas de Maizière ist der aktuelle Umstrukturierungsprozess der Bundeswehr seit 2011 der letzte Schritt, um sich von den alten Strukturen aus dem Kalten Krieg zu trennen[1] und eine international einsetzbare Armee für das 21. Jahrhundert zu schaffen.

Deutschland wird nicht mehr an der Elbe gegen den Warschauer Pakt, sondern am Hindukusch und am Golf von Aden verteidigt. Nicht feindliche Soldaten in Uniform, sondern Terroristen, Aufständische und Piraten sind das Ziel einer modernisierten deutschen Armee. Dieses Ungleichgewicht wird als asymmetrische Kriegsführung bezeichnet. Gefahren können im asymmetrischen Krieg überall lauern: ein Anschlag auf ein Feldlager, auf eine Regierungseinrichtung, eine Entführung - auch die eines Handelsschiffes - oder eine Patrouille, die in einen Hinterhalt gerät. Die alten Konzepte der Landesverteidigung mit einer flächendeckenden Verteidigungsarmee werden damit hinfällig. Die neue Priorität heißt Einsatz. Dafür werden Heer, Luftwaffe und Marine zu kleineren, spezialisierten, mobilen Verbänden umstrukturiert.

In diesen neuen Einsätzen spielt der Schutz kritischer Infrastruktur eine zentrale Rolle.

Darunter versteht die Regierung „Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden."[2] Während die Ausgangssituation in Afghanistan offensichtlich nicht mit der in Deutschland zu vergleichen ist, gilt der Gedanke der asymmetrischen Bedrohung offensichtlich dennoch nicht nur am Hindukusch. Auch hier machen sich die Sicherheitsstrategen Gedanken, wie ein so genannter „vernetzter Sicherheitsansatz" die Heimat schützen kann. Eine Verbindung zu Afghanistan entsteht, weil die Architekten der neuen Sicherheitsstrategien wissen, dass die zunehmenden diplomatischen und militärischen Interventionen Deutschlands weit außerhalb des NATO-Gebietes auch ein Risiko für die Heimat darstellen. Nach ihren Analysen steigt auch hier die Gefahr von Angriffen und Terroranschlägen, aber auch ein großer Streik oder eine entschlossene Protestbewegung, die der Armee im Einsatz zusetzen könnte, wird demnach zu einem ernsten Problem.

Für die Überlegungen, wie „Sicherheit" hier - an der „Heimatfront" - hergestellt werden kann, wird auch in Deutschland der Schutz Kritischer Infrastruktur ins Feld geführt. Die strikte Trennung von innerer und äußerer Sicherheit, Armee und Polizei wird dabei als zu überwindendes Problem angesehen. Alle Behörden, Institutionen, Organisationen und Geheimdienste, die kritische Infrastrukturen schützen können, darunter auch die Bundeswehr, sollen zur Verfügung stehen, falls es für nötig erachtet wird. Ob die Situation, in der der Staat nicht mehr vollends Herr der Lage ist, nun von Terroristen oder Naturgewalten ausgeht, spielt dabei zunächst eine untergeordnete Rolle.

In welcher Form die jeweiligen Akteure an- und abrufbar sein, koordiniert und kontaktiert werden sollen, ist Gegenstand umfassender und integrativer Reformen, die auf die Schaffung einer neuen „Sicherheitsarchitektur" abzielen. In dieser Transformation kämpft auch die Bundeswehr um ihre Rolle als Ordnungsfaktor im Inland.

Zwei entscheidende Umstrukturierungsprozesse, welche den Einsatz der Bundeswehr im Inneren erleichtern und auch jenseits des Verteidigungsfalles zum Normalzustand machen sollen, werden in dieser Studie beschrieben: Die Aufstellung auch für militärische Aufgaben im Inland vorgesehener und aus Reservisten zusammengestellter Regionaler Sicherungs- und Unterstützungskräfte (RSUKr) und das neue Kommando Territoriale Aufgaben (KTA) sowie die ihm zugeordneten Aufgabenbereiche.

Dabei wird klar, dass sich die Bundeswehr nicht nur zur international einsetzbaren Interventionsarmee transformiert, sondern auch versucht, die „Sicherheitslücke" in der Heimat zu schließen und sich hierfür neu aufzustellen. Zwischen 2003 und 2013 wurden die alten Strukturen zur Landesverteidigung, die noch aus Zeiten des Kalten Kriegs stammten, schrittweise eingemottet. Die vier Wehrbereichskommandos Küste, Ost, West und Süd und die ihnen unterstellten Verteidigungskreis- und Verteidigungsbezirkskommandos wurden in den letzten Jahren außer Dienst gestellt. Auch die Heimatschutzkompanien, die größtenteils aus Reservisten bestanden und der Kampftruppe im Kriegsfall den Rücken freihalten sollten, wurden aufgelöst.

Seit 2011 ist mit der Aussetzung der Wehrpflicht, aber auch konzeptionell mit den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien, ein neuer Schritt der Transformation im Gange. Ein neuer Heimatschutz wurde definiert und die Aufgaben im Inland umgestaltet. Mit dem neuen Kommando Territoriale Aufgaben werden die Entscheidungen über Inlandseinsätze und deren Koordination unter ein zentralisiertes Kommando in der Hauptstadt Berlin gestellt. Die Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte (RSUKr) als neue Heimatschutztruppe stehen jetzt im Gegensatz zu ihren Vorgängern, den Heimatschutzkompanien, per Definition auch in „Friedenszeiten" zur Verfügung.

Zuvor wurde im Weißbuch der Bundeswehr von 2006[3] der Ausbau der Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit im Inland (ZMZ-I) eingeleitet. In diesem Rahmen wurde seit 2007 ein neues territoriales Netz geschaffen. Die neue Territorialstruktur der Bundeswehr passt sich jetzt an die föderale Struktur der Bundesländer sowie der Regierungsbezirke und Kreise an, um dort den Kontakt zu lokalen Behörden und Organisationen wie Polizei, Feuerwehr, THW, Rotem Kreuz und Ähnlichen zu halten. Falls etwas passiert, sitzt die Bundeswehr nicht mehr in ihren Kasernen, sondern in Form von extra dafür geschulten Reservisten in den Katastrophenstäben selbst oder zumindest nah dran. Den zivilen Behörden wird es erleichtert, so genannte Amtshilfe von der Bundeswehr anzufordern, wenn Großgerät, Soldaten, oder aber 10.000 Stück Blechkuchen[4] gebraucht werden. Dabei wächst das Führungspersonal von zivilen Behörden und Bundeswehr zusammen, durchläuft gemeinsame Lehrgänge und steht in regem Austausch. Die Bundeswehr, ihre Soldaten und Reservi-

sten werden zu unverzichtbaren Helfern bei Großeinsätzen von Polizei und Rettungskräften.

Trotz aller Umstrukturierungsmaßnahmen bleibt die Rechtsgrundlage für einen Einsatz im Inneren, je nach Standpunkt, unklar oder stark beschränkt. Die Erfahrung mit Einsätzen der Bundeswehr zur Überwachung von Demonstranten beim G8-Gipfel oder der Schutz der Münchner Sicherheitskonferenz durch Feldjäger, jeweils organisiert über die neu geschaffenen Verbindungskommandos, lässt allerdings vermuten, dass Strukturen, die jetzt aufgebaut werden, früher oder später auch ohne klare Rechtsgrundlage für repressive Zwecke zum Einsatz kommen werden. Forderungen nach einer Legalisierung von Repressiveinsätzen der Bundeswehr im Inneren begleiten die Umstrukturierungsprozesse der Armee bereits seit den 1990er Jahren[5]. Vorerst werden die juristischen Grauzonen des vom Grundgesetz erlaubten Inlandseinsatzes bis ins Unendliche ausgedehnt. Letztendlich muss klar sein, dass die Gesetzeslage zwar den offiziellen Rahmen für Bundeswehreinsätze im Inneren bildet, in konkreten Fällen aber politisch und nicht juristisch über einen Einsatz entschieden wird.

Regionale Sicherungs- und Unterstützungskräfte: Reservistentruppe für den Heimatschutz

Seit 2012 arbeiten Bundeswehr und Reservistenverband daran, eine vermeintliche Lücke im territorialen Netz zu schließen. Nach der Auflösung der Heimatschutzbataillone 2007 gab es fünf Jahre lang keine Reservisteneinheiten, die explizit für Sicherungsaufgaben an der Heimatfront aufgestellt waren. Die Auflösung dieser inaktiven Truppenteile war im Zuge der Transformation der Bundeswehr erfolgt. Aufgabe der Heimatschutzbataillone war es, im Spannungs- und Verteidigungsfall in einem Kalten-Kriegs-Szenario Kasernen Transportwege und Aufmarschgebiete zu sichern, also der kämpfenden Truppe den Rücken frei zu halten. In „Friedenszeiten“ bestand ihre Tätigkeit lediglich in der Übung für den Ernstfall.

Die seit Anfang 2012 im Aufbau befindlichen Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte (RSU-Kräfte) der Bundeswehr werden als Nachfolgeeinheiten der Heimatschutzkompanien gehandelt. Ihr Aufgabenspektrum wurde allerdings grundlegend an das aktuelle sicherheitspolitische Konzept von vernetzter Sicherheit und der Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit (ZMZ)

Rechtsgrundlage Inlandseinsatz

Bekanntlich enthielt das Grundgesetz bei seiner Verkündung 1949 keinerlei Rechtsgrundlagen für die Schaffung einer Armee. Jedoch schon 1956, mit dem zuvor vollzogenen Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO, wurde die Bundeswehr gegründet. Als Grundlage ihrer Existenz legt Artikel 87a Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes fest, dass der Bund Streitkräfte zur Verteidigung aufstellt. Damit war auch die damalige alleinige Aufgabe der Bundeswehr, aufgrund der politischen Realitäten de facto die Landesverteidigung, umrissen; Kompetenzen im Inland wurden ihr nicht zugestanden. Vielmehr legte Artikel 143 GG in der Fassung von 1956 noch besonders fest, dass im Zuge der so genannten Wiederbewaffnung eine Befugnis zum Einsatz der Bundeswehr im Innern selbst in Fällen des Notstands nicht zulässig war. Erst im Zuge der so genannten Notstandsgesetzgebung von 1968 wurde der verfassungsrechtliche Rahmen zur Verwendung der Bundeswehr mit der Möglichkeit des Inlandseinsatzes erweitert. Demnach heißt es in Artikel 87a Abs. 2 GG: Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt. Eine ausdrückliche Zulassung findet sich an zwei Stellen für den Einsatz im Innern: Die Bundeswehr kann in Fällen der Amtshilfe, bei Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen (Artikel 35 GG) sowie im bisher noch nie eingetretenen Spannungs- oder Verteidigungsfall zum Schutz ziviler Objekte, zur Übernahme von Verkehrsregelungsaufgaben und zur Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer (Artikel 87a Abs. 3 und Abs. 4 i.V.m. Artikel 91 Abs. 2 GG) eingesetzt werden. Allerdings unterliegen diese Maßnahmen der Einschränkung, dass sie sich nicht gegen Arbeitskämpfe im Sinne des Artikels 9 Abs. 3 GG richten dürfen.

Seither hat sich der Wortlaut dieser Artikel des Grundgesetzes nicht mehr verändert, wohl aber ihr Bedeutungsgehalt durch die jüngere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Ursprünglich wurde unter der Formulierung eines besonders schweren Unglücksfalls ein Schadensereignis von großem Ausmaß verstanden. Beispielhaft war damit ein schweres Flugzeug- oder Eisenbahnunglück, ein Stromausfall mit Auswirkungen auf lebenswichtige Bereiche der Daseinsvorsorge oder der Unfall in einem Kernkraftwerk gemeint, das auf menschliches Fehlverhalten oder technische Unzulänglichkeiten zurückgehen musste. Der historische Gesetzgeber von 1968 hatte als Anwendungsfall für die Begrifflichkeit des besonders schweren Unglücksfalls die norddeutsche Flutkatastrophe von 1962 vor Augen gehabt.

In einem Urteil von 2006 formulierte das Karlsruher Gericht dann eine weite Auslegung des Begriffs des Unglücksfalls. Es sah als Unglücksfälle auch Schadensereignisse an, die von Dritten absichtlich herbeigeführt wurden. Folglich sollten danach vom Begriff des Unglücksfalls auch kriminelle und terroristische Handlungen erfasst sein. In derselben Entscheidung wurde der Einsatz der Bundeswehr als Polizeikräfte vom Bundesverfassungsgericht für zulässig erklärt. Unter den Voraussetzungen der Amtshilfe kann sie seither Aufgaben und Zwangsbefugnisse polizeilicher Art unter Verwendung der für die Polizei üblichen Ausrüstung wahrnehmen. Das Gericht stellte zunächst noch einschränkend fest, dass die Bundeswehr keine spezifisch militärischen Waffen zum Einsatz bringen durfte (als Beispiel wurden die Bordwaffen eines Kampfflugzeugs genannt). In einer diesbezüglich aktuellen Entscheidung von 2012 wurde dann die Zulassung der Verwendung spezifisch militärischer Waffen durch die Bundeswehr nicht mehr grundsätzlich ausgeschlossen. Unter einer erneuten Erweiterung des begrifflichen Verständnisses eines besonders schweren Unglücksfalls wurde der Einsatz der Bundeswehr auch mit spezifisch militärischen Waffen für zulässig erklärt, wenn in ungewöhnlichen Ausnahmesituationen der Eintritt katastrophaler Schäden unmittelbar droht. Als Beispiel wurden besonders gravierende Luftzwischenfälle angeführt. Explizit wurde vom Bundesverfassungsgericht die Situation einer demonstrierenden Menschenmenge vom Begriff des Unglücksfalls ausgenommen. Kritiker verweisen allerdings auf das hohe Maß an Unbestimmtheit und Missbrauchsanfälligkeit der durch das Verfassungsgericht gefundenen Formulierungen, die als Folge einen Militäreinsatz im Innern nach sich ziehen können. *Michael Haid*

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

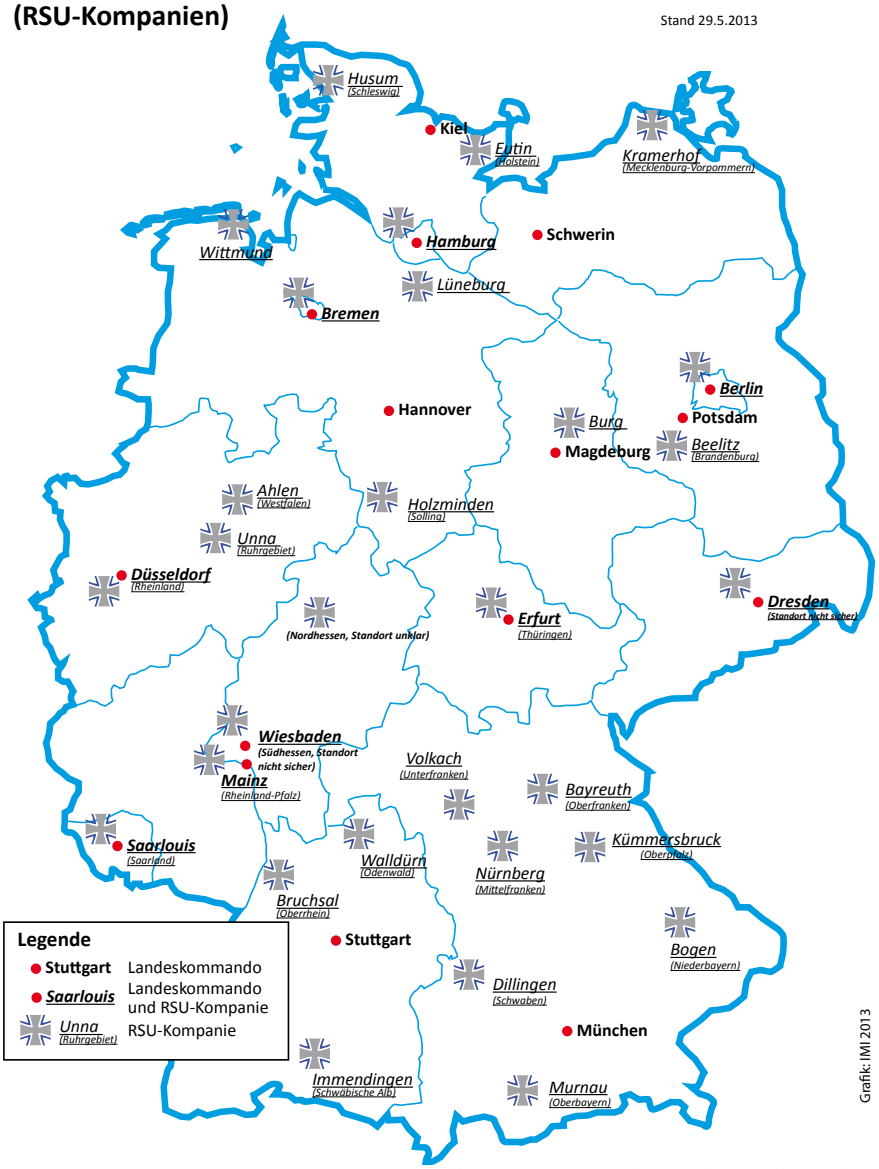
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

angepasst. Einsätze in „Friedenszeiten“ sind für die RSU-Kräfte in diesem Rahmen grundlegender Teil ihres Aufgabengebietes im Bereich Heimatschutz.

Die RSU-Kräfte werden als Kompanien bestehend aus rund 100 bis 130 ReservistInnen aufgestellt und sind den Landeskommandos zugeordnet. In jedem Bundesland werden zwischen einer und sieben Kompanien aufgestellt. Insgesamt sollen vorerst 30 RSU-Kompanien entstehen, die dann mehr als 3.000 Personen umfassen werden. Die ReservistInnen gehen einem zivilen Beruf nach und werden nur für Übungen und Einsätze in den Soldatenstatus versetzt. Material, Waffen und Übungseinrichtungen werden von den jeweiligen Pateneinheiten aus der aktiven Truppe zur Verfügung gestellt. Aufstellung und Dienst sollen heimatnah, also in der Region der Wohnorte der ReservistInnen stattfinden. Zentrale Aufgabe der RSU-Kräfte ist der Heimatschutz. Das bedeutet von Katastrophenschutzaufgaben in Friedenszeiten bis zu Aufstandsbekämpfungsszenarien alles leisten zu können, was dem militärischen Heimatschutz zugerechnet wird. Aber auch Hilfstätigkeiten für die Landeskommandos z.B. bei Großveranstaltungen sowie der Einsatz als Mittler zwischen Bundeswehr und Gesellschaft sind wichtiger Teil des Aufgabenspektrums.

Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte (RSU-Kompanien)

Stand 29.5.2013



Sicherheitspolitische und konzeptionelle Grundlagen

Das ideologische Grundsatzpapier für den momentanen Umstrukturierungsprozess der Bundeswehr, die **Verteidigungspolitischen Richtlinien** von Mai 2011, liefert auch die inhaltliche Grundlage für die Aufstellung der RSU-Kräfte, ohne diese jedoch zu benennen:

„Reservisten unterstützen die Bundeswehr im Regelbetrieb und insbesondere beim Aufbau neuer Fähigkeiten und stärken auch auf diese Weise den Schutz der Heimat. Territoriale Strukturen und nichtaktive Truppenteile leisten einen wichtigen Beitrag zum regionalen Aufwuchs militärischer Fähigkeiten, zum Heimatschutz, zum Betrieb der militärischen Basis im Inland und bei Bedarf zu deren Schutz.“[6]

Unter Heimatschutz werden „Verteidigungsaufgaben auf deutschem Hoheitsgebiet sowie Amtshilfe in Fällen von Naturkatastrophen und schweren Unglücksfällen, zum Schutz kritischer Infrastruktur und bei innerem Notstand“[7] verstanden. Der hier benannte Aufgabenbereich trifft den Kern der RSU-Kräfte.

Als Folgedokument der Verteidigungspolitischen Richtlinien ist im Februar 2012 die **Konzeption der Reserve** (KdR) veröffentlicht worden. Darin wird ein grundsätzlicher Umbau der Struktur der Reserve der Bundeswehr vorgenommen. Die Aufgaben- und Verantwortungsbereiche der Reserve werden im Rahmen der Neuausrichtung der Bundeswehr erweitert. Dabei soll der Heimatschutz als wesentliche Aufgabe der Reserve gestärkt werden, denn, so die KdR: „Für Einsätze im Rahmen von Hilfeleistungen im Innern und zum Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger im Frieden ist eine kurzzeitige Verfügbarkeit [von ResrevistInnen] notwendig“[8].

An prominenter Stelle, im zweiten Absatz der Vorbemerkungen, werden die RSU-Kräfte erstmals öffentlich benannt und als Dienstmöglichkeit für ReservistInnen angepriesen:

„Neu aufzustellende Regionale Sicherungs- und Unterstützungskräfte (RSUKr) bieten allen interessierten und geeigneten Reservisten Chancen des Engagements. Die RSUKr schließen damit eine Lücke der bisherigen Konzeption für die Reservisten und Reservistinnen der Bundeswehr. Der Aufgabenschwerpunkt Heimatschutz stärkt das Prinzip ‚Dienst an der Allgemeinheit‘ (Wir.Dienen.Deutschland.).“[9] Ob Dienst an der Bevölkerung dabei Repressionsmaßnahmen gegen BürgerInnen meint, oder aber großzügige Hilfe in der Not, werden zukünftige Einsätze zeigen.

Auftrag der RSU-Kräfte

Das für die RSU-Kräfte vorgesehene Aufgabenspektrum ist breit angelegt. Als zentral dargestellt und namensgebend sind die „Wach- und Sicherungsaufgaben militärischer Anlagen/ Einrichtungen“[10] im Inland. Darunter fallen nicht nur Bundeswehrstandorte, sondern auch Einrichtungen anderer NATO-Staaten in Deutschland. Zweite zentrale Aufgabe ist die sogenannte „subsidiäre Wahrnehmung von Unterstützungsaufgaben bei der Katastrophenhilfe“[11]. Die Unterstützungsaufgaben werden aber weiter gedacht. So sollen die RSU-Kräfte auch ihre Vorgesetzten und die Landeskommandos insgesamt im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit und Personalwerbung, die Patenverbände bei diversen Veranstaltungen und die Truppe allgemein bei Projekten und Großveranstaltungen unterstützen.

Umstrukturierung der Reserve

Per Definition bildet die Reserve der Bundeswehr, bestehend aus allen ehemaligen Wehrdienstleistenden, Berufs- und Zeitsoldaten, den „Nukleus für einen der jeweiligen Lage angepassten Aufwuchs."[1] Als Teil der Transformation der Bundeswehr beschreibt die Konzeption der Reserve 2012[2] eine Neugliederung in drei Bereiche. Die ersten beiden Bereiche, **Truppenreserve** und **Territoriale Reserve**, bestehen aus „Beorderten" ReservistInnen, die von der Bundeswehr für konkrete Aufgaben eingeplant werden können. Der dritte Teil, die **Allgemeine Reserve** besteht aus allen weiteren ReservistInnen, die im Spannungs - und Verteidigungsfall von der Bundeswehr einberufen werden können.

Die **Truppenreserve** bildet sich aus Ergänzungstruppenteilen, also neun fast ausschließlich aus ReservistInnen zusammengestellten Einheiten des Heeres und der Luftwaffe, die im Ernstfall aktiv werden und so genannten Spiegeldienstposten, die eine konkrete Aufgabe in der Truppe abbilden. Die Reservisten, die Spiegeldienstposten innehaben, üben regelmäßig in der Einheit, der sie zugeordnet sind und können für Urlaubsvertretung, Vertretung von SoldatInnen im Auslandseinsatz, aber auch direkt in Auslandseinsätzen verwendet werden. Für 2001 bis 2006 ist bekannt, dass zwischen 4,3 und 8,7 Prozent der Dienstposten in Auslandseinsätzen mit ReservistInnen belegt waren[3]. Es ist davon auszugehen, dass diese Zahlen im Zuge der Verkleinerung der Bundeswehr eher auf hohem Niveau bleiben oder sogar steigen werden. So schreibt der Reservistenverband etwa im Mai 2013 auf seiner Website (den eigenen Status stolz unterstreichend):

„Ab September dieses Jahres sollen ReservistInnen das Feldlager in Prizren sichern und bewachen. Die 10. Panzerdivision sucht dafür geeignete Soldaten für den KFOR-Sicherungszug. Mit diesem Aufruf der Bundeswehr zeigt sich, dass Reservisten für die Truppe immer wichtiger werden."[4].

Dass die ReservistInnen Teil der „kämpfenden Truppe" sind, zeigen auch Vorfälle wie der Anschlag in Afghanistan im Mai 2007, bei dem drei Reservisten getötet wurden.[5]

Bekanntestes Beispiel eines Reservisten in Afghanistan ist der Schauspieler Gregor Weber. Nach seinem Rauswurf beim Saarland-Tatort ist der aktive Reservist momentan als Pressefeldwebel für die Betreuung von Journalisten im Feldlager Kunduz zuständig.[6]

Die für diese Studie besonders relevante **Territoriale Reserve** besteht aus ReservistInnen, die für den Einsatz in Deutschland, im Verbindungswesen[7] und in den RSU-Kompanien zur Verfügung stehen, sowie drei Ergänzungstruppenteile, die so genannten ZMZ-Stützpunkten im Bereich Pionierwesen und ABC-Abwehr zugeordnet sind.

Die neuen Bereiche der Reserve entsprechen ungefähr den drei Kernaufgaben der „neuen" Bundeswehr: Einsatzorientierung, Territoriale Aufgaben und Planung für einen möglichen Spannungs- oder Verteidigungsfall.

Anmerkungen

1 BMVg: Konzeption der Reserve (KdR), 01.12.2012, S.4.
2 BMVg: Konzeption der Reserve (KdR), 01.12.2012.
3 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der FDP-Fraktion „Reservisten der Bundeswehr", BT-Drs: 16/5867, 02.07.2007.
4 Reservistenverband: Bis zu 82 Reservisten für den Kosovo-Einsatz gesucht, 14.05.2013; http://www.reservistenverband.de.
5 Deutschland trauert um gefallene Soldaten, Die Welt, 23.05.2007; http://www.welt.de.
6 „Tatort"-Kommissar ist jetzt Soldat in Afghanistan, Bild-Online, 28.05.2013; http://www.bild.de.
7 Mehr zum Verbindungswesen in diesem Text im Abschnitt „Ein neues territoriales Netz"

Die Unterstützung im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Personalgewinnung geht dabei Hand in Hand mit ihrem Auftrag als zivil-militärische Mittler und regionale Multiplikatoren. In den Leitlinien der Reserve heißt es dazu: „Es kommt vor allen Dingen darauf an, auf allen Ebenen beginnend im privaten Freundeskreis und endend im politischen Raum, den Stellenwert der Bundeswehr und ihrer Reserve in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken. Nur so wird es gelingen [...] die breite Unterstützung der Streitkräfte durch die Gesellschaft sicher zu stellen."[12] Laut Konzeption der Reserve besteht ein Teil des Heimatschutzes, für den die RSU-Kräfte vorgesehen sind, darin, auch „zum Schutz kritischer Infrastruktur und bei innerem Notstand"[13] zur Verfügung zu stehen. Das Aufgabenspektrum reicht also von der alltäglichen Akzeptanzbeschaffung über verschiedenste Tätigkeiten für die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr und der Katastrophenhilfe bis zum repressiven Einsatz in Deutschland gegen die eigene Bevölkerung.

Aufstellung der ersten Einheiten

Im Juni 2012 wurde in Bremen bei einem groß inszenierten Appell die erste RSU-Kompanie aufgestellt. An der feierlichen Zeremonie mit 1.000 Gästen und MedienvertreterInnen nahmen neben dem Verteidigungsminister de Maizière und hohen Militärs auch Angehörige der Polizei, der Feuerwehr, des THW und weiterer Rettungskräfte in der militärischen Aufstellung, in Reih und Glied, teil.[14] Wie im Verteidigungsministerium vorgesehen,[15] wurde bereits wenige Monate nach der ersten Planung, schneller als bei Prozessen in der Bundeswehr sonst üblich, mit großer Öffentlichkeitswirksamkeit eine RSU-Kompanie in Dienst gestellt. Das war möglich, weil in Bremen bereits eine „Regionale Initiative Katastrophenschutz im Reservistenverband" existierte, die damit beschäftigt war, sich militärisch fit zu halten und für Katastrophenschutzeinsätze zu trainieren.[16] Auch in anderen Bundesländern bilden, wenn vorhanden, die erst seit 2008 erprobten „Regionalen Initiativen" von Reservisten[17] den Kern für die RSU-Kräfte. Neben der Öffentlichkeitswirksamkeit kann die schnelle Aufstellung in Bremen auch als Signal für die ReservistInnen gewertet werden, sich bei ihren Landeskommandos für die Aufstellung der RSU-Kompanien in ihrer Region zu melden.

Mit etwas mehr Vorlauf werden seit Januar 2013 kontinuierlich weitere RSU-Kompanien in Dienst gestellt. In Mecklenburg-Vorpommern, Baden Württemberg, Rheinland-Pfalz, Thüringen, im Saarland, Niedersachsen, Bayern und Schleswig-Holstein sind bereits Kompanien zusammengestellt und haben den offiziellen Aufstellungsappell durchlaufen. In den verbleibenden Bundesländern und an weiteren Standorten in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Bayern arbeiten die bereits existierenden Führungsstrukturen der Kompanien an der Indienststellung ihrer Einheiten.[18]

Bis Ende 2013 werden insgesamt 29 der bis jetzt geplanten RSU-Kompanien aufgestellt sein.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Rekruten bei einer Übung, Foto: Bundeswehr/Bienert über Flickr, Wir. Dienen. Deutschland.

Die 30. Kompanie kommt Anfang 2014 dazu. Das Verteidigungsministerium gibt im Bereich Reserve der Aufstellung der RSU-Kräfte höchste Priorität.[19] In den Regionen mit hohem Reservistenaufkommen wird schon über die Aufstellung weiterer Kompanien diskutiert.

Ausbildung

Die Ausbildung der RSU-Kräfte ist mit einer eher knappen Weisung der Bundeswehr[20] geregelt. Für die Umsetzung der Ausbildung sind die Landeskommandos verantwortlich. Kern der zentral geregelten Ausbildungsrichtlinie sind die „Auffrischung grundlegender militärischer Kenntnisse und Fähigkeiten“ sowie die Vertiefung im Bereich „Wach- und Sicherungsaufgaben“. Darunter fallen u.a. Ausbildungen an Pistole und Sturmgewehr, Sicherung von Räumen und Objekten, Gewahrsamnahmen, die Anwendung unmittelbaren Zwangs, Sanitätsdienst, aber auch das Errichteten von Absperrungen mit Stacheldraht.

Die Fähigkeiten für die Katastrophenhilfe werden in einem Absatz damit abgehandelt, dass die verantwortlichen Landeskommandos ihre RSU-Kompanien den regionalen Gefahrenlagen entsprechend vorbereiten sollen.

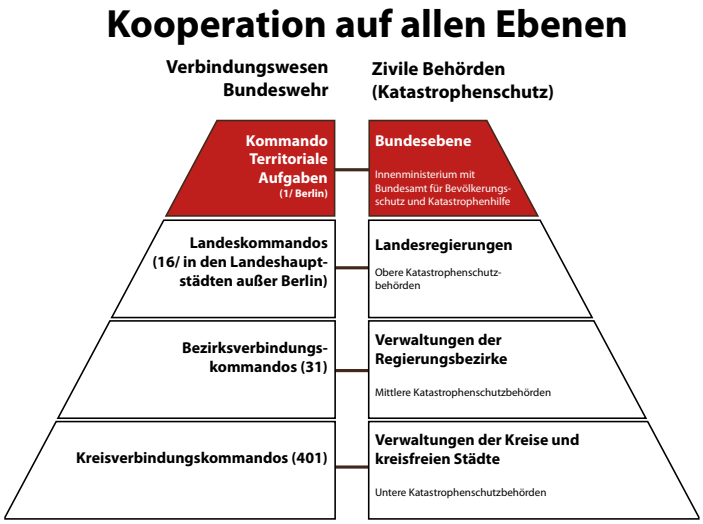
Die jeweiligen Ausbildungsabschnitte finden dabei in unterschiedlichen Rahmen statt: Körperliche Fitness, Sanitätsausbildung und die Schutzaufgaben der Mannschaften sollen im zivilen Bereich und im Reservistenverband trainiert werden - ganz im Sinne der Kosteneffizienz. In der Führungsausbildung sollen u.a. Ausbildungseinrichtungen von THW und Feuerwehrschule für Katastrophenschutzlehrgänge genutzt werden. Für andere Abschnitte, z.B. Schusswaffenausbildung und Gefechtsübungen auf Truppenübungsplätzen, werden die ReservistInnen in den Soldatenstatus versetzt.

Im Normalbetrieb sollen die Angehörigen der RSU-Kräfte jedes Jahr fünf Tage in Sicherungsaufgaben und fünf Tage in Unterstützungsaufgaben ausgebildet werden. Je nach Bedarf und Verfügbarkeit können noch weitere Ausbildungstage hinzukommen. Eine Besonderheit im Bereich der Reserve bildet die Möglichkeit, ungediente SpezialistInnen (z.B. in den Bereichen IT, Medizin, Übersetzung oder Ingenieurswesen) in Crashkursen militärisch auszubilden und ihre Fähigkeiten dann in den RSU-Kompanien, aber auch in der Truppenreserve der Bundeswehr, z.B. für Auslandseinsätze, nutzen zu können.

Die Umsetzung der Ausbildung verläuft je nach Bundesland und Patenkompanie regional sehr unterschiedlich. In Hamburg beispielsweise wurde ein eigener Ansatz gewählt[21]. Die Kompanie wird nacheinander in Zügen ausgebildet und nach abgeschlossener Ausbildung Ende des Jahres in Dienst gestellt. Ein bereits ausgebildeter Zug der offiziell noch nicht existierenden RSU-Kompanie war allerdings schon im Mai 2013 während des Evangelischen Kirchentages und des Hafengeburtstags im Einsatz. Teilweise wurde bereits 2012 mit der Ausbildung begonnen. Der Reservistenverband hat seit dem - ganz nach dem offiziellen Leitspruch „Reservisten bilden Reservisten aus“ - begonnen, in seinem Ausbildungs- und Übungsprogramm verstärkt auf die Anforderungen der RSU-Kräfte einzugehen. Für die Jahre 2013 und 2014 ist die Ausplanung und Erstbefähigung der RSU-Kräfte ein Schwerpunkt der Reservistenarbeit der Bundeswehr.[22] Vor Ende 2014 ist nicht davon auszugehen, dass alle Angehörigen der RSU-Kräfte die zentralen Ausbildungsschritte durchlaufen haben.

Kommando Territoriale Aufgaben - Wo die Fäden für Inlandseinsätze zusammen laufen

Am 24. Januar 2013 wurde das neue Kommando Territoriale Aufgaben (KTA) an seinem Standort in Berlin als Teil der



Grafik: IMI 2013

Streitkräftebasis (SKB) in Dienst gestellt. Es löst die vorherige Wehrverwaltung in Deutschland ab und führt zukünftig mit 400 uniformierten und nicht uniformierten MitarbeiterInnen[23] ein engmaschiges Netz von Verbindungsstellen der Bundeswehr auf allen Verwaltungsebenen, vom Landkreis bis zur Bundesebene. Die ihm unterstehenden 10.000 in Vollzeit arbeitenden SoldatInnen und zivilen MitarbeiterInnen sowie 10.000 teilintegrierten ReservistInnen im Bereich des KTA[24] decken dabei neben dem Verbindungswesen auch in RSU-Kompanien und auf ZMZ-Stützpunkten weitere für aktuelle und mögliche zukünftige Inlandseinsätze relevante Aufgabenbereiche ab.

Umbau der Streitkräftebasis

Die Streitkräftebasis ist ein 2000 eingerichteter Organisationsbereich der Bundeswehr, der keiner der Teilstreitkräfte - Heer, Marine oder Luftwaffe - zuzuordnen ist. Stattdessen versteht sich die SKB als Dienstleister für diese Teilstreitkräfte.

Im Rahmen der grundlegenden Umstrukturierung der Bundeswehr wurde auch dieser Bereich neu geordnet. Dabei steht nicht mehr die geographische Lage der Einheiten, sondern deren Aufgabenbereich im Vordergrund.

Ganz nach dem Dienstleistungsgedanken wurden zu Beginn des Jahres 2013 so genannte Fähigkeitskommandos eingerichtet. Diese ersetzen die alte Ordnung, in der die jeweiligen Einheiten nach Standorten den vier regionalen Wehrbereichskommandos (Küste, Ost, West und Süddeutschland) zugeordnet waren.

Diese zu Gründungszeiten der Bundeswehr 1956 entstandenen Wehrbereichskommandos waren auf die klassische territoriale Landesverteidigung ausgerichtet. Seit dem Auslandseinsatz im Kosovo 1999 mussten sich die ihnen unterstellten Einheiten jedoch vermehrt an der Organisation und Durchführung von Kriegseinsätzen beteiligen. Der Fokus verschob sich also auch in den Wehrbereichskommandos von der Verwaltung der Bundeswehr als territoriale Verteidigungsarmee hin zur einsatzorientierten Interventionsarmee. Territoriale Aufgaben, wie der Kontakt zu den Verwaltungen der Bundesländer oder die Zivil-Militärische-Zusammenarbeit in Deutschland, blieben aber Teil des Aufgabenspektrums.

Die neuen Fähigkeitskommandos führen jetzt, unabhängig von der geographischen Lage, alle Einheiten, die zur Erfüllung einer spezifischen Aufgabe benötigt werden. Die vorher vom Streitkräfteunterstützungskommando und den Wehrbereichskommandos geführten Einheiten werden jetzt in den eher einsatzbezogenen Fähigkeitskommandos für Logistik, Führungsunterstützung und Strategische Aufklärung geführt. Für eher inlandsbezogene Truppenteile ist das Kommando Territoriale Aufgaben verantwortlich. Diese Aufteilung bleibt allerdings schwammig, weil auch Spezialpioniere aus dem Bereich Logistik in ZMZ-Stützpunkten stationiert sind und Feldjäger sowie Spezialisten für ZMZ und Operative Information aus dem Bereich Territoriale Aufgaben in Auslandseinsätze gehen.

Trotz dieser Verflechtungen bekommen die Territorialen Aufgaben sowie der Heimatschutz in dieser neuen Struktur einen neuen Stellenwert. Mit dem Fähigkeitskommando für Territoriale Aufgaben gibt es seit Januar 2013 erstmals einen zentralen Knotenpunkt, an dem Inlandsaufgaben der Bundeswehr zusammenlaufen.

Ein neues territoriales Netz

Der Aufbau eines neuen, engmaschigen territorialen Netzes für Verbindungsaufgaben hat bereits 2007 mit der Aufstellung von sogenannten Landeskommandos begonnen und richtet sich jetzt vor allem an der föderalen Struktur der zivilen Verwaltungsebenen aus. Die zentrale Aufgabe der für ein Bundesland zuständigen Landeskommandos liegt in der Koordination aller Anliegen der Bundeswehr, die das entsprechende Bundesland betreffen, der Ansprechbarkeit für zivile Verwaltung und Behörden, aber auch für SoldatInnen in ihrem Einzugsbereich sowie die Koordination der Reservistenangelegenheiten.

Ebenfalls seit 2007 wurden im Bereich der Landeskommandos zusätzlich Kreis- und Bezirksverbindungskommandos aufgestellt. Diese aus je zwölf Reservisten bestehenden Gruppen sind für Verbindungsaufgaben mit der Verwaltung von Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten verantwortlich. Die dafür beorderten Offiziere und Unteroffiziere der Reserve gehen einem zivilen Beruf in der Region ihrer Dienststelle nach und sind bei Bedarf für die Bundeswehr verfügbar. Viele arbeiten in der öffentlichen Verwaltung oder in anderen Stellen des öffentlichen Dienstes,[25] weil sie dort schneller als bei Arbeitgebern in der freien Wirtschaft abrufbar sind. Geführt werden diese Verbindungskommandos wiederum von den Landeskommandos, die aus aktiven Soldaten bestehen und dauerhaft arbeiten. Seit der Auflösung der Wehrbereiche im Dezember 2012 werden die Landeskommandos personell verstärkt.

Mit dem Kommando Territoriale Aufgaben als Führungsstruktur für die Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) und die Landeskommandos entsteht so ein zusammenhängendes Netz, das von den Verbindungskommandos in allen Kreisen und kreisfreien Städten, über die Länderebene bis nach Berlin reicht.

Das gesamte Territoriale Verbindungswesen der Bundeswehr orientiert sich dabei an den Ebenen der zivilen Verwaltung und der zivilen Krisenstäbe für den Katastrophenschutz.

Auf der Bundesebene dient das Kommando Territoriale Aufgaben als Ansprechpartner für das Innenministerium und das ihm unterstellte Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) mit dem Gemeinsamen Melde- und Lagezentrum sowie für weitere Bundesbehörden. Auf der Länderebene stehen die 15 Landeskommandos[26] in Kontakt mit der Landesregierung, deren Katastrophenschutzbehörde und weiteren Landesbehörden. Die 31 Bezirksverbindungskommandos (BVK)[27] sind auf der Ebene der Regierungsbezirke in mehr oder weniger engem Kontakt mit der Verwaltung und den Mittleren Katastrophenschutzbehörden. Für die Landkreise und kreisfreien Städte und deren Untere Katastrophenschutzbehörden stehen die bundesweit 401 Kreisverbindungskommandos (KVK)[28] zur Verfügung.

Zusätzlich zu den bereits existierenden Verbindungsstruktu-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

ren läuft in Bayern momentan ein Pilotprojekt für eine weitere Verbindungsebene in Flächenländern. In drei Regionalstäben[29] (Nord, West und Ost), die zwischen den Landeskommandos und den Bezirks- und Kreisverbindungskommandos eingerichtet wurden, soll erprobt werden, ob die Koordination durch eine weitere, auch mit Reservisten besetzte Ebene, erleichtert werden kann. Diese Regionalstäbe übernehmen Teile der Aufgaben des Landeskommandos, z.B. die Koordination von Katastrophenschutzmaßnahmen, die Erstellung eines territorialen Lagebildes und die Koordination für die Ausbildung der BVK, KVK und der RSU-Kompanien. Dass dieses Pilotprojekt in Bayern angesiedelt ist, lässt sich u.a. damit erklären, dass dessen amtierender Innenminister Joachim Herrmann hochdekorierter, aktiver Reservist ist und sich für starke Reservistenstrukturen, besonders im Bereich Heimatschutz, einsetzt[30].

Mit diesem flächendeckenden, kleinteiligen, regional verankerten Netzwerk schafft die Bundeswehr eine Struktur, die trotz Standortschließungen und Schrumpfung der aktiven Truppe besser als zuvor in der Lage sein soll, ansprechbar zu sein, lokale Entwicklungen zu erfassen, Kontakte zu pflegen und zu erweitern, damit ein Ohr an der Bevölkerung zu haben und Befehle aus Berlin und den Landeshauptstädten mit Expertise vor Ort umzusetzen.

Weitere Aufgabenbereiche des Kommando Territoriale Aufgaben

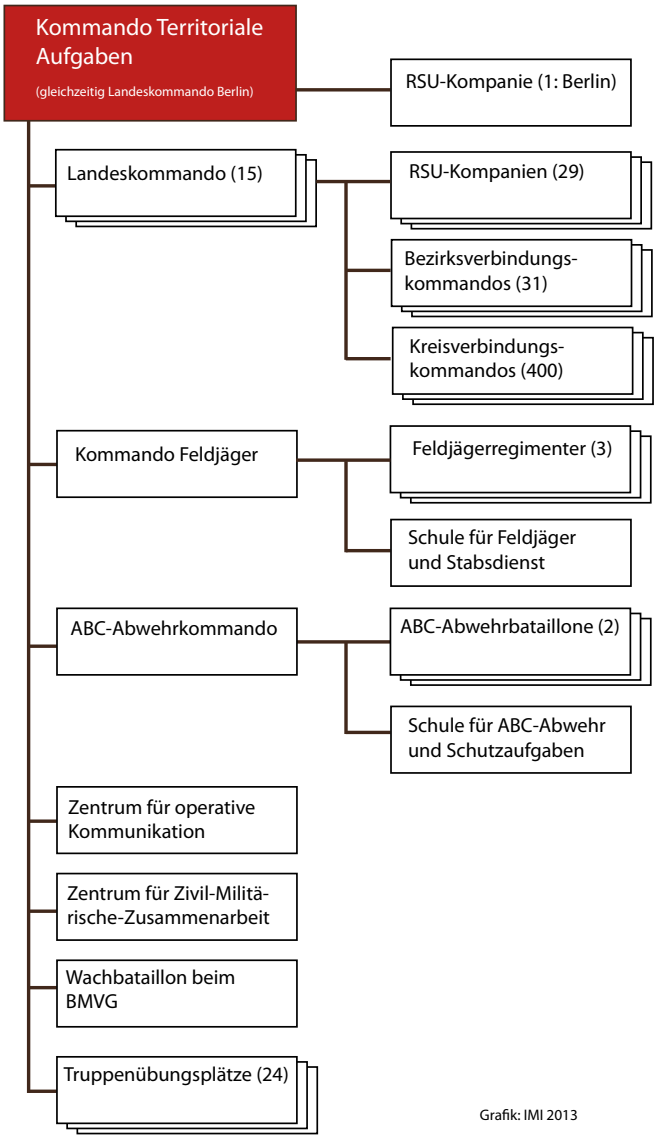
„Geführt werden von Berlin künftig die Landeskommandos, das Zentrum Zivil-Militärische Zusammenarbeit, die ABC- und Feldjägerkräfte der Bundeswehr, die Sportfördergruppen, die Mehrzahl der Truppenübungsplätze sowie das Zentrum Operative Kommunikation.“[31]

Im Folgenden werden die weiteren für Inlandseinsätze relevanten Gliederungen des Kommandos Territoriale Aufgaben kurz beschrieben.

Das ebenfalls Anfang 2013 neu gegründete **Kommando Feldjäger der Bundeswehr** führt alle bundesweit stationierten Feldjägereinheiten sowie die Schule für Feldjäger und Stabsdienst. Neben den alltäglichen militärpolizeilichen Aufgaben, wie dem Patrouillieren in Bahnhöfen, um Soldaten auf dem Arbeitsweg zu kontrollieren, werden Feldjäger auch in Auslandseinsätzen für militärpolizeiliche Aufgaben, Personenschutz sowie Crowd and Riot Control (CRC, deutsch: Kontrolle von Menschenmassen und Unruhen) eingesetzt.[32]

Bei diesen CRC-Einsätzen treten die Feldjäger nicht mit Sturmgewehr, sondern mit Polizeihelm, Schild, Körperschutz, Knüppel und Pfefferspray auf und unterhalten Greiftrupps, die „Störer und Gewalttäter“ aus einer Menschenmasse festnehmen sollen. Ihre Ausrüstung und Taktik ist dabei vergleichbar mit Polizeieinheiten, die speziell für den Einsatz bei Demonstrationen ausgebildet sind. Dabei ähneln sie aber eher den paramilitärischen Gendarmerie-Einheiten in anderen EU-Staaten als der deutschen Polizei. Die CRC-Einheiten der Feldjäger werden in Einsatzgebieten wie dem Kosovo und Afghanistan gegen Demonstrationen und Unruhen eingesetzt und sind, gemeinsam mit der Bundespolizei, an der Ausbildung der Afghan National Police (ANP) beteiligt.

Wer allerdings die Übungsszenarien dieser Einheiten sowie den Einsatz zur Absicherung von Kasernen in Deutschland, z.B. während des Karneval in Hilden[33], genauer betrachtet, muss davon ausgehen, dass die Feldjäger auch für Einsätze im Inland vorbereitet werden. In einer Präsentation des Regionalstabs Bayern/Nord zum Thema Zivil-Militärische-Zusammenarbeit[34] wird in der Kategorie „Bereitstellung von Spezialkräften/ -gerät“ die mögliche Unterstützung der Polizei durch Feldjäger in den Bereichen „Verkehrsregelung, Absperrungen, Ermittlungsgruppen“ und „Crowd Riot Control“ angeboten. Dieses Angebot ist zwar nicht die offizielle Linie der Bundeswehr, macht aber deutlich, von welcher Form der Amtshilfe oder sonstiger Unterstützung der Bundeswehr auf den unteren Verbindungsebenen ausgegangen wird.



Grafik: IMI 2013

Durch solche Aussagen wird klar, dass es keine Garantie geben kann, dass diese Einheiten nicht auch in Deutschland eingesetzt werden. Es ist zwar unter momentanen gesellschaftlichen Umständen nicht unmittelbar von einem solchen Einsatz auszugehen, bei einer Verschärfung etwa im Kontext der Wirtschaftskrise oder anderen gesellschaftlichen Verwerfungen stehen die Feldjäger allerdings für die Aufstandsbekämpfung bereit.

Das **ABC-Abwehrkommando der Bundeswehr** mit seinen Ausbildungseinrichtungen und zwei Einsatzbataillonen vereinigt die Fähigkeiten zur Abwehr und Bekämpfung von atomaren, biologischen und chemischen Kampfstoffen. Die Bedeutung für Zivli-Militärische-Zusammenarbeit im Bereich Heimat- bzw. Katastrophenschutz erstreckt sich dabei von Szenarien eines Terrorangriffs mit einer „schmutzigen Bombe“[35,] (geprobt bei der Großübung LÜKEX 2010[36]) bis zum großflächigen Amtshilfeeinsatz zur Hilfe des zivilen Katastrophenschutzes während der Vogelgrippe 2006[37]. Die zwei ABC-Abwehr-Bataillone der Bundeswehr, die nach der Umstrukturierung bestehen bleiben, sind in so genannten ZMZ-Stützpunkten in Höxter und Bruchsal stationiert und unterhalten aus Reservisten bestehende Ergänzungstruppenteile.

Übung für den Wachdienst, Foto: Bundeswehr/Bienert über Flickr, Wir. Dienen. Deutschland.

Das **Zentrum für Zivil-Militärische-Zusammenarbeit der Bundeswehr**, vorher CIMIC-Zentrum (englische Abkürzung für ZMZ), mit rund 300 uniformierten und zivilen MitarbeiterInnen[38] ist der erste Anlaufpunkt für SoldatInnen, die an der Schnittstelle zwischen Militär und Zivilgesellschaft eingesetzt werden sollen. Das Spektrum reicht dabei von der Ausbildung und Entsendung von jährlich etwa 350 eigenen wie angelernten CIMIC-SoldatInnen in die Auslandseinsätze[39] bis hin zur Ausbildung von SoldatInnen und ReservistInnen für das Verbindungswesen in Deutschland. Gemeinsam durchlaufen die SoldatInnen für In- und Auslandseinsätze dabei erste Grundlagenkurse von „Gesprächs- und Verhandlungsführung bis zum Projektmanagement."[40] Der zweite Ausbildungsschritt findet in der zivilen Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) in Bad Neuenahr statt. Die Ausbildung für Auslandseinsätze endet nach weiteren Schritten kurz vor dem Einsatz wieder im CIMIC-Zentrum für ein einwöchiges Einsatzbriefing. Die Ausbildung für diejenigen, die in Deutschland eingesetzt werden sollen, geht dann weiter an der Schule für Stabsdienst der Bundeswehr. Grundsätzlich, egal wo sie später eingesetzt werden, bekommen die SoldatInnen hier eine Ausbildung, die sie zu Mittlern zwischen Militär und zivilen Einrichtungen sowie der Zivilbevölkerung machen soll. Diese Aufgabe ist in jedem Einsatzgebiet, vom Rathaus in Deutschland bis zur Dorfversammlung in Afghanistan, von zentraler Bedeutung. Durch die Indienstnahme ziviler Strukturen bekommt die Bundeswehr dabei Spielräume und Bewegungsfreiheiten, die ihr als isolierter Akteur sicher verschlossen bleiben würden.

Das **Zentrum Operative Kommunikation** kann kurz als Propagandaabteilung der Bundeswehr beschrieben werden. Das Aufgabenspektrum reicht dabei von Videobeiträgen für Soldaten und die deutsche Öffentlichkeit („Einsatzkamera Bundeswehr-TV") über „Radio Andernach" (ein Sender nur für SoldatInnen im Auslandseinsatz und deren Angehörige) bis zur Propaganda für bzw. gegen die Bevölkerung in Einsatzgebieten. Dort wirkt das Zentrum Operative Kommunikation nach Selbstbeschreibung „u.a. mit Print-, Audio-, Video- und weiteren Medienprodukten z.B. über Internet auf freigegebene Zielgruppen ein."[41] Dass es sich dabei nicht um objektive Berichterstattung, sondern um so genannte „Hearts and Minds"-Kampagnen als Teil einer umfassenden Aufstandsbekämpfung handelt, sollte spätestens durch die Sprache des „Einwirkens" auf Bevölkerungsteile klar werden. In dieser während der Kolonialzeit weiterentwickelten Taktik sollen durch Information und Desinformation die BürgerInnen auf die Seite der Kolonialmächte (oder heute: Interventionstruppen) gezogen werden. Das soll ermöglichen, dass Aufständische leichter isoliert, identifiziert und bekämpft werden können. Spätestens im Falle eines Inneren Notsandes, aber auch vorher wäre es blauäugig, nicht davon auszugehen, dass diese Taktiken auch gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden können.

Das **Wachbataillon der Bundeswehr** in Berlin mit einer Stärke von ca. 1.000 Personen[42] wirkt auf den ersten Blick harmlos. Die zentrale Aufgabe in „Friedenszeiten" besteht darin, Paraden und Spaliere an Roten Teppichen für Staatsgäste abzuhalten. Die Ausbildung für Wach- und Sicherungsaufgaben sowie Häuserkampf[43] macht allerdings den Auftrag des Wachbataillons für ernstere Zeiten deutlich. Dann ist die Sicherung des Regierungsviertels, insbesondere des Bundestags, des Kanzleramts und des Verteidigungsministeriums Aufgabe des Wachbataillons. Bei einem Sturm auf das Parlament oder andere Regierungseinrichtungen durch Demonstranten wäre also nicht auszuschließen, dass die Soldaten des Wachbataillons zum Einsatz kommen.

Desweiteren sind die **Truppenübungsplätze der Bundeswehr** dem Kommando Territoriale Aufgaben unterstellt worden. Zuvor waren sie den Wehrbereichskommandos zugeordnet. Da es kein Fähigkeitskommando für Ausbildung gibt, fallen sie jetzt in den Bereich Territoriale Aufgaben. Für mögliche Inlandseinsätze werden die Truppenübungsplätze in dem Moment relevant, wenn dort wie in Lehnin, Hammelburg und in der Altmark der Kampf in Häuserkulissen geübt wird. Auf allen drei Übungsplätzen existieren Übungsstädte, in denen Häuserkampf u.A. von Einsatzkontingenten, Spezialeinheiten und dem Wachbataillon, aber auch Aufstandsbekämpfung durch Feldjäger trainiert wird. Der Truppenübungsplatz Hammelburg wird neben der Kampfausbildung auch Polizei, THW und anderen Behörden des Katastrophenschutzes zur Verfügung gestellt[44]. Aber auch NGOs und Presse können hier ihre MitarbeiterInnen auf Auslandseinsätze vorbereiten lassen.[45] Auf dem modernsten Truppenübungsplatz

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Europas, dem Gefechtsübungszentrum (GÜZ) Altmark, wird momentan eine mehrere Quadratkilometer große Kulissenstadt für militärische Großübungen im urbanen Raum - also in Großstädten und Metropolen - gebaut.

Deutlicher als politisch gewünscht begründet der ehemalige Kommandeur des Übungsplatzes das Bauprojekt. In einem MDR-Beitrag bittet er die Zuschauer, sich in die Lage eines Panzergrenadier-Zugführers zu versetzen, der mit Schützenpanzern durch Magdeburg fährt. Der muss in einer solchen dicht bebauten Stadt fürchten, aus hohen Häusern, der Kanalisation und durch Sprengfallen angegriffen zu werden.[46] Diese Bilder lassen eher Gedanken an einen Bürgerkrieg in Deutschland aufkommen, als an eine Beschreibung eines Auslandseinsatzes der Bundeswehr.

Anmerkungen

1 De Maiziere, Thomas: Neuausrichtung der Bundeswehr – Stand und Perspektiven, Regierungserklärung vom 16.05.2013, BT-Protokoll 17/240.
2 BMI: Nationale Strategie zum Schutz zur Kritischen Infrastrukturen (KRITIS-Strategie), 17.09.2009, S.4.
3 BMVg: Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, 2006, S.67f..
4 Anstelle eines Partyservice oder einer Bäckerei wurde die Bundeswehr auf dem Weg der Amtshilfe beauftragt, die besagten 10.000 Stück Blechkuchen für ein Bürgerfest des Bundespräsidenten im Schoß Bellvue zu backen. (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Die LINKE „Stattgefundene und geplante Amtshilfe- und Unterstützungsleistung der Bundeswehr im Innern“, BT-Drs: 17/11246, 29.10.2012, S.16).
5 Bereits 1993 forderte Wolfgang Schäuble den Einsatz der Bundeswehr gegen kurdische DemonstrantInnen. 2004 gab es einen massiven Vorstoß von CDU und CSU regierten Bundesländern, das Grundgesetz zu ändern, um den Einsatz der Bundeswehr zum Schutz der Heimat weiträumig zu ermöglichen.
6 BMVg: Die Verteidigungspolitischen Richtlinien. Nationale Interessen wahren – Internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten, 27.05.2011, S.15f.
7 BMVg: Die Verteidigungspolitischen Richtlinien. Nationale Interessen wahren – Internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten, 27.05.2011, S.11f.
8 BMVg: Konzeption der Reserve (KdR), 01.12.2012, S.3.
9 BMVg: Konzeption der Reserve (KdR), 01.12.2012, S.3.
10 BMVg: Weisung Nr. 2: Aufstellung von Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräften (RSUKr), Anlage 1, 28.03.2012, S.3.
11 BMVg: Weisung Nr. 2: Aufstellung von Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräften (RSUKr), Anlage 1, 28.03.2012, S.3.
12 BMVg: Konzeption der Reserve (KdR), 01.12.2012, S.13.
13 BMVg: Konzeption der Reserve (KdR), 01.12.2012, S.4.
14 Reservistenverband: Neue Ära eingeleitet: Bundeswehr stellt erste RSU-Kompanie in Dienst, 16.06.2012; http://www.reservistenverband.de.
15 BMVg: Weisung Nr. 2: Aufstellung von Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräften (RSUKr), Anlage 3, 28.03.2012, S.1.
16 Reservistenverband: „Weser – unser Fluss, Bremen – unser Land, RSU – Hand in Hand“; http://www.reservistenverband.de.
17 Reservistenverband: Regionale Initiativen im Reservistenverband (RegIniRes), Februar 2011; http://www.stederdorf.de.
18 In Sachsen beispielsweise plant das Führungsduo der RSU-Kompanie bereits seit Januar 2013: Streitkräftebasis: Gemeinsam für Sachsen, http://www.kommando.streitkraeftebasis.de.
19 BMVg: Weisung für die Reservistenarbeit in den Jahren 2013/2014, 07.12.2012, S.2.
20 Alle Angaben in diesem Abschnitt, wenn nicht anders gekennzeichnet, beziehen sich auf: Streitkräfteamt: Weisung zur Ausbildung der Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte (zur Erprobung), Mai 2012.
21 Sachstand RSU-Hamburg: Erst Ausbildung, dann Aufstellung, 06.03.2013, RSU-Kräfte der Bundeswehr (ein Privater Blog), http://rsu-kraefte.blogspot.de.
22 BMVg: Weisung für die Reservistenarbeit in den Jahren 2013/2014, 07.12.2012, S.2.
23 Volker Schubert, Top – Down auf Berlins heißem Pflaster,Newsletter Verteidigung,12.02.2013, S.3.
24 Volker Schubert, Top – Down auf Berlins heißem Pflaster,Newsletter Verteidigung,12.02.2013, S.4.
25 Es existieren keine generellen Informationen über die Berufe der Mitglieder der Verbindungskommandos. Bei den Vorstellungen sind aber fast ausschließlich Personen aus dem Öffentlichen Dienst zu finden. Beispielsweise Gymnasiallehrer oder Leiter des Ordnungsamtes. Quelle: Der Katastrophen-Manager, 07.08.2012; http://www.y-punkt.de; Interview mit einem Beauftragten der Bundeswehr für Zivil-Militärische Zusammenarbeit, 08.11.2005; http://www.streitkraeftebasis.de; Interview mit einem Leiter eines Bezirkverbindungskommandos, 08.08.2012; http://www.streitkraeftebasis.de.
26 Aus historischen Gründen gibt es in Berlin kein Landeskommando. Die Aufgaben des Landeskommandos übernimmt das „Kommando Territoriale Aufgaben“ direkt und führt auch die RSU-Kompanie für Berlin.
27 BMVg: Konzeption der Reserve (KdR), 01.12.2012, S.30.
28 BMVg: Konzeption der Reserve (KdR), 01.12.2012, S.30.
29 Regionalstäbe feierlich in Dienst gestellt, 14.02.2013; http://www.kommando.streitkraeftebasis.de.
30 Bayern bekommt erste Heimatschutz-Einheiten, merkur-online, 20.03.2012; http://www.merkur-online.de.
31 Dapd: Bundeswehr schafft neues Kommando Territoriale Aufgaben, 21.01.2013
32 Mehr Infos zu Soldaten zur Bekämpfung von Menschenmengen: Christoph Marischka, Jonna Schürkes: Weniger tödliche Soldaten?, IMI-Studie 2010/01, 13.01.2010.
33 Nach einer Schlägerei Besoffener im Vorjahr verhinderten CRC-Einheiten der in Hilden (NRW) stationierten Feldjägertruppe dieses Jahr den traditionellen Sturm der Jecken auf die Kaserne und ließen nur geladene Gäste passieren. Anscheinend war es den Vorgesetzten nicht zu blöd, aufgrund einer Lappalie, die Kontrolle von Menschenmengen an der eigenen Bevölkerung zu üben und die alljährliche Verbrüderung mit den Soldaten auf einen geladenen Kreis zu beschränken (Kasernensturm mit Polizeischutz, RP-Online, 08.02.2013; http://www.rp-online.de.
34 Landeskommando Bayern – Regionaler Unterstützungsstab NORD: Zivil-Militärische Zusammenarbeit in der Gefahrenabwehr, 01.02.2013; http://www.brk.de.
35 Ein Sprengsatz, der radioaktive Stoffe freisetzt.
36 LÜKEX 2010: Deutschland probt den Ernstfall; http://www.rettungsdienst.de.
37 Vogelgrippe: Bundeswehr im Großeinsatz, Hamburger Abendblatt, 21.02.2006; http://www.abendblatt.de.
38 An der Naht in Nienburg, 04.02.2013; http://www.bundeswehr.de.
39 An der Naht in Nienburg, 04.02.2013; http://www.bundeswehr.de.
40 Der lange Weg zur „CIMIC-Reife“, 04.02.2013; http://www.bundeswehr.de./
41 Zentrum Operative Information, 25.02.2013; http://www.kommando.streitkraeftebasis.de.
42 Volker Schubert, Top – Down auf Berlins heißem Pflaster,Newsletter Verteidigung,12.02.2013, S.4.
43 Beitrag zur Ausbildung des Wachbataillons im Häuserkampf: „Häuserkampf“, Bundeswehr-TV, 26.09.2012; https://www.youtube.com/watch?v=q_mOZmdTbVM
44 Truppenübungsplatz Hammelburg, 08.08.2012; http://www.kommando.streitkraeftebasis.de.
45 Die Übung zur Geiselnahme wird heftig, Film & TV Kameramann, 20.02.2013 http://www.kameramann.de/allgemein/die-ubung-zur-geiselnahme-wird-heftig-131849 und Hammelburg: Helfer trainieren für den Terror-Alltag, HR Hessenschau, 23.7.2011; http://www.youtube.com/watch?v=0HPbbqB5QYU
46 Bundeswehr baut Übungsstadt in der Heide (Truppenübungsplatz Altmark), MDR Sachsen-Anhalt Heute, 20.06.2012; https://www.youtube.com/watch?v=MLb8PrMfw8Y

Division Schnelle Kräfte

Deutsche Spezialkräfte im Umbruch

von Jürgen Wagner

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Unter anderem, weil sich die Kriege in Afghanistan und im Irak, bei denen zeitweise jeweils deutlich über 100.000 Bodentruppen im Einsatz waren, aus Sicht der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten als Desaster erwiesen haben, setzen die USA mittlerweile verstärkt auf indirekte Interventionsformen. Dazu gehören neben Drohnen vor allem auch Spezialeinheiten, die in jüngster Zeit massiv aufgewertet wurden.[1] Doch nicht nur in den USA, auch in den europäischen Staaten erfreuen sich Spezialeinheiten immer größerer Beliebtheit. So waren (bzw. sind) etwa britische und französische Einheiten sowohl in Libyen als auch in Syrien aktiv und auch bei der französischen Mali-Interventionen spielten sie eine wesentliche Rolle.[2] Auch in Deutschland werden Spezialeinheiten sukzessive aufgewertet, wofür sie ab 2014 grundsätzlich reorganisiert werden sollen.

Die deutschen Spezialkräfte sind derzeit noch in der "Division Spezielle Operationen" (Motto: "einsatzbereit – jederzeit – weltweit"!) organisiert, deren mit Abstand wichtigster und bekanntester Teil – die Speerspitze der deutschen Schattenkrieger – das "Kommando Spezialkräfte" (KSK) mit Sitz in Calw ist. Der genaue Umfang der Truppe ist etwas unklar, da darüber seitens der Bundeswehr keine exakten Angaben gemacht werden. Er dürfte allerdings zwischen 1.100 und 1.300 Soldaten liegen.[3] Über das Aufgabenspektrum gibt das Weißbuch der Bundeswehr Auskunft: "Die Division Spezielle Operationen führt die im Kommando Spezialkräfte und in zwei Luftlandebrigaden zusammengefassten Spezial- und spezialisierten Kräfte des Heeres. Das Einsatzspektrum der Spezialkräfte schließt die Gewinnung von Schlüsselinformationen, den Schutz eigener Kräfte auf Distanz, die Abwehr von und die Rettung aus terroristischer Bedrohung sowie Kampfeinsätze im gegnerischen Gebiet ein."[4]

In den Verteidigungspolitischen Richtlinien vom Mai 2011 wurde eine Reorganisation der Bundeswehr beschlossen, die auch die künftige Organisation der Spezialeinheiten betrifft. Im Kern sollen dabei am 1. Januar 2014 die "Division Spezielle Operationen" (und damit u.a. das KSK) und die "Division Luftbewegliche Operationen" (Motto: "Nach vorn!") zur neuen "Division Schnelle Kräfte" (DSK) verschmolzen werden. "Taktisch voll beweglich, rasch verlegbar und ausgesprochen robust projektiert, wird die Bundeswehr mit der Neuaufstellung der DSK bald über einen jederzeit alarmierbaren Eliteverband verfügen, der durch sein hoch professionelles Kräfteportfolio, mit hoher einsatzspezifischer Flexibilität, schneller Verfügbarkeit und überragender Durchsetzungsfähigkeit in allen militärischen Intensitätsstufen sowohl in multinationaler Einbindung als auch im autarken Rahmen ausgesprochen vital und kampfstark agieren kann."[5]

Insgesamt soll die neue DSK über 8.600 SoldatInnen verfügen, dabei soll u.a. "eine Operation gegen Irreguläre Kräfte oder eine Schnelle Anfangsoperation oder eine Operation in der Tiefe durchgeführt werden können."[6] Dem militär- und rüstungsnahen *Newsletter Verteidigung* ist seine Begeisterung für die neue Einheit sichtlich anzumerken: "Noch gibt es den kommenden deutschen Eliteverband der Bundeswehr, die 'Division Schnelle Kräfte', nur auf dem Papier. Gewissermaßen eine Geisterdivision, könnte man etwas salopp sagen. Doch ab 2014 wird sich unter dem Dach des deutschen Heeres ein höchst schlagkräftiger, reaktionsschneller und robuster Unikatverband formieren, der in der weltweiten MilitärCommunity mit höchst anzunehmender Sicherheit bereits vor seinem ersten scharfen Einsatz für Furore sorgen wird. Mit der Aufstellung der 'Schnellen Division' wird eine ultimative Spezialtruppe zusammengeschweißt, in der erstmals das geheimnisumwitterte Kommando Spezialkräfte, die mittlerweile legendären, weil kampferprobten spezialisierten Fallschirmjäger und die luftbeweglichen Profis der feuerstarken wie lufttransportierenden Heeresfliegertruppe überaus synergetisch zu einem innovativen, weltweit einsetzbaren Kampfverband fusionieren."[7]

Was in diesem Zusammenhang besonders Besorgnis erregend stimmen muss, ist, dass im selben Artikel des *Newsletter Verteidigung* einerseits die Versuche der Bundesregierung, immer mehr Ausnahmetatbestände zu schaffen, um hierdurch mehr und mehr Einsatzarten der Zustimmungspflicht des Bundestages zu entziehen, flammend gegen jede Kritik verteidigt werden. Andererseits wird darauf verwiesen, die Aufstellung der DSK müsse zum Anlass genommen werden, grundsätzlich über diverse sicherheitspolitische Aspekte nachzudenken: "Ob damit auf Bundesebene gegebenenfalls hochprofessionelle Doppelstrukturen entstehen, die zu einer Konkurrenzsituation zwischen Spezialkräften der Bundeswehr und ebenso hochspezialisierten GSG 9-Beamten führen könnten, bei der die Bundeswehr wegen der mehrheitlich als unpopulär wahrgenommenen Auslandseinsätze in die zweite Reihe gerückt werde, wie man kritisch resümieren könnte, wird in einem NV-Folgebeitrag beleuchtet. Hierbei wird es um Fragestellungen zu Themen, wie 'Mischformen neuer Bedrohungsszenarien', 'transformiert sich die GSG 9 zur internationalen Sondereingreiftruppe' und auch darum gehen, ob zum nachhaltigen Schutz Deutschlands die Beibehaltung des sogenannten 'Trennungsgebots von Polizei und Militär' angesichts wachsender hybrider, irregulärer Gefahrenlagen im Inland langfristig ein nicht mehr durchzuhaltender Anachronismus ist. Das Parlamentsbeteiligungsgesetz und die daraus resultierende Unberechenbarkeit deutscher Verteidigungspolitik, wie Bündnispartner konstatieren, jedenfalls wird mit Blick auf multinationale Militäroperationen der post-afghanischen Ära und mit Hinweis auf den Libyen-Einsatz längst als sicherheitspolitischer Hemmschuh eingestuft."[8]

Anmerkungen

1 Vgl. hierzu Wagner, Jürgen: Die Rückkehr der Schattenkrieger. Spezialeinheiten als neue Speerspitzen des Interventionismus, in: IMI (Hg.): Entdemokratisierung und Krieg, Tübingen 2013.
2 Marcus, Jonathan: French success in Mali may herald 'war of the shadows', BBC, 30.01.2013.
3 Wikipedia: Kommando Spezialkräfte.
4 Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, 2006.
5 Schubert, Volker: Geisterdivision‹ rettet deutsche Staatsbürger, Newsletter Verteidigung, 22. Januar 2013, S. 1-8, S. 1.
6 Schneider, Jörn/Ritter, Thomas: "Nach vorn!" – "einsatzbereit – jederzeit – weltweit"! Hardthöhenkurier 2/2012, S. 3439, S. 38.
7 Schubert 2013, S. 4.
8 Ebd., S. 8.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Motivationsfaktor Kita

Über Belegrechte und die Privilegierung der Bundeswehr

von Thomas Mickan

Dem „Unternehmen Bundeswehr“[1] mangelt es an Attraktivität auf dem Arbeitsmarkt.[2] Daher versucht sich die Bundeswehr verstärkt so aufzustellen, dass sie in der öffentlichen Wahrnehmung als gute Arbeitgeberin dasteht und im Kampf um die „‘klügsten Köpfe‘ und ‚geschicktesten Hände‘“[3] bestehen kann. Der Werbefeldzug an Schulen, bei Berufsmessen oder auf den Jobcentern und Arbeitsagenturen sind wohl die bekanntesten Versuche, um mehr Menschen für die Auslandseinsätze zu rekrutieren. Die sogenannte „Vereinbarkeit von Familie und Dienst“ ist ein weiterer Versuch, für mehr Attraktivität am Arbeitsplatz Krieg zu sorgen.

Die Bundeswehr bringt diesen Werbevorteil selbst öffentlich zum Ausdruck, wenn sie zum Beispiel in ihrer zentralen Dienstvorschrift 10/1 „Innere Führung“ schreibt: „[Die Vereinbarkeit von Familie und Dienst] verbessert die Einsatzfähigkeit der Streitkräfte und die Attraktivität des militärischen Dienstes.“[4] Auch der Wehrbeauftragte Helmut Königshaus oder der Deutsche Bundeswehrverband machen immer wieder auf dieses Thema aufmerksam, zum einen in der Hoffnung für ihre Klientel Verbesserungen in deren Dienstausübung zu erreichen, zum anderen aber auch, um Ansehen und Attraktivität der Bundeswehr zu steigern. Ich möchte mich im Folgenden insbesondere auf einen bestimmten Aspekt der Versuche beziehen, eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Dienst zu erreichen, bei der auf Kosten der Allgemeinheit für die Wettbewerbsfähigkeit der Bundeswehr ein fragwürdiges System mitgetragen wird, das erhebliche Gerechtigkeitsprobleme beinhaltet: die Belegrechtepraxis an Kindertagesstätten (Kita).

Belegrechte sind für die Bundeswehr, Kita-Plätze, die gegen „Zahlung von Bundesfinanzhilfen an Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen (Kommunen sowie freie Träger wie Kirchen und Wohlfahrtsverbände) zur Errichtung oder Erweiterung dieser Einrichtungen erworben [werden], mit der Auflage, dass Kinder von Bw-Angehörigen – meist in einer zahlenmäßig festgelegten Anzahl – in die Einrichtungen aufgenommen werden.“[5] Abseits der Behördensprache und in der Praxis bedeutet dies, dass Kita-Plätze von der Bundeswehr gegen Bezahlung reserviert und Bundeswehrangehörige beim Ringen um einen Kita-Platz bevorzugt behandelt werden!

Allgemeine Situation der Kinderbetreuung

Dank des großen Medienechos ist allgemein bekannt, dass es um die Kinderbetreuung insbesondere von unter 3-jährigen in Deutschland schlecht bestellt ist – vor allem in Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg und Niedersachsen.[6] Dass dieser Mangel existenzielle Auswirkungen auf die persönliche Lebensführung haben und mit der Aufgabe des Arbeitsplatzes einhergehen kann,[7] zeigte sich beispielsweise zu Beginn des Jahres beim sonntäglichen Talk bei Günther Jauch. Dort wurde über das verzweifelte Ringen mancher Eltern um ihren Arbeitsplatz berichtet, die wegen der fehlenden Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder sich an einem Wettkrabbeln in Babykleidung um einen Kitaplatz beteiligen mussten.[8] Auch die Süddeutsche Zeitung titelte erst jüngst mit der Aussage einer Mutter zur Kitaplatzvergabe: „Man prostituiert sich“ und sie meint damit auch die scheinbar weitverbreitete Bestechungspraxis bei der Platzvergabe.[9]

Dass zusätzlich ab August 2013 durch das Kinderförderungsgesetz (KiföG) ein Rechtsanspruch auf – zu wenig vorhandene – Kita-Plätze entsteht, nicht hinreichend ausgebildetes Personal für die zu bauenden Kitas vorhanden ist und die Qualitätsstandards zunehmend abgesenkt werden,[10] verbessert die Situation der Eltern, Kinder, Erzieher_innen und auch Kommunen bezüglich dieses knappen Gutes keineswegs. In der Praxis stellt sich dann die Frage, wie die unzureichenden Plätze verteilt werden können.

Hierbei kann (andere Betreuungsmodelle wie die schlecht bezahlte Tagespflege unberücksichtigt gelassen)[11] in der Hauptsache zwischen betrieblichen und öffentlichen Kitas unterschieden werden, auch wenn die Grenzen zum Teil fließend sind und letztere die größere Anzahl an Plätzen anbieten. Betriebliche Kitas sind solche, die durch ein in der Regel privatwirtschaftliches Unternehmen geschaffen werden und deren Plätze vorrangig den Kindern der Beschäftigten des Unternehmens zur Verfügung stehen. Da das betriebliche Modell mittelfristig zu einer Zwei-Klassenkinderbetreuung führt, „mit betrieblichen Luxusangeboten auf der einen und armen staatlichen Kitas auf der anderen Seite“[12], ist es aufgrund des Mangels an einem freien, gleichen Zugang zu guter Betreuung durchaus umstritten. Insbesondere dann, wenn der Staat wegen knapper Kassen aktiv mit dem 2012 gestarteten (bzw. modifizierten) Programm „Betriebliche Kinderbetreuung“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) das Modell auch noch finanziell fördert.[13]

Öffentliche Kitas hingegen werden mit öffentlichen Mitteln gebaut und finanziert, gleichen Zugang hat daher theoretisch jedes Kind. Sie befinden sich in aller Regel in der Hand von Kommunen sowie freien Träger_innen wie Kirchen und Wohlfahrtsverbänden und zunehmend auch privatwirtschaftlichen Anbieter_innen. In den öffentlichen Kitas gibt es oft eine Art Punktesystem, wie die zu wenigen Plätze auf die zu vielen Anmeldungen verteilt werden. Die brandenburgische Gemeinde Michendorf beispielsweise erstellte eine Prioritäten-Liste, die zuerst Kinder der eigenen Gemeinde bevorzugt, Geschwisterkinder (was in der Regel alle Kitas so handhaben), Alter, Berufstätigkeit der Eltern, Alleinerziehend usw.[14] Insbesondere letztere sind umstritten, da mitunter traditionelle Rollenverteilungen in der Erziehung reproduziert werden oder Absurditäten entstehen, in denen verheirateten Paaren geraten wird, sich für den Zeitpunkt der Anmeldung zu trennen oder Alleinerziehung vorzutäuschen.[15] Weitere Vorschläge, wie die Plätze verteilt werden können, machte beispielsweise die Partei Die Linke, indem sie Kinder von Kindergärtner_innen bei der Platzvergabe privilegieren will;[16] oder die FDP, indem sie eine ihrer Meinung nach notwendige Bevorzugung von Berufstätigen betont. Die Liberalen verweisen dabei auf eine Forderung des Verwaltungsgerichtes Leipzig in Bezugnahme auf das Achte Sozialgesetzbuch (§24 Abs. 3, 24a Abs. 4) und die dort besonders zu berücksichtigenden Förderansprüchen von Berufstätigen, die jedoch nicht verbindlich verpflichtend sind.[17] Bei kirchlicher Träger_innenschaft ist es zudem die Regel, dass Kinder der jeweiligen Konfession bevorzugt aufgenommen werden.[18]

Eine besonders fragwürdige Mischung aus betrieblichem und öffentlichem Modell stellen schließlich die sogenannten Belegrechte dar. Können beispielsweise kleinere privatwirtschaftliche Unternehmen keine eigenen Betriebskindergärten bauen und betreiben, wird aktiv von der Bundesregierung gefördert, dass diese in bestehenden öffentlichen Kitas Plätze „ausbauen" und den ausgebauten Platz privilegiert an die eigene Belegschaft vergeben können.[19] Auch größere Betriebe nehmen dieses Modell gerne wahr, hilft es doch sowohl die eigenen Mitarbeiter_innen zu binden und gleichzeitig sich öffentlich und kostengünstig als Retter_in der Kommunen mit klammen Kassen darzustellen.[20] Kommunen wohlgemerkt, die finanziell durch den Ausbau, aber insbesondere durch die zu erwartenden laufenden Betriebskosten vor erhebliche Probleme gestellt sind.

Diese Form des Public-Private-Partnership oder mit anderen Worten der Privatisierung von Kitaplätzen und dadurch Privilegierung bestimmter Kinder wird insbesondere durch den Rechtsanspruch ab August 2013 weiter begünstigt und vorangetrieben, sehen sich doch die Kommunen einer möglichen Klagewelle mit Schadensersatzforderungen ausgesetzt, wenn sie nicht ausreichend Plätze zur Verfügung stellen. Dass dabei gern auf die örtlichen Firmen und deren Geld zurückgegriffen wird, anstatt Plätze mit gleichen und gerechten Zugangsbedingungen für alle zu schaffen, ist aus Sicht der Kommunen dabei fast schon verständlich – getreu dem Motto: lieber Plätze für die Reichen, als Plätze für keinen.[21] Dass tatsächlich in bedeutender Anzahl „neue" Plätze geschaffen und dadurch die „alten" auch für andere, nicht privilegierte Kinder zugänglich werden, ist dabei zu bezweifeln. Der Grund liegt nicht nur in der für die Kommunen kostensparenden Übernahme laufender Betriebskosten, sondern insbesondere am Mangel von qualifiziertem Personal[22] und die mitunter zentrale Lage von bereits bestehenden Kitas, die besonders für Unternehmen attraktiv sind, wie der Fall Dresden zeigt.[23] Letzteres führt unter Umständen – so „neue" Plätze überhaupt geschaffen werden – sogar dazu, dass die nicht über betriebliche Lösungen privilegierten Kinder (ähnlich einer Gentrifizierung) verdrängt werden in unattraktivere Stadtteile oder schlechter ausgestattete Kitas, die im Zuge der Neuschaffung in eilig aufgestellten Containern ihre neue Heimat finden (wie etwa in Neuss[24] oder Stuttgart[25]).

Bundeswehreigene Lösungen für die Kinderbetreuung?

Von den klammen Kassen der Kommune ist die Bundeswehr nicht betroffen,[26] auch wenn der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes Ulrich Kirsch zuweilen davor warnt, die Bundeswehr unterliege einem „Spardiktat", der „Kastration und Marginalisierung" und „nähere sich in ihrer Größe der Reichswehr der Weimarer Republik an."[27] Abseits dieser populistischen Äußerungen stellt sich also die Frage, wie die Bundeswehr eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Dienst erreichen will. Als ein erstes Modell sei hier auf die „betrieblichen" bundeswehreigenen Lösungen der Bundeswehr geblickt.

Ende April 2013 überschlugen sich einige Zeitungen mit kreativen Titelschöpfungen wie „Einsatz an der Wickelfront"[28] oder die „Bundeswehr rücke in ein neues Gebiet vor"[29], als Staatssekretär Thomas Kossendey, die Präsidentin Merith Niehuss und die Gleichstellungsbeauftragten Irmingard Böhm von der Bundeswehruniversität in München und der CSU-Bundestagsabgeordnete Florian Hahn den ersten Spatenstich für die Kindergrippe „Campusküken" an der Universität der Bundeswehr München vornahmen.[30] Neben den geplanten Campusküken an der Bundeswehruniversität in München sind auch „betriebliche" Lösungen an den Bundeswehrkrankenhäusern Koblenz, Ulm und Berlin in Planung und Bau. Sie sollen 2014 zur Verfügung stehen.[31] Ob dies in dem angepeilten Zeitraum zustande kommt, bezweifelt nicht nur der Wehrbeauftragte Königshaus, wenn er leicht genervt bei der diesjährigen Unterrichtung des Bundestags feststellen musste: „Ich würde mich im Übrigen auch sehr freuen, wenn ich noch in meiner Amtszeit – das wäre bis 2015 – den ersten bundeswehreigenen Kindergarten außerhalb des Ministeriums besuchen könnte und nicht immer nur von Grundsteinlegungen hören [würde]."[32] Seine Zweifel ergeben sich wohl auch aus dem 7-jährigen Planungs- und Genehmigungsprozess der 2 Millionen Euro teuren Kita in München für 36 Kleinkinder.

„Familienbilder" der Bundeswehr? Foto: Bundeswehr/Herholt, über: flickr Wir. Dienen. Deutschland 2010.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Für „den Bau von eigenen Kindertagesstätten“ sind bis 2015 insgesamt 10,5 Millionen Euro aus dem BMVg-Haushalt vorgesehen.[33] In gewisser Weise ist damit das BMVg von seiner Linie abgerückt, die noch vor fünf Jahren bei einer großen Anfrage der damaligen Oppositionspartei FDP folgendermaßen lautete: „Da die Umsetzung des Ausbaus der Kindertagesbetreuung eine Aufgabe der Länder und Kommunen ist […], scheidet grundsätzlich die Bereitstellung finanzieller, materieller und personeller Ressourcen der Bundeswehr über den Einzelplan 14 [Finanzhaushalt des BMVg, Anmerk. T.M.] aus.“[34] Ich nehme an, dass diese Gelder jedoch heute eingesetzt werden, um weitere Belegplätze zu erwerben, wie der Fall Westerstede weiter unten zeigen wird. Sicher ist dies jedoch nicht, und die genauen Finanzströme insbesondere im lokalen Filz wären sicherlich eine eigene Betrachtung wert.

Entgegen den sich überschlagenden Zeitungsmeldungen im Fall der Kitagrundsteinlegung in München bleibt unklar, warum es sich dabei um etwas qualitativ Neues handeln soll, existieren doch bereits seit 2009 an mindestens fünf anderen Standorten ebenso Kitas (in freier Träger_innenschaft) direkt auf dem Kasernengelände.[35] Auch für den Standort München sucht die Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb (g.e.b.b., ein Unternehmen der Bundeswehr) noch eine solche Träger_innenschaft.[36] Es liegt daher nahe, dass die vermeintlich erste Kitagrundsteinlegung in München ein willkommenes Medienereignis war, um darzustellen, dass „die Bundeswehr endgültig in der familienpolitischen Moderne angekommen [sei].“[37]

Neben der Betriebskita „auf dem Gelände des Bundesministeriums der Verteidigung in Bonn“[38] befindet sich eine weitere Kita auf dem Fliegerhorst Köln/Wahn, deren Sponsoren u.a. McDonalds, die Telekom und der Zoo Köln sind.[39] Zu der besonderen Aktion dieser Kita gehört „Betriebe für Kinder“, bei der die Kinder an örtliche Betriebe „verliehen“ werden können, um gegen Spende zum Beispiel die „Fenster der Porzer Raiffeisen-Volksbank zu dekorieren“.[40] Auch die „Fördewichtel“ in Kiel sind eine „betriebliche“ Kita. Diese vom Verein für pädagogische Initiativen und Kommunikation e.V. (Pädiko) getragene Einrichtung entstand „in der ehemaligen Telefonzentrale des Kieler Marinestützpunktes“.[41] Die Fördewichtel sind seitdem eines der Lieblingsobjekte für Spendenaktionen der Marine. Dabei werden dann standesgemäß beim obligatorischen Termin mit der Lokalpresse die Uniformierten zusammen mit einigen Kleinkindern, der Kitaleitung, ggf. lokalen Unternehmer_innen und den Militärpfarrer_innen um einen überdimensionierten Scheck gesetzt und mit einem Lachen in die Kamera die Kinder zum willkommenen PR-Auftritt instrumentalisiert.[42]

Gut 150km süd-östlich von Kiel liegt der Bundeswehr-Standort Laage-Kronskamp. Hier befindet sich seit kurzer Zeit mit der „Villa Sternschnuppe“ eine erweiterte Kindestagesbetreuung nur wenige hundert Meter vom Rollfeld entfernt. Wie die Zeitung Junge Welt nicht ohne Ironie dazu anmerkte, stehe „den Kindern […] ein großes Gelände mit Wald und Wiese zur Verfügung, eine Einschränkung sei allerdings der Fluglärm der Kampfjets.“[43] Schließlich existiert mit der Kita der Evangelischen Militärkirchengemeinde Augustdorf mit dem Namen Stachel-Bär eine weitere quasi „eigene Kita“ der Bundeswehr. Diese befindet sich nicht direkt auf dem Kasernengelände, was jedoch die Kindergärtner_innen nicht davon abhält, mit den Kleinsten der Kleinen die benachbarte General-Feldmarschall-Rommel-Kaserne zu besuchen. Auf der Seite der Kita Stachelbär heißt es mit obligatorischem Bild der Kinder neben den Uniformierten und vor dem Panzer dazu: „[…] Sehr beeindruckend waren die Panzer auf und in denen die Kinder klettern durften. Immer war einer der Soldaten zur Stelle und hat geholfen. […] An dieser Stelle noch mal einen besonderen Dank an die ‚Soldatenmodels‘. Uns wurde eine kleine Modeschau mit allen verschiedenen Tarnanzügen präsentiert. Von Tarnung im Schnee, Wüste oder Wald oder die schicke Ausgehuniform – alles konnten wir bestaunen. Mit einem kleinen Präsent und vielen tollen Eindrücken traten wir den Heimweg an. Es war ein toller Tag – wir kommen bestimmt wieder!!“[44]

Abseits dieser alltäglichen Merkwürdigkeiten stellt sich allerdings die Frage, ob die bundeswehreigenen Kitas, die sich zum Teil auf dem Kasernenhof befinden, eine gute Lösung für alle Beteiligten darstellen. In Bundeswehrkreisen scheint es darüber eher zweifelnde Meinungen zu geben. Minister de Maizière deutet dies vorsichtig an: „Es mag manchmal nicht nur billiger, sondern für das Aufwachsen der Kinder auch besser sein, dass vor Ort mit Belegungsrechten und in anderer Weise dafür Sorge getragen wird, dass die Kinder von Soldatinnen und Soldaten anständig betreut werden.“[45] Deutlicher wird dann schon der Parlamentarische Staatssekretär beim BMVg Kossendey: „Erst am Ende des Spektrum [sic] der Lösungsmodelle bleibt die Einrichtung eines Betriebskindergartens als ultima ratio stehen.“[46] Im Gespräch, das ich mit einer Kitaleiterin,[47] deren Kita in evangelischer Träger_innenschaft selbst Belegplätze der Bundeswehr hat, wurde ferner bezweifelt, ob die homogenen Gruppen auf dem Kasernenhof sowohl für die Kinder als auch für die Eltern aus pädagogischer Hinsicht von Vorteil seien.

Es bleibt so für die bundeswehreigenen Lösungen festzuhalten, dass es sowohl von Seiten der Bundeswehr als auch aus pädagogischer Hinsicht fragwürdig erscheint, ob diese eine sinnvolle Lösung für die Kinderbetreuung bei der Bundeswehr darstellt. Dass die Bundeswehr dabei – hauptsächlich aus Kostengründen – die Investitionen in betriebliche Lösungen scheut,[48] darf aus pädagogischer und friedenspolitischer Perspektive nur begrüßt werden. Insbesondere zeigen die Beispiele der Fördewichtel, der Villa Sternschnuppe und der Stachel-Bären, wie leicht die Kinder in solcherlei Arrangements zum PR-Spielball werden und einer Gewöhnung an und Verharmlosung von allem Militärischen ausgesetzt sind.[49]

Privilegien für die Bundeswehr: Kita-Belegrechte

Nach diesem Blick auf die allgemeine Situation der Kita-Plätze und der „betrieblichen“ Lösungen bei der Bundeswehr, möchte ich nun zum eigentlichen Kern des Problems kommen: den Belegrechten. In einer kleinen Anfrage der Grünen Mitte 2011 gab die Bundeswehr an, Belegrechte nur an den Standorten „Koblenz (20 Plätze), Seedorf (40 Plätze) und Westerstede (12 Plätze)“[50] zu besitzen. Wie diese Zahlen zustande kommen ist unklar, liegen doch auch andere Angaben der Bundeswehr über die Belegplätze vor, die weit darüber hinaus gehen. Die Bundeswehr selbst beziffert in ihrem Kinderbetreuungsportal die Zahl auf fast 10.000 Belegrechte. Reinhold Robbe, damals in seiner Funktion als Wehrbeauftragter, spricht in seinem Jahresbericht 2009 davon, dass „über 9000 bereits bestehende Belegrechte an 150 Standorten und 350 Betreuungseinrichtungen ‚wieder entdeckt‘ wurden.“[51] Die Federführung dieser Wiederentdeckung hatte dabei die g.e.b.b., die sich selbst als „der Inhouse-Berater der Bundeswehr“[52] bezeichnet. Viele dieser Belegrechte stammen aus den „60ziger und 70ziger Jahren im Zuge des Standortausbaus“[53] und betreffen neben kommunalen Träger_innen auch viele kirchliche. Die Bundeswehr hat selbst als Hilfestellung für die Bundeswehrangehörigen eine Liste verfügbar gemacht, in der ausschließlich in westdeutschen Ländern aktuell 353 Kitas mit

Parlamentarische Staatssekretär Thomas Kossendey schaltet Kinderbetreuungsportal der Bundeswehr frei.
Foto: Bundeswehr/Sebastian Wilke, über: flickr Wir. Dienen. Deutschland 2012

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Belegrechten der Bundeswehr genannt sind.[54] Im Jahr 2013 soll „der Erwerb von Belegrechten beziehungsweise weiteren Belegrechten für die Standorte Dresden, Faßberg, Heide, Nienburg, Leipzig und Westerstede" erfolgen.[55]

Insbesondere die Wiederentdeckungen in den letzten Jahren zeigen, wie die Bundeswehr das Thema rückerschließt und in die zivilen Einrichtungen auf Grundlage jahrzehntealter Verträge und Vereinbarungen drängt oder eben seit 2008 wieder damit begonnen hat neue Vereinbarungen zu schließen.[56] Wie ein Gespräch mit einer Kitaleiterin ergab, bezuschusste die Bundeswehr die Errichtung der von ihr heute geleiteten evangelischen Kita in den 70ziger Jahren, sicherte sich Belegrechte, die dann aber über Jahre hin vergessen wurden, und jetzt „wiederentdeckt" und eingefordert werden. In der Praxis bedeute es in ihrer Kita dann, dass bei Kindern mit ungefähr gleichen Voraussetzungen (Geschwisterkind, Alter, soziale Lage) das Kind der Bundeswehrangehörigen den Vortritt erhält – ein unscheinbares Privileg für das Militär, das ggf. nicht bei der Bundeswehr arbeitende Eltern die Arbeitsstelle kostet und im wahrsten Sinne einen „banalen Militarismus" darstellt.[57]

Einen Eindruck, wie wohl auch damals und wieder verstärkt heute der zunehmende Erwerb von Belegrechten vor sich geht, zeigt der Fall Westerstede. Das sich dort befindliche Bundeswehrkrankenhaus Westerstede liegt im Wahlkreis Ammerland/Oldenburg – dem Wahlkreis des Parlamentarischen Staatssekretär des BMVg Kossendey (CDU). Dieser rühmt sich, die erste zivil-militärische Zusammenarbeit zweier Krankenhäuser (Bundeswehrkrankenhaus Westerstede und Klinik Ammerland) 2008 auf den Weg gebracht zu haben,[58] und erst jüngst gelang es ihm, das Bundeswehrzentrum Verpflegungsservice mit 150 neuen Stellen in Oldenburg zu konzentrieren.[59] Eine solche militarisierte Landschaft bedarf auch der Kinderbetreuung, wie sie Kossendey „eine Herzenssache" war.[60] So erfolgte 2009 die Vertragsunterzeichnung zwischen Stadt und Bundeswehr für Belegrechte in der „Kindertagesstätte an der Jahnallee", die 2011 fertig gebaut wurde. Mit 180.000 Euro, vermutlich aus dem Einzelplan 14 des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg), bezuschusste dafür die Bundeswehr den städtischen Bau – der sich auf keiner Liegenschaft der Bundeswehr befindet, d.h. keine „betriebliche" Lösung darstellt. Die Bundeswehr konnte sich so zwölf Belegplätze reservieren – für eine Laufzeit von 30 Jahren![61] Dies ist kein schlechtes Geschäft für die Bundeswehr – wird bedacht, wie kostspielig vergleichbare betriebliche Lösungen sind und welchen zusätzlichen werbenden Nutzen es für die Bundeswehr mit sich bringt, wenn sie in der lokalen Presse als Stifterin vermeintlich neuer Kitaplätze auftreten kann. Neben den lokalen politischen „Besonderheiten" verdeutlicht der Fall Westerstede, wie knapp die Kommunen bei Kasse sind, um sich auf solche Geschäfte einlassen zu müssen, liegen doch die durchschnittlichen Kosten für einen neuen Kitaplatz bei 25.000 Euro und die monatlichen Betriebskosten durchschnittlich bei etwa 1.000 Euro.[62] Westerstede und die günstige Anschaffung von Belegplätzen macht dann auch Kossendeys Aussage in der Zeitschrift Innere Führung der Bundeswehr zum Thema Kitas verständlicher: „Dies [der billige Ankauf von Belegrechten, T.M.] zeigt, dass eine Verbesserung der Kinderbetreuungssituation nicht zwangsläufig zusätzlicher finanzieller Aufwendungen bedarf!"[63]

Ich bin erstaunt, wie der Staat hier – vermittelt über Träger_innen wie die Kirchen, deren Kitas zum größten Teil auch staatsfinanziert sind – mit sich selbst derartige Geschäfte macht. Erstaunt nicht nur wegen der guten Konditionen, sondern weil es sich um prinzipiell die gleichen Steuergelder handelt, die in der gemeinsamen Kraftanstrengung von Land, Kommunen und auch dem Bund aufgebracht werden, um den Kitaausbau zu bewältigen.[64] Abseits etwaiger Abwägungen, ob der Bund über den Belegrechtekauf der Bundeswehr indirekt in einer rechtlichen Grauzone weiteres Geld außerhalb des Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau" zum Kitaausbau zur Verfügung bereitstellt, ist es zu

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Erziehung - Vorbild Bundeswehr? Skandal in der Kaserne Bad Reichenhall, Klein-Mitrovica zum Üben für Kinder. Foto: Rabattz-Bündfnis über indymedia.

begrüßen, dass Gelder aus dem Bundeshaushalt dafür verwendet werden – am besten über eine Umwidmung des aufgeblähten 33-Milliarden-Euro-Verteidigungshaushaltes zur Stützung der kommunalen Haushalte. Dass jedoch aus diesen staatsinternen Geschäften plötzlich Privilegien für die Bundeswehr entstehen, ist hochproblematisch.

Zum ersten betreibt der Staat damit selbst eine Politik struktureller Ungleichheit, wenn ohne Not der Ausverkauf der Kitaplätze durch Unternehmen über Belegrechte nachgeahmt und vorangetrieben wird. Ich wies bereits auf die Probleme der allgemeinen Belegrechtepraxis hin. Zum zweiten jedoch besteht ein prinzipieller Unterschied zwischen Unternehmen und der Bundeswehr: die Bundeswehr ist eben kein Unternehmen, sondern Teil des Staates. Dieses Problem betrifft damit alle staatlichen Stellen, wenn diese auf Kosten der Allgemeinheit und zur Privilegierung von Staatsbediensteten oder eben Bundeswehrangehörigen selbst Belegrechte an staatlich finanzierten Kitas (die sich in unterschiedlicher Träger_innenschaft befinden) aufkauft und sich darüber ungerechterweise Vorteile verschafft. Dass besonders die Bundeswehr dieses Problem nicht erkennt (oder erkennen will), zeigt ein Artikel in der Zeitschrift Innere Führung, in welchem die Belegrechtepraxis der Bundeswehr mit der des Unternehmens Adidas verglichen wird[65] oder die Bundeswehr im eigens eingerichteten Kinderbetreuungsonlineportal fabuliert: „Wie andere Arbeitgeber auch, sicher[t] sich die Bundeswehr mit solchen Belegrechten ein festes Kontingent von KITA-Plätzen. Diese sind dann ausschließlich für die Kinder ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestimmt."[66]

Erschwerend kommt drittens hinzu, dass es sich bei der staatlichen Bevorzugung von Militärangehörigen wie im Fall der Kita-Belegrechte um einen klassischen Fall von (banaler) Militarisierung handelt, die eben schleichend diese Gruppe administrativ oder rechtlich bei prinzipiell von Allen benötigten Gütern über die zivile Allgemeinheit stellt. Dieses ist geschichtsvergessen und untergräbt die Zivilität der Demokratie – so scheinbar banal es auch auf den ersten Blick sich im Fall der Kitaplätze darstellen mag. Diese prinzipielle Politik der Ungleichheit über die Belegrechtepraxis und die spezielle Militarisierung ziviler Bereiche sollte insbesondere den kirchlichen Träger_innen zu denken geben, wenn sie direkt mit der Bundeswehr zusammenarbeiten und somit neben der Bevorzugung konfessioneller Kinder auf banale Art und Weise auch die Kinder von Bundeswehrangehörigen anderen Kindern vorziehen.

Viertens schließlich ist es vor dem Hintergrund der „billigen" Lösung der Bundeswehr-Belegrechte auf Kosten der Allgemeinheit geradezu beschämend, wie sich die Bundeswehr mit ihrem „Kitaausbau" als familienfreundliche Arbeitgeberin präsentiert, oft mit einem vergeschlechtlichten Dogma, um insbesondere mehr Frauen für die Bundeswehr gewinnen zu können.[67] Das Problem der werblichen Ausbeutung von Kindern, die auf allerlei Bildern mit Uniformierten drapiert werden, verdeutlicht noch eindrücklicher, wie auch mit dem Thema Kleinkinder und Kita die Werbemaschine der Bundeswehr gefüttert wird.[68] Im Schattenbericht Kindersoldaten heißt es, wenn auch dort im Zusammenhang eines Grundschulauftrittes der Bundeswehr, aber hier ebenso treffend: „die Kinder [werden] von der Bundeswehr vereinnahmt und für eigene Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit instrumentalisiert. Die Bundeswehr hat die [Kinder] damit eigennützig zum Politikum gemacht und als absehbare Folge zum Spielball politischer Debatten […]."[69]

Lokale Bündnisse für Familie und Reservist_innen in Kitas

Die Bundeswehr drängt jedoch nicht nur über die Belegrechtepraxis beim Thema Kitas in diesen zivilen Raum ein und militarisiert ihn. Zwei Aspekte sind mir im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung noch wichtig zu skizzieren: die „Lokalen Bündnisse Familie" und die Reservist_innen in Kitas.

Ursula von der Leyen, damals noch in ihrer Rolle als Ministerin des BMFSFJ, sprach sich in der Zeitschrift Innere Führung lobend über die Bemühungen der Bundeswehr in Sachen Vernetzung beim Thema Kinderbetreuung aus: „Die Bundeswehr hat die Zeichen der Zeit früh erkannt. Um Soldatenfamilien wirkungsvoll zu unterstützen, beteiligt sich die Bundeswehr schon seit 2004 an […] ‚Lokale Bündnisse für Familie' – eine Initiative des Bundesfamilienministeriums."[70] Laut Angaben des BMFSFJ engagieren sich seit 2004 (das heißt, die Bundeswehr war von Anfang an Teil der Bündnisse) in über 670 Bündnissen mehr als 13.000 Akteur_innen (darunter 5.000 Unternehmen) in rund 5.200 Projekten.[71] Solche Projekte können etwa Wissensnetzwerke sein zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch, die Organisation von gemeinsamer Ferienbetreuung, aber auch der Ausbau von Kitas. Die vom BMFSFJ eingerichte Servicestelle wird durch die eigenen Mittel und aus dem Europäischen Sozialfonds finanziert.[72] Als gesellschaftliche Partnerin sitzt neben den zu erwartenden Wohlfahrtsverbänden (BAGFW), Kinder- und Familienorganisationen (z.B. AGF), Gewerkschaften (DGB), Unternehmen (z.B. adidas) und anderen (z.B. Deutschen Städte- und Gemeindebund, Bertelsmann Stiftung, Gemeinnützige Hertie-Stiftung) eben auch die Bundeswehr mit am Tisch.[73]

In mindestens 15 Lokalen Bündnissen ist die Bundeswehr zu finden[74] und agiert dort in freudiger Verbundenheit mit allen möglichen Akteur_innen, die die jeweilige Stadt oder Region aufzubringen weis, seien das Kirchen, Parteien, lokale Kleinunternehmen, Wohlfahrtsverbände oder Kinderorganisationen. Die lokalen Treffen finden dann wie in Höxter mitunter im Offiziersheim der Bundeswehr statt, oder es informiert bei einer Veranstaltung in Kümmersbruck die „Bundeswehr über Familienbetreuung [während] das Seniorennetzwerk Anleitung zum Basteln gab" oder aber es arbeiten wie in Rheine die Polizei, das Jugendamt und die Bundeswehr zusammen für eine bessere Zukunft der Kinder in der Region – Trennungsgebot hin oder her.[75]

Diese lokalen Vernetzungen erschöpfen sich dabei so im Alltäglichen und Banalen, dass die Problematik einer banalen Militarisierung scheinbar völlig ausgeblendet wird.[76] Es sagt zudem viel über den Militarisierungsgrad einer Gesellschaft aus, wenn

in trauter Eintracht sich das Militär unter die lokale Bevölkerung mischt und für die verbesserten Bedingungen der Erziehung von Kindern sorgen will. Welche Werte das Militär dabei unter die Menschen bringen möchte, beschreibt ein Werbeflyer der Fachhochschule der Bundeswehr Berlin sehr passend. In ihm wird dafür geworben, dass sich ausscheidende Soldaten (!) im Rahmen ihrer Wiedereingliederung in das zivile Leben zu Erzieher ausbilden lassen:[77] „Sie brauchen *Mut*, sich dem Leid und Problemen von Kindern und Jugendlichen zu stellen, die *Sensibilität* ein Kind zu trösten, *Gefühl und Härte* in der Arbeit mit schwierigen Jugendlichen, *Kreativität* und *Ideen* für Gruppenarbeit, *Humor* in schwierigen Situationen, die *Stärke* einem verwahrlosten Jugendlichen Orientierung zu geben, die *Kompetenz* eine/n Kollegin/en zu beraten, *Durchhaltevermögen* um den Alltag in einer Heimgruppe zu bewältigen, die Fähigkeit zum *Lachen* und Spielen und nicht zuletzt die *Courage* in einem von Frauen dominierten Arbeitsfeld beruflich Fuß zu fassen.“[78] In Köln, Berlin und Hamburg können sich dann die ausscheidenden Kameraden (!) in drei Jahren zum anerkannten Berufsabschluss qualifizieren.[79] Dabei handelt es sich um ein Bildungsangebot, das schon seit den 70er-Jahren existiert.[80] Ob die Reservisten/Veteranen mit ihrer Vorgeschichte in den Kitas dabei eine ähnlich gute Arbeit machen, darf gehofft werden.[81] Problematisch erscheint mir jedoch, die aus Auslandseinsätzen zurückgekehrten Soldat_innen für ihre sehr zu wünschende zivile Wiedereingliederung in Kitas einzusetzen. Gesonderte psychologische Untersuchungen sollten hier Pflicht sein. Falls jedoch Bundeswehrsoldat_innen im Auslandseinsatz selbst Gewalttaten ausgeübt haben, halte ich sie für den „Dienst am Kind“ für nicht geeignet.

Wie weiter mit der Vereinbarkeit von Dienst und Familie bei der Bundeswehr?

Spätestens seit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr hat sich wohl auch intern eine einfache Wahrheit durchgesetzt, die Armin Kalinowski in der Zeitschrift Innere Führung gut auf den Punkt bringt: „Der Soldatenberuf an sich ist nicht familienfreundlich, die Einsätze der Bundeswehr stellen die Soldatinnen und Soldaten und deren Familien vor erhebliche zusätzliche Herausforderungen.“[82] Er spricht mit den Einsätzen eine der Hauptbelastungen für die Bundeswehrangehörigen an, die auch die Situation rund um die Kinderbetreuung zu einer solchen Herausforderung werden lässt, die die Bundeswehrführung mit den dargestellten fragwürdigen Mitteln zu bewältigen sucht. Es stellt sich daher die berechtige Frage, wie es weiter gehen kann mit der Vereinbarkeit von Dienst und Familie bei der Bundeswehr, sollen die zum Teil indirekten Folgen aus den Auslandseinsätzen nicht weiter zu Lasten der Allgemeinheit und dem Anspruch auf gleichberechtigte Chancen auf einen Kitaplatz ausgetragen werden.

Eine erste ebenso einfache, wie auch wirkungsvolle und dringende Notwendigkeit ist es daher, die Auslandseinsätze der Bundeswehr sofort zu beenden. Es gehört jedoch einiges an Optimismus dazu, zu erwarten, dass die Bundeswehr unter den derzeitigen politischen Machtkonstellationen im Bundestag kurz- bis mittelfristig diesem Anspruch genügen kann, um eines der grundlegenden Probleme der Vereinbarkeit von Dienst und Familie abzustellen.

Als zweite Notwendigkeit, die mit den gleichen Machtkonstellationen konfrontiert ist, gilt die bereits angesprochene Umwidmung von Geldern des Verteidigungshaushaltes hin zu sozialen Projekten wie eben dem Kitaausbau. Es ist schon eine Ironie der Geschichte, dass die Bundeswehr mit ihrem voluminösen und – wie die Eurohawk-Drohne zeigte – intransparenten und verschwenderischen Haushalt jetzt über den Belegrechtekauf sich als Retter_in der Kommunen und Kitas gebärdet. Das Verteidigungsministerium sollte lieber vorher seinen Kuchen direkt über die Vergabe der Gelder im Bundeshaushalt weitergeben, vor allem auch in den Bildungsbereich (Stichwort: Ausbildung Kitapersonal und deren bessere Bezahlung).

Drittens ist es dringend notwendig, dass die Bundeswehr ihre Werbung auf Kosten der Kinder (PR-Maßnahmen) und auf Kosten der Allgemeinheit (familienfreundliches Unternehmen) einstellt. Dies ist sowohl ethisch problematisch wie auch eine bewusste Täuschung der Bevölkerung, die den Namen Propaganda verdient. Wer in mehrfacher Hinsicht auf Kosten von Kindern die eigene Attraktivität steigern möchte, dem sind die Argumente ausgegangen, für einen angeblichen „Beruf mit Zukunft“ zu werben.

Es ist so schließlich dringend geboten und politisch möglich, die ungerechte Praxis der Belegrechte durch die Bundeswehr einzustellen sowie die Lokalen Bündnisse für Familie mit Bundeswehrbeteiligung aufzulösen. Auch die Kirchen sind hierbei gefragt als Träger_innenorganisationen, die mit der Bundeswehr kooperieren. Dabei muss ganz grundlegend die instrumentelle Logik von Militär und Bevölkerung, nämlich aus Sicht des Militärs die biopolitische Verfügbarmachung für die Kriegsmaschinerie hinterfragt werden. Dieses muss jedoch die Bundeswehr selbst vor ernsthafte Probleme stellen, ist sie doch auf diese Logik angewiesen, ja im Kern so aufgestellt. Thomas Kossendey beweist dabei eindrücklich, welches Denken diese Probleme selbst an der Bundeswehrspitze nicht überwinden wird: „Das, was wir wollen, ist in erster Priorität: ‚Einsatzbereitschaft‘. Wenn wir es schaffen, die Menschen zu gewinnen, die wir brauchen – und erreichen, dass diese sich bei uns wohl fühlen, dann wird es auch gelingen, leistungsfähig, leistungswillig und einsatzbereit zu bleiben. Die Vereinbarkeit von Familie und Dienst ist dabei nicht der einzige, aber zunehmend wichtiger werdende Attraktivitäts- und Motivationsfaktor.“[83]

Dieser Logik der Verfügbarmachung für den Kriegseinsatz gilt es sich zu widersetzen!

Anmerkungen

1 Königshaus, Helmut (2013): Jahresbericht 2012 des Wehrbeauftragten, Bundestags-Drucksache 17/12050, S. 26.

2 Thomas de Maizière bezog sich in jüngerer Zeit bei einer Rede beim Ökumenischen Neujahrsempfang der Militärseelsorge auf die Umfrage des „trendence Schülerbarometers“: „Bei einer Umfrage über die beliebtesten Arbeitgeber in Deutschland – und das schließt den Vergleich mit Unternehmen wie BMW, SAP und Volkswagen ebenso ein wie den Vergleich mit dem Tischler um die Ecke – steht die Bundeswehr auf Platz drei [hinter der Polizei und der ProSiebenSat.1 Media AG].“ Spätestens mit der Nennung der Fernsehsender und H&M auf Platz 5 sollten de Maizière jedoch der zweifelhafte propagandistische Wert dieser Umfrage aufgefallen sein. Die Umfrageergebnisse spiegeln wohl viel eher den Bekanntheitsgrad eines Arbeitsgebers wider, als dessen Beliebtheit oder Attraktivität. Dies führte zu dem Ergebnis, nicht dass die Bundeswehr realistisch als wünschenswerte künftige Arbeitgeberin eingeschätzt wird. Vgl.: trendence (2013). De Maizière (2013): Rede des Bundesministers auf dem Ökumenischen Neujahrsempfang der Militärseelsorge, bmvg.de.

3 BT-Drucksache 17/6047 (1.6.2011): Vereinbarkeit von Familie und Dienst in der Bundeswehr. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/5602, S. 17.

4 ZDv 10/1 (2008): Innere Führung, Selbstverständnis und Führungskultur der Bundeswehr, Ziffer 664, S. 41.

5 Allgemeiner Umdruck 1/500 - Handbuch zur Vereinbarkeit von Familie und Dienst in den Streitkräften (2010), Anlage 6/14. In der

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

vorhergehenden Änderungsfassung 2 des Allgemeinen Umdrucks 1/500 wurde dies noch anders definiert: „Nach den heute geltenden Regelungen in der Kinderbetreuung das vertraglich gesicherte Recht eines Arbeitgebers, in einer Kindertagesstätte eine festgelegte Anzahl von Plätzen ausschließlich für Kinder von Betriebsangehörigen decken zu können. Hierfür sind anteilige Kosten zu übernehmen. Belegplätze kommen zur Abdeckung eines bundeswehrspezifischen Bedarfs in Betracht. Die Bundeswehr hat seit 2008 an mehreren Standorten Belegplätze erworben. Weiterhin verfügt die Bundeswehr an zahlreichen Standorten über Belegungsrechte überwiegend aus den sechziger und siebziger Jahren. Diese Belegungsrechte haben nur noch eingeschränkt praktische Bedeutung; Informationen hierzu legen [sic] dem Sozialdienst der Bundeswehr und den Standortältesten vor."

6 Zur aktuellen Datenlage vgl. FAZ vom 25.4.2013: Städtetag gesteht Lücken in Kinderbetreuung ein.

7 Bös, Nadine (19.3.2013, FAZ): Warteschlange vor der Krippe.

8 ARD, Günther Jauch, Sendung vom 24.2.2013: Kein Platz für Kinder – was wird aus dem Kita-Versprechen?.

9 Riedel, Katja/Fröschl, Petra (27.3.2013, SZ): „Man prostituiert sich".

10 Hierzu ausführlich: Amendt, Jürgen (2013): Erzieherinnen … verzweifelt gesucht, in: E&W 05/2013, S. 6-9. Vgl. auch Nentwig-Gesemann, Iris (2013): Qualität kann nicht verordnet werden, interviewt von Dilk, Anja, in: E & W 05/2013, S. 12-13.

11 Omid Nouripour sagte zu dem Versuch der Bundeswehr, Eltern-Kind-Arbeitsplätze einzurichten: „Ich habe mir sehr viele Eltern-Kind-Arbeitszimmer angeschaut. Ihre Einrichtung ist kein Schritt in die richtige Richtung. Sie können nicht davon ausgehen, dass ein Kind betreut ist, wenn es hinter Ihnen in der Ecke des Zimmers, in dem Sie arbeiten wollen, spielt. Das ist kein Ersatz für Kinderbetreuung. Das ist ein Placebo." Vgl.: Plenarprotokoll 17/235, Deutscher Bundestag, 19.4.2013, S. 29557.

12 Bund, Kerstin/Niejahr, Elisabeth (Die Zeit, 23.3.2013): Wir gehen arbeiten.

13 BMFSFJ (2012): Förderprogramm "Betriebliche Kinderbetreuung".

14 Märkische Allgemeine (25.4.2013): Michendorf erstellt Order zu Kita-Platz-Vergabe.

15 Korn, Evelyn: Zerstört der Sozialstaat die Familie? In: Marburger Volkswirtschaftliche Beiträge, No. 05-2007, S. 18. Wie die Vergabe im Fall der Verpartnerung bzw. eingetragenen Partnerschaft gehandhabt wird, ist nicht bekannt.

16 Dresdner Neueste Nachrichten vom 3.7.2012: Linke will Kindergärtnerinnen bei Kita-Platzvergabe priviligieren (sic).

17 FDP (2011): Kitaplatz-Vergabe vor dem Hintergrund eines Urteils des Verwaltungsgerichtes Leipzig.

18 Ebenfalls eine nicht unumstrittene Praxis, wird bedacht, dass ein Großteil der Kitas in kirchlicher Träger_innenschaft durch Steuergelder bezahlt wird. Vgl.: Müller, Eva (2013): Gott hat hohe Nebenkosten, Leseprobe zum Kita-Thema auf Der Freitag, 10.1.2013,.

19 Baranczyk, Katrin (2012): „Eine betriebliche Kinderbetreuung zahlt sich für Unternehmen aus", Portal des BMFSFJ: Erfolgsfaktor Familie.

20 Vgl.: Ehinger Tagblatt (2012): Liebherr erwirbt Belegungsrecht für Kinderkrippe; ebenso die Logistikfirma Dachser oder EADS in Ulm.

21 Es lassen sich auf kommunaler Ebene zahlreiche Beispiele für solche Programme finden, z.B. in Singen, vgl. Trautmann, Gudrun (Südkurier, 10.3.2010): Belegrechte für Kita-Plätze.

22 Amendt, Jürgen (2013): Erzieherinnen … verzweifelt gesucht, in: E & W 05/2013, S. 6-9.

23 Dähn, Franziska (6.4.2012, Sächsische Zeitung): Eine Million Euro von Firmen für neue Kitaplätze.

24 Koch, Hanna (16.1.2013, NGZ): Stadt setzt weiter auf Kitas im Container.

25 Hemminger, Leonie (24.4.2013, Stuttgarter Zeitung): Stadt hält an Kita-Container am Molchweg fest.

26 Wagner, Jürgen (2012): Rüstungshaushalt: Von der Schmierenkomödie zur Farce, IMI-Standpunkt 2012/036.

27 Kirsch, Ulrich (2011): Die Bundeswehr wird zur kostengünstigen Minitruppe „reformiert". Magazin des Deutschen BundeswehrVerbandes, 5/2011, S. 1.

28 Die Welt vom 23.4.2013: Einsatz an der Wickelfront.

29 Schwäbische.de vom 22.4.2013: Bundeswehr rückt in neues Gebiet vor: Erste Kinderkrippe entsteht.

30 Universität der Bundeswehr/Pressemitteilung vom 23.4.2013: Spatenstich für die neue Kinderkrippe.

31 Königshaus, Helmut (2013): Jahresbericht des Wehrbeauftragten 2012, S. 26.

32 Königshaus, Helmut (2013): Plenarprotokoll 17/235, Deutscher Bundestag, 19.4.2013, S. 29551.

33 de Maizière, Thomas (2013): Plenarprotokoll 17/235, Deutscher Bundestag, 19.4.2013, S. 29553.

34 Drucksache 16/10376, 24.9.2008: Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP – Drucksache 16/8241 – Bessere Vereinbarkeit von Familie und Dienst in der Bundeswehr, S. 11.

35 Wulf, Gesine (2009): Papa ist immer im Dienst, in: JS Magazin 08/2009, S. 15.

36 g.e.b.b. (2013): Erster Spatenstich für die Campuskrippe in München.

37 Niehuss, Merith (2013): Leuchtturmprojekt für die Truppe, in: Bundeswehr Aktuell, Ausgabe 16/13, S. 1.

38 Königshaus, Helmut (2011): Jahresbericht 2010, S. 11.

39 Kita Fliegerhorst Köln/Wahn.

40 Ebd.

41 Pädiko.

42 Vgl. Marine (2010): Neuer Militärpfarrer besucht die „Fördewichtel"; Marine (2010): Große Überraschung für kleine Wichtel; Marine (2011): Büchereiauflösung für den guten Zweck; Marine (2011): Bootsbesatzung sammelt für die Fördewichtel in Kiel; Marine (2012): Überraschungsbesuch bei den „Fördewichteln"; BMVg (2012): Spende für Kinderbetreuung „Fördewichtel". Die Fördewichtel sind dabei nicht die einzigen, die von der Bundeswehr mit Scheck und Unifom besucht werden: Vgl.: Luftwaffe (2009): Weihnachtsmann kommt im Hubschrauber; Luftwaffe (2010): Scheckübergabe an die KITA „Regenbogen" in Schönewalde; Luftwaffe (2010): KiTa „Fliegerhorst" erhielt eine Spende; Sanitätsdienst (2011): Schatz in Blankenburg gefunden; Luftwaffe (2012): III. Lehrgruppe der Unteroffizierschule der Luftwaffe spendet für KiTa´s in Dithmarschen.

43 Junge Welt, 1.12.2012: Bundeswehr eröffnet Kita neben dem Rollfeld, S. 2.

44 Kita Stachel-Bär (2012): Besuch in der Kaserne.

45 de Maizière, Thomas (2012): Rede des Bundesministers der Verteidigung zum Bericht des Wehrbeauftragten 2012, bmvg.de. Auch jüngst bestätigte de Maizière diese Ansicht: „Das können auch Kindergärten in Kasernen sein. Lieber ist es mir aber, wenn die Soldatenfamilien nicht nur unter sich sind. Deshalb kann ich mir auch gut vorstellen, mit Firmen aus der Umgebung in dieser Frage zu kooperieren oder Kita-Plätze bei Gemeinden anzumieten." In: Stuttgarter Zeitung 17.3.2013: „Kinderbetreuung ist kein Gedöns" Interview mit dem Minister von Torsten Kleditzsch und Alessandro Peduto.

46 Kossendey, Thomas (2009): Mit Zuversicht in die Zukunft, in: Zeitschrift Innere Führung 1/2009, if-zeitschrift.de. Einzig der Wehrbeauftragte plädiert für mehr betriebliche Lösungen an großen Standorten und zieht fragliche Vergleiche: „Die Soldatinnen und Soldaten mit Kleinkindern fühlen sich zu Recht auf den Arm genommen, wenn die Bundesregierung ein ‚Förderprogramm Betriebliche Kinderbetreuung' auflegt und im Bereich der Wirtschaft die Schaffung neuer Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren fördert, dies aber im eigenen Bereich der Bundeswehr aus Kostengründen nur unzureichend und wenig vorbildhaft umsetzt." vgl. Königshaus, Helmut (2013): Jahresbericht 2012, S. 26.

47 Auf Wunsch ungenannt.

48 Königshaus, Helmut (2013): Jahresbericht 2012, S. 26.

49 Die Leiterin der Kita „Wilde Wiese" in der Julius Leber Kaserne antwortete auf diese Gewöhnung: „Es gehört zu unserem Alltag, dass wir hier Soldaten in Uniform und auch mit Waffen begegnen." Wichtig sei es, die Kinder darauf vorzubereiten, viele kämen ja ohnehin aus Familien mit Bundeswehrangehörigen. ‚Sie wissen, dass Waffen keine Spielzeuge sind.'", vgl. Bundeswehr (2009): Wilde

Wiese in der Kaserne.
50 BT-Drucksache 17/6047, 1.6.2011: Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vereinbarkeit von Familie und Dienst in der Bundeswehr, S. 7.
51 Reinhold, Robbe (2010): Jahresbericht 2009, S. 43.
52 g.e.b.b.: Über das Unternehmen.
53 Kinderbetreuungsportal der Bundeswehr (2013): Vereinbarkeit von Familie und Dienst.
54 Liste zu finden auf Bundeswehr-Kinderbetreuung.de (2013): Liste Bw-Belegrechte in Deutschland.
55 Königshaus, Helmut (2013): Jahresbericht 2012, S. 26.
56 Vgl. Fußnote 5.
57 Zum „banalen Militarismus" vgl.: Thomas, Tanja/Virchow, Fabian (Hrsg.) (2006): Banal Militarism. Zur Veralltäglichung des Militärischen im Zivilen. Bielefeld: transcript, insbesondere S. 34f.
58 Kossendey, Thomas (2013): Arbeit im Wahlkreis, Für das Ammerland und Oldenburg ....
59 Kiefer, Christoph (7.3.2013, NWZ): Oldenburg sorgt für gute Verpflegung: „Eigentlich hätte sich Oldenburg diese Aufgaben mit Lahnstein (Rheinland-Pfalz, Heimatort des damaligen Verteidigungsministers Rudolf Scharping SPD [sic] teilen sollen, verriet der frühere Verpflegungsamtsleiter, Uwe Rüstmann (74). Der Oldenburger Bundestagsabgeordnete Kossendey habe Scharping aber überzeugt, die Pläne für Lahnstein aufzugeben und Oldenburg den Vortritt zu geben."
60 Schumann, Kerstin (6.11.2009, NWZ): Bundeswehr sichert sich Belegungsrecht für neue Kita.
61 Ebd.
62 Schäfer, Christoph (27.4.2013, FAZ): Kostspieliger Krippenausbau.
63 Kossendey, Thomas (2009): Mit Zuversicht in die Zukunft.
64 BMFSFJ (2013): Gute Kinderbetreuung.
65 Malessa, Matthias (2009): Starke Mannschaft, in: Zeitschrift Innere Führung 1/2009, www.if-zeit-schrift.de/.
66 BW-Kinderbetreuungsportal (2013): Bundeswehr baut vier Betriebskindertagesstätten, www.bundeswehr-kinderbetreuung.de.
67 Vgl. u.a. n-tv (10.6.2013): Kitas in Kasernen - Bundeswehr will Frauen locken.
68 Vgl. Fußnote 42, 44 und 49.
69 Cremer, Hendrik (2013): Schattenbericht Kindersoldaten 2013 des Deutschen Bündnis Kindersoldaten, S. 15.
70 Von der Leyen, Ursula (2009): Erfolgsfaktor Familie, in: Zeitschrift Innere Führung 1/2009.
71 BMFSFJ (2013): Lokale Bündnisse für Familie.
72 Ebd.
73 Lokale Bündnisse Familie (2013): Bündnisse von A bis Z.
74 Ahlen, Bad-Frankenhausen, Donau-Ries, Günzburg, Höxter, Kaufbeuren, Koblenz, Kümmersbruck, Köln, Mayen, Neubrandenburg, Rheine, Schleswig-Flens, Uecker-Randow. Vgl.: Lokale Bündnisse Familie (2013): Bündnisse von A bis Z.
75 Ebd.
76 Thomas, Tanja/Virchow, Fabian (Hrsg.) (2006): Banal Militarism.
77 Gemäß Berufsförderungsanspruch nach § 5 (4) Soldatenversorgungsgesetz. Begleitet von zwei Goldenen Handschlägen: den Übergangsgebührnissen und der Übergangsbeihilfe.
78 Flyer der Bundeswehr Fachschule Berlin (2013): Staatlich anerkannte(r) Erzieher(in), www.bundeswehr.de, Hervorhebung Original.
79 Broschüre Bundeswehrfachschulen (2013): Wege zum Erfolg, Bundeswehr, S. 15f.
80 Bundeswehr (2011): Mehr Männer in Kitas – Soldaten werden Erzieher, 25.3.2011, www.bundeswehr.de.
81 Hollstein, Miriam (20.5.2013, Die Welt): „Bist Du jetzt schwul?" – Ein Soldat wird Erzieher.
82 Kalinowski, Armin (2009): Unauflösbarer Widerspruch? In: Zeitschrift Innere Führung 1/2009.
83 Kossendey, Thomas (2009): Mit Zuversicht in die Zukunft.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Kriegs-Zustimmungsforschung

Ein Artikel im Theoriemagazin ‚Zeitschrift für Internationale Beziehungen' (ZIB) beschäftigt sich mit der Frage, wie Entscheidungsträger die Zustimmung für Kampfeinsätze in der Bevölkerung ‚verbessern' können. Sich hiermit speziell zu befassen, sei besonders aufgrund der pazifistischen Einstellung hierzulande dringend erforderlich: „Die deutsche Bevölkerung vertritt mehrheitlich antimilitaristische Grundhaltungen und neigt dazu, konkrete Bundeswehreinsätze nicht vor dem Hintergrund situationsspezifischer Faktoren, sondern der kategorischen Ablehnung des Einsatzes militärischer Mittel zu beurteilen."*

Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich der Artikel damit, wie diese ‚missliche' Situation überwunden werden könnte: „Ziel dieses Beitrags war es zu untersuchen, ob sich Bevölkerungsbewertungen in Deutschland zu militärischen Auslandseinsätzen mithilfe von Kommunikationsstrategien verschieben lassen." Dies sei möglich, so die Autoren, es lasse sich „nachweisen, dass Bevölkerungsbewertungen tatsächlich durch *framing* verschoben werden können." Die Untersuchung habe ergeben, dass es bei „Personen, die sich dem linken Lager zuordneten, zu besonders großen Verschiebungen kam."

Das Mittel hierfür: „Obwohl die Deutschen einen solchen (multilateral geführten Kampf-)Einsatz vor allem im Lichte ihrer Grundüberzeugungen zum Einsatz militärischer Mittel bewerten dürften, würde der humanitäre Aspekt von den meisten Bürgern berücksichtigt und zu einer größeren Unterstützung führen." Auch wenn sich die Untersuchung auf die Einstellungen zum Libyen-Krieg beschränkte, sind die Autoren der Auffassung, dass sich die Ergebnisse verallgemeinern lassen: „Die Befunde dieses Beitrags legen nahe, dass eine derartige Kommunikationsstrategie auch in anderen, ähnlichen Fällen wirksam sein könnte."

Allein auf die ‚humanitäre Karte' zu setzen, reiche aber nicht aus, um eine kritische Masse der Bevölkerung zur Kriegszustimmung zu bewegen: „ Die Ergebnisse deuten zudem darauf hin, dass sich Kommunikationsstrategien nicht ausschließlich auf ein Argument stützen sollten, wenn damit die Unterstützung breiter Teile der Bevölkerung gesichert werden soll. Offenbar verfangen nicht alle Darstellungen bei allen Bürgern gleich." Ergo gelte es ‚die anderen' mit einem ebenfalls ‚maßgeschneidertem framing' abzuholen: „Eine andere Darstellung des Einsatzes – möglicherweise der Verweis auf die Bündnispflichten – hätte möglicherweise das konservative Lager in stärkerem Maße angesprochen und dort zu einer stärkeren Verschiebung geführt als bei den Linken. Die Wirksamkeit dieser anderen Kommunikationsstrategie zu untersuchen ist eine Frage, mit der sich die Forschung in Zukunft befassen sollte."

Ob die jeweils verwendeten Argumente wahr oder erstunken und erlogen sind, spielt in dem Beitrag keinerlei Rolle – untersucht wird lediglich, ‚was funktioniert'. Es drängt sich somit der Verdacht auf, dass es hier vorrangig darum geht, bar jeglicher kritischen Distanz der Politik Kommunikationsstrategien an die Hand zu geben, wie am ‚effektivsten' eine Kriegszustimmung generiert werden kann.

Jürgen Wagner

* Matthias Mader/Harald Schoen: Alles eine Frage des Blickwinkels? Framing-Effekte und Bevölkerungsurteile über einen möglichen Bundeswehreinsatz in Libyen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1/2013, S. 5-34.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

GASTBEITRAG

Brothers in Arms

Die Verbrüderung der Gewerkschaftsspitze mit dem Militär

von Manfred Dietenberger

Die Empörung war zu Recht groß, als der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und Verteidigungsminister Thomas de Maizière bei einem Treffen Mitte Februar 2013 eine bis dahin in dieser Deutlichkeit nicht dagewesene Nähe zwischen Gewerkschaften und Bundeswehr bekundeten. Allerdings kam dieser für viele überraschende Schulterschluss nicht so unerwartet, wie man glauben könnte. Denn das Verhältnis der Gewerkschaften zum deutschen Militär ist schon länger zwiespältig und schwankt immer wieder zwischen Ablehnung und Anbiederung, wie im Folgenden dargestellt werden soll. Dass das Pendel in jüngster Zeit aber immer stärker in Richtung Anbiederung ausschlägt, sollte umso mehr als Anlass dienen, Druck auf die Gewerkschaftsführer auszuüben, damit sie sich auf die ursprünglichen friedenspolitischen Positionen der Gewerkschaftsbewegung zurückbesinnen, anstatt die Bundeswehr und ihre Kriege zu unterstützen.

Von der Ablehnung zum Burgfrieden

Zwischen der Jahrhundertwende und dem Ersten Weltkrieg – in der Zeit der II. Internationale und der ersten Zusammenschlüsse der sozialistischen Gewerkschaften aller Länder zu internationalen Kongressen und Sekretariaten – sind die sozialistischen Gewerkschaften Gegner der Hochrüstung und des drohenden Krieges der imperialistischen Staaten untereinander gewesen. Dies war der Fall, auch wenn sie sich über die erforderlichen Kampfformen gegen den Krieg nicht einig waren und obwohl auch Teile ihrer Führung und ihrer Bürokraten (wie die Führung der sozialdemokratischen Parteien) dem Einfluss der bürgerlichen proimperialistischen Ideologien, der herrschenden Vorstellungsweisen dieser Zeit, teilweise zugänglich waren.

Die sozialistischen Gewerkschaften hofften durch ihren Kampf den Ausbruch des drohenden Weltkrieges zu verhindern, ihm gleichsam „zuvorkommen" zu können, der – wie sie wussten – sonst unvermeidlich war, wie das die Stuttgarter Entschließung der Sozialistischen Internationale 1907, aber auch die Reden des Basler Kongresses 1912 deutlich machen. Noch vom 25. bis 30. Juli 1914 – nach den Schüssen von Sarajewo, die zur Kriegserklärung überleiteten – haben in allen großen europäischen Städten, auch im Deutschen Reich, viele Hunderttausende Arbeiter für den Frieden demonstriert, als ihre sozialistischen Gewerkschaften und Parteien sie riefen. Allerdings, der Internationale Gewerkschaftsbund, damals von Karl Legien geführt, hatte zu diesem auch für ihn entscheidenden Problem nicht Stellung genommen, weil das aus Gründen einer missverstandenen Arbeitsteilung allein Sache der Sozialistischen Internationale sei.

Das hat nicht verhindert, dass der Ausbruch des Krieges im August 1914 jene Gefahr zur Wirklichkeit werden ließ, auf die schon hingewiesen wurde: dass nämlich in den Massen (nicht nur im Deutschen Reich, sondern in den meisten Ländern mit Ausnahme derer, die wie Bulgarien und Serbien ihre bitteren Erfahrungen schon vorher in den Balkan-Kriegen oder wie 1911/12 in Italien bereits im Tripolis-Krieg gemacht hatten und zusätzlich die elende Lage der französischen, der deutschen und österreich-ungarischen Arbeiter im ersten Kriegsjahr bereits kannten) das rationale klassenkämpferische Denken von einer Welle des „patriotischen", sprich einer „Volksgemeinschafts"-Historie erfasst wurde. Die gewerkschaftlichen Führungen sind diesem Umschwung gefolgt und im Deutschen Reich sogar vorangegangen. Am 2. August 1914 beschloss die Generalkommission, der Dachverband der sozialistischen Gewerkschaften in Deutschland, alle Streik- und Lohnbewegungen abzubrechen, um die Mitglieder für den Krieg mobilisieren zu können. Damit war der „Burgfrieden" zwischen den Klassen proklamiert, die Friedenspolitik vergessen.

Die Gewerkschaftsspitzen haben bis zum bitteren Ende an dieser Politik festgehalten. Ihre „Burgfriedenspolitik" brachte in ihrer Illusion – nicht in der Realität – sogar Erfolge. Die „Arbeitgeber" waren nun bereit, die Gewerkschaften als „Partner" auch in gemeinsamen Kommissionen mit der kaiserlichen Regierung zu akzeptieren. So wurden zum Beispiel mit dem Hilfsdienstpflichtgesetz 1916 den Arbeitern und Angestellten betriebliche Repräsentationen – aber natürlich ohne jede wirkliche Machtstellung – zugestanden usw..

Aber es waren auch Arbeiter, die mit der Novemberrevolution 1918 den Krieg beendeten. Und Gewerkschafter und Mitglieder der Arbeiterparteien waren es, die den Kapp–Putsch stoppten. Und Arbeiter kämpften von Anfang an mit ihrer Gewerkschaft und ihren Arbeiterparteien gegen die aufkommenden Nazis und arbeiteten auch aktiv im Widerstand gegen die Faschisten, nachdem ihnen die Macht übertragen wurde. Sie stellten nach dem verheerenden II. Weltkrieg auch ganz pragmatisch die Rüstungsproduktion auf die von zivilen Gütern um.

Gewerkschaften und Remilitarisierung

In der Frage der Remilitarisierung, die seit dem Herbst 1950 leidenschaftlich in der Arbeiterschaft und weit darüber hinaus diskutiert wurde, kam der DGB-Bundesvorstand dem Kanzler Konrad Adenauer entgegen. Der DGB-Vorsitzende Hans Böckler vertrat die Auffassung, auf die Entwicklung, die zu neuen Streitkräften führe, habe der DGB gar keinen Einfluss. Böcklers Nachfolger Christian Fette sprach sich sogar offen für die Remilitarisierung aus. Er erklärte, dass die Frage der militärischen Sicherheit und die Wiederaufrüstung der BRD eins seien. Die DGB-Führung stellte sich damit sogar gegen die SPD, die die Wiederbewaffnung zwar nicht prinzipiell, unter den damaligen Bedingungen aber scharf ablehnte. Ausgelöst von Protesten und dem Widerstand in der Mitgliedschaft revidierte die DGB-Führung 1952 ihre Haltung zur Remilitarisierung und stellte sich an die Spitze einer breiten Volksbewegung gegen die Adenauer-Politik. Der 3. DGB-Kongress im Oktober 1954 lehnte einen Wehrbeitrag mit folgender Begründung ab, mit der sowohl eine internationale Entspannung der machtpolitischen Gegensätze wie auch die Möglichkeit der Wiedervereinigung Deutschlands ernsthaft gefährdet wären: „Für die innere Entwicklung der Bundesrepublik bedeutet die Wiederaufrüstung und Bildung einer deutschen Armee die Gefahr der Schaffung eines militaristischen Obrigkeitsstaates, der das Ende der Anstrengungen der deutschen Arbeiterbewegung für die Schaffung einer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Demokratie bedeuten kann." (Entschließung des 3. Ordentlichen Bundeskongress des DGB im Jahr 1954)

Ebenso wie die SPD verzichtete aber auch die DGB-Führung darauf, ihre Beschlüsse in parlamentarische und außerparlamentarische Aktionen umzusetzen. Nach heftigen Protesten der Bevölkerung setzte sich dann der DGB 1957/58 an die Spitze der Gegner einer Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Mit dem Ergebnis, dass über 80 Prozent der Bevölkerung die atomare Bewaffnung der Bundeswehr ablehnten und Adenauer kapitulieren musste – die Bundeswehr durfte keine Atomwaffen anschaffen.

Der Arbeitertag erklärt:

„Das System der stehenden Heere, wie es sich in fast allen Ländern Europas entwickelt hat, ist eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Geschäftsstockungen. Indem es den Völkern insgesamt ungeheuere Lasten auferlegt, die Steuern mit den Staatsschulden von Tag zu Tag erhöht, einen großen Teil der Bevölkerung in den besten und kräftigsten Lebensjahren seinem Berufe und der Produktion entzieht, ist es zugleich eine wesentliche Ursache der herrschenden sozialen Not und Massenverarmung. Indem es ferner den Fürsten die Macht gibt, gegen den Willen und das Interesse der Völker Krieg zu führen, überhaupt den Willen der Völker zu missachten, ist das stehende Heer die Quelle beständiger Kriegsgefahr und das Mittel dynastischer Eroberungskriege nach außen und der Unterdrückung von Recht und Freiheit nach innen. In Erwägung dessen betrachtet es der deutsche Arbeitervereinstag als eine Pflicht der Arbeiter aller Länder, nachdrücklich und unausgesetzt mit allen Mitteln auf Beseitigung der stehenden Heere und auf Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung hinzuwirken".

Bericht über den Fünften Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine am 5., 6. und 7. September 1868 zu Nürnberg, herausgegeben vom Vorort Leipzig, Leipzig o. J., S. 30-35, 2. Auflage. Wilhelm Liebknecht, Gegen Militarismus und Eroberungskrieg, Berlin 1986, S. 25-33.

Schulterschluss aus heiterem Himmel?

In den 50er Jahren hatten sich die Gewerkschaften also gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands gestemmt. Die Bundeswehr hatte sich wiederum lange gegen gewerkschaftliche Rechte für Soldaten verwehrt. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass Meldungen aus dem Februar 2013 für einige Aufmerksamkeit sorgten: „Lange Zeit standen die Gewerkschaften der Bundeswehr äußerst kritisch gegenüber. Das scheint vorbei. DGB-Chef und Verteidigungsminister demonstrieren bei einem Treffen Einigkeit", so liest sich der Anfang einer dpa-Meldung. Der DGB-O-Ton zu dieser höchst alarmierenden Meldung findet sich in den Pressemeldungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) unter der Überschrift „Gewerkschaften und Bundeswehr: Engerer Austausch geplant": „Nach dreißig Jahren war mit Thomas de Maizière wieder ein Bundesverteidigungsminister zu Besuch beim Deutschen Gewerkschaftsbund. De Maizière folgte einer Einladung des DGB. Vereinbart wurde eine engere Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Gewerkschaften."

„Ein gutes und nachdenkliches Gespräch" mit dem Verteidigungsminister sei es gewesen, sagte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Und Sommer und de Maizière kündigten nach dem Gespräch mit den Spitzenvertretern der DGB-Gewerkschaften an, man werde eine gemeinsame Erklärung von Bundeswehr und Gewerkschaften erarbeiten. Darin sollen „pragmatische und grundsätzliche" Fragen behandelt werden: Privatisierung, Ausbildung, Personalentwicklung, aber auch Rüstungsfragen und Rechtsextremismus in der Bundeswehr.

De Maizière verwies auf die Wichtigkeit des Themas „Industriestandort Deutschland" und die Fragen „Welche Rolle spielt dabei die Sicherheitsindustrie?" und „Was bedeutet vernetzte Sicherheit im Verhältnis zu Arbeiterbewegung und Bundeswehr?"

Das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gewerkschaften sei heute nicht mehr belastet, betonten sowohl Sommer wie auch de Maizière. Bislang fast unbemerkt wuchert da aber zusammen, was absolut nicht zusammengehört. Die DGB-Gewerkschaften und die Bundeswehr bereiten eine Kooperation auf einer neuen Grundlage vor: „Wir wollen prüfen, in welchem gemeinsamen Geist wir die Zusammenarbeit in die Zukunft tragen", sagte de Maizière. „Den Geist der 70er-Jahre haben wir erfolgreich überwunden", äußerte sich de Maizière über den Rückgang der Antikriegsproteste aus der Arbeiterbewegung. Auch wenn es Unterschiede gebe: „Die Gewerkschaften sind Teil der Friedensbewegung. Und auch die Bundeswehr ist Teil der Friedensbewegung."

Der DGB-Vorsitzende Sommer ergänzt: „Egal, wie wir zur Frage von Auslandseinsätzen stehen", man müsse alles dafür tun, „die Soldaten anständig auszurüsten". Bei dem „Gedankenaustausch" habe man über die Aufgaben der Bundeswehr in der Gesellschaft, die Personalentwicklung der Zivilbeschäftigten, die Zukunft der Rüstungsindustrie und über den Einsatz von Kampfdrohnen gesprochen, teilte Sommer mit.

Der sicher für viele recht überraschend gekommene Schulterschluss zwischen DGB und Truppe ist bei genauer Hinsicht aber so überraschend denn doch nicht: So erklärte schon 1966 Christian Götz, der Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft HBV, in der Mitgliederzeitung seiner Gewerkschaft in einem Beitrag unter dem Titel „Gewerkschaftsjugend und Bundeswehr", dass es auf eine „auf gegenseitige Achtung und Anerkennung beruhende Vernunftehe zwischen Gewerkschaftsjugend und Bundeswehr" ankommt, die „genügend Raum für notwendige Kritik lässt".

Und 1957 gründete die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) eine „Fachgruppe Bundeswehr", mit einer Unterabteilung „Soldaten". Dennoch hielt es Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel 1965 noch für unangebracht, dass die ÖTV deutsche Soldaten als Mitglieder anwirbt. Die Zielsetzung der ÖTV widerspreche dem Prinzip von Befehl und Gehorsam, verlautbarte er.

Am 10. Oktober 1981 waren bei der schon legendären Demonstration von hunderttausenden Menschen gegen die atomare „Nachrüstung" auf der Bonner Hofgartenwiese auch tausende Gewerkschaftsmitglieder mit dabei. Sie protestierten gegen die von der NATO geplante Stationierung von „Pershing-II"-Mittelstreckenraketen und „Cruise Missiles"-Marschflugkörpern und forderten ein atomwaffenfreies Europa und das Ende der Blockkonfrontation. Der DGB-Jugend, die sich an der Bonner Friedensdemonstration beteiligen wollte, wurde vom DGB-Bundesvorstand die „Mitträgerschaft an dieser Demonstration" verboten. IGM-Vorsitzende Eugen Loderer: „Wir brauchen keine fremden Fahnen und Flaggen, unter denen wir marschieren, um unserem alten gewerkschaftlichen Ziel nach Frieden und Abrüstung näherzukommen" („Metall", Nr. 15 vom 29.7.81). Im selben Jahr, 1981, wurde außerdem von DGB und Bundeswehr schon einmal eine gemeinsame Erklärung erarbeitet, die man als „großen Friedensschluss" bezeichnen könnte. In der damaligen Erklärung versicherte man sich gegenseitig, beide Seiten achteten den „jeweiligen Auftrag".

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Plazet zum Angriffskrieg

Eine weitere wesentliche Wendemarke ist der 24. März 1999: Im italienischen Piacenza starten deutsche Kampfjets gegen Jugoslawien. Schon einen Tag vor Beginn des 78-tägigen Bombardements legitimierte der damalige DGB-Vorsitzende Dieter Schulte im Einklang mit der gesamten DGB-Führung den seit 1945 ersten Angriffskrieg der Deutschen. Als Begründung der Zustimmung bediente sich der DGB auch der unbewiesenen „ethnischen Säuberungen" und der „Massenmorde" im Kosovo durch die serbische Staatsführung. „Vor diesem Hintergrund hat der DGB den vom Deutschen Bundestag gefassten Beschluss respektiert, die NATO dabei zu unterstützen, durch den Einsatz von Streitkräften Verhandlungsergebnisse zu erzwingen", so hieß es in der Erklärung des Bundesvorstands vom 6. April 1999. „Das Ja des DGB zum Krieg 1999 war nach der Bewilligung der Kriegskredite 1914 das zweite Ja zum Krieg in der Geschichte deutscher Gewerkschaften. Ein drittes darf es nicht geben", so der Schauspieler Rolf Becker. Bald kam es noch schlimmer. 2010 warnte der IG-Metall-Vorstand den damaligen Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) massiv vor der geplanten Kürzung des Rüstungsetats. Die IG Metall werde es nicht hinnehmen, dass die schon geplante Herstellung von Airbus-Militärtransportern, Eurofightern, Tornado-Kampfflugzeugen sowie das Nachfolgeprogramm für Drohnen des Typs Talarion in Teilen „dem Rotstift zum Opfer fallen". „Wir finden es nicht gut, wenn mit deutschen Steuergeldern ausländische Rüstungsgüter gekauft werden. Wir hätten die Wertschöpfung lieber in Deutschland", so der IG-Metall-Konzernbetreuer Bernhard Stiedl.

Über das Thema Bundeswehr wurde auch auf dem ver.di-Bundeskongress 2011 heftig gerungen. Die Gewerkschaftslinke konnte sich mit einem Antrag zum Rückzug der Bundeswehr hinter die Landesgrenzen nicht durchsetzen. Und als sich beim Hessentag in Oberursel im Juni 2011 ver.di-Mitglieder und andere kritische Gewerkschafter dort auch an der Protestaktion „Kein Werben fürs Sterben!" aktiv gegen eine Propaganda-Show der Bundeswehr beteiligten, kochte die CDU. Flugs schrieb CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe einen offenen Brief an ver.di-Chef Frank Bsirske, in dem er die Aktion der Friedensaktivisten angriff. Artig distanzierte sich Bsirske in seinem Antwortbrief an Gröhe sofort von seinen Kollegen und bekannte: „ver.di engagiert sich kontinuierlich und konsequent für die Belange der Soldatinnen und Soldaten sowie der Zivilbeschäftigten der Bundeswehr. … Die Bundeswehr ist Teil unserer demokratischen Gesellschaft und handelt als Parlamentsarmee im Auftrag des Bundestages. Es ist für ver.di selbstverständlich, dass für den Eintritt in die Bundeswehr auch geworben wird." Es war also nur eine Frage der Zeit, bis sich aus einer eher nur zeitweiligen dann irgendwann eine gewachsene Liebesnähe zwischen Gewerkschaft und Militär entwickeln konnte.

Rührt Euch!

Eigentlich müssten die Gewerkschaften – im ureigensten Interesse – die Speerspitze der Friedensbewegung stellen und zusammen mit ihr und den Sozialen Bewegungen außerparlamentarische Aktionen zur Durchsetzung der Entmilitarisierung der BRD durchführen. Die Gewerkschaften könnten besonders kompetent den engen Zusammenhang von Sozialabbau mit Aufrüstung, Arbeitslosigkeit und Verarmung deutlich machen. Die Gewerkschaften wären die stärkste Gegenmacht gegen den profithungrigen Militärisch-Industriellen-Komplex, um gegen die längst begonnene Entwicklung hin zum ständig weiteren Abbau

Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière und DGB-Vorsitzender Michael Sommer. Foto: DGB/Menze

der Demokratie und gegen den Marsch in immer mehr Kriege mobil zu machen. Dabei dürften sie auch nicht zurückschrecken die kapitalistischen Kriegsgewinnler an einer ihrer verwundbarsten Stelle – z.B. durch die Besetzung von Rüstungsbetrieben – zu treffen. Das erwarten, so glaube ich, Organisierte und nicht Organisierte von den Gewerkschaften. Kommt es dazu, werden die Gewerkschaften gestärkt aus diesem Kampf hervorgehen. Noch heute ist ein Beschluss des DGB-Bundeskongresses aus dem Jahre 1956 unwiderrufen, der die Gewerkschaften verpflichtet, jene Kräfte zu unterstützen, die „willens und fähig sind, … die Wiederbewaffnung im gespaltenen Deutschland und die Wehrpflicht wieder rückgängig zu machen". Otto Brenner (IGM), Heinz Seeger (GHK), Loni Mahlein (DruPa), Detlef Hensche (DruPa) und Werner Pfennig (DruPa, ver.di) waren Gewerkschaftsführer, die sich als Antimilitaristen kompromisslos gegen die Wiederbewaffnung, den Atomkrieg und Rüstung engagierten. Sie sind Vorbilder für alle, die vielen Friedensfreunde in den Gewerkschaften und weit darüber hinaus. Die Gewerkschaften sind ein natürlicher und unverzichtbarer Teil der Friedensbewegung. Die Gespräche zwischen DGB und Bundeswehr auf höchster Ebene sind hingegen Teil der offensiven Akzeptanz-Propaganda des Verteidigungsministeriums. So sollen die wieder von deutschem Boden ausgehenden Kriege als legitime Fortsetzung der Politik mit militärischen Mitteln legitimiert werden. Es ist höchste Zeit, die DGB-Gewerkschaftsführer wieder dazu zu bringen, sich zu den friedenspolitischen Positionen der Gewerkschaftsbewegung zu bekennen, statt sich der militärischen Interventionspolitik der Bundesregierung anzudienen.

Otto Brenner hatte Recht, als er auf der Antikriegskundgebung des DGB am 30. August 1964 erklärte: „Die Arbeiterbewegung, deren Streben es von Anfang an war, eine bessere, höhere Form des gesellschaftlichen Lebens zu verwirklichen, hat deshalb schon immer den Kampf gegen Militarismus und Krieg auf ihre Fahnen geschrieben." Und er verwies darauf, dass das jahrzehntelange Ringen „um die Befreiung der arbeitenden Menschen von Unterdrückung, Not und Furcht, ihr Kampf um den sozialen Fortschritt" nicht zu trennen sind, „von dem Kampf um die Erhaltung des Weltfriedens. Das galt vor 50, 75 und 100 Jahren. Das gilt heute erst recht."

Daher rufe ich meine Kollegen in den Gewerkschaften unermüdlich und eindringlich auf: Rührt euch! – Es ist an der Zeit!

Der Artikel basiert auf einem Vortrag mit demselben Titel, den der Autor am 7. Mai 2013 in Tübingen gehalten hat.

EU-Rüstungsexporte: Eine unerwünschte Debatte

von: Jürgen Wagner

Politik und Rüstungsindustrie intensivieren den Waffenexport. Die Diskussion um bessere EU-Ausfuhrkontrollen konnte in Brüssel durch Abwesenheit von Ausschußmitgliedern sowie geschickte Änderungsanträge verhindert werden.

Am Donnerstag vor einer Woche konnte der Panzerbauer Krauss-Maffei Wegmann mit einer „Erfolgsmeldung" aufwarten: Der Vertrag zum Verkauf von 62 Kampfpanzern „Leopard 2", 24 „Panzerhaubitzen 2000" und vieles mehr an das Emirat Katar – Gesamtumfang 1,89 Milliarden Euro – sei unter Dach und Fach. Augenscheinlich sind die „restriktiven" deutschen Rüstungsexportrichtlinien löchrig wie ein Fischernetz – und genauso verhält es sich auch mit ihrem Pendant auf europäischer Ebene. So erteilten die EU-Staaten im Jahr 2011 Exportlizenzen im Umfang von 37,52 Milliarden Euro (2010: 37,72 Euro), allein 21,3 Prozent davon für die Lieferungen in den Mittleren Osten und damit in eine der brisantesten Krisenregionen der Welt.

Alle Versuche, mit einem rechtsverbindlichen EU-Rüstungsexportkontrollsystem, dem „Gemeinsamen Standpunkt", die Waffenausfuhren in Konfliktregionen oder in Länder, in denen die Menschenrechte massiv verletzt werden, zu verhindern (oder wenigstens zu begrenzen), sind bislang kläglich gescheitert. Verantwortlich hierfür sind zahlreiche Schwächen des „Gemeinsamen Standpunktes", die ein permanentes Unterlaufen der dem Wortlaut nach eigentlich recht eng gefaßten Exportkriterien ermöglichen. So werden munter weiter Waffen in alle Welt transferiert.

Mit diesen Mängeln beschäftigt sich der Berichtsentwurf des Europäischen Parlamentes „Waffenausfuhr: Umsetzung des Gemeinsamen Standpunkts des Rates".[1] In ihm wurde nicht nur dargestellt, weshalb die europäischen Exportrichtlinien so untauglich sind. Gleichzeitig wurden auch die hierfür verantwortlichen EU-Staaten dazu aufgefordert, endlich für ein wenigstens halbwegs funktionierendes Kontrollsystem zu sorgen. Verfaßt wurde der Bericht von der Europaabgeordneten Sabine Lösing, Mitglied der Linksfraktion GUE/NGL, wobei dies erst nach Auseinandersetzungen möglich war, zumal die GUE/NGL nur maximal einmal pro Legislaturperiode hierzu die Möglichkeit hat.

Taktischer Winkelzug der EVP

Bevor ein solcher Report vom Europäischen Parlament debattiert und verabschiedet werden kann, muß er allerdings erst noch die zuständigen Ausschüsse passieren. Im Vorfeld waren mit den Fraktionen der Grünen, Sozialdemokraten und Liberalen Kompromisse erzielt worden, die den Bericht nicht in einem Maße verwässert hätten, daß er inakzeptabel gewesen wäre. Indem aber nach all diesen Verhandlungen aus den genannten Fraktionen am vergangenen Dienstag nur etwa die Hälfte der Abgeordneten bei der Abstimmung im Auswärtigen Ausschuß (AFET) anwesend war, spielten die Parlamentarier – bewußt oder unbewußt – der konservativen Europäischen Volkspartei (EVP) in die Hände. Diese nutzte nämlich ihre unverhofft zustande gekommene Mehrheit im Ausschuß dazu, um den Bericht und damit faktisch auch jegliche Debatte über das Thema unmöglich zu machen.

Hierfür drückten sie in einem ersten Schritt alle ihre Änderungsanträge durch und verfälschten damit die Grundaussagen in einem Maße, daß die Berichterstatterin Sabine Lösing sich gezwungen sah, ihren Namen zurückzuziehen. Anschließend stimmten die Konservativen dann auch noch gegen den nun von ihnen zu verantwortenden Bericht. Hierbei handelte es sich um einen völlig ungewöhnlichen Vorgang, wie Lösing unmittelbar danach in einer Pressemitteilung betonte: „Heute wurde – in einem meines Wissens noch nie dagewesenen Vorgang – der von mir eingereichte Initiativbericht ›Waffenausfuhr: Umsetzung des Gemeinsamen Standpunkts des Rates‹ im Auswärtigen Ausschuß des Europaparlaments abgelehnt. Obwohl die konservative Mehrheit im Ausschuß den Bericht in ihrem Sinne verändern und so die gemeinsam mit den Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen gefundenen Kompromisse kippen konnte, hat sie am Ende gegen den Bericht gestimmt."[2]

Dies klingt zunächst schizophren: Weshalb sollten die EVP-Abgeordneten gegen einen Bericht stimmen, der nach den Änderungsanträgen durchaus ihren Präferenzen entsprach? Dieses Verhalten macht bei genauerer Betrachtung aber durchaus Sinn. Denn mit diesem nahezu präzedenzlosen taktischen Winkelzug, der einen neuen Standard in Sachen parlamentarischer Hinterhältigkeit setzt, wurde verhindert, daß sich das Europäische Parlament überhaupt mit dem Thema beschäftigen wird. Ansonsten hätte im Plenum ein Alternativbericht debattiert und die Sache so wenigstens angesprochen werden müssen, wie ebenfalls aus der bereits zitierten Pressemitteilung hervorgeht: „Das ist ein ungeheurer Vorgang, denn nun kann der Bericht nicht mehr im Plenum des Europaparlaments diskutiert werden."

Versuche, Kontrolle abzuschaffen

Dies ist umso skandalöser, als derzeit sowohl seitens der Politik als auch der Industrie eine regelrechte Rüstungsexportoffensive läuft, über die man augenscheinlich unter keinen Umständen öffentlich debattieren will. Ihre Haltung in dieser Frage haben die Konservativen mehr als deutlich gemacht: Über Rüstungsgüter diskutiert man nicht, man exportiert sie!

Glaubt man Lobbyisten wie Christian-Peter Prinz zu Waldeck, Geschäftsführer des „Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie", ist die Ausweitung der Rüstungsexporte aufgrund eines angeblichen Kahlschlags bei den Militärausgaben eine Angelegenheit von geradezu existentieller Bedeutung: „Es ist die Frage des Überlebens – wollen wir diese Industrie erhalten oder wollen wir sie nicht erhalten? Wenn wir sie erhalten wollen, müssen wir in den Export gehen."[3]

Hier gilt es zunächst einmal festzuhalten, daß die Branche keineswegs kurz vor dem Ruin steht. Im Gegenteil, wie eine im Dezember 2012 veröffentlichte Untersuchung des „Center for Strategic and International Studies" (CSIS) belegt, erwies sich das Waffengeschäft in jüngster Zeit sogar als überaus profitabel. Zwar seien die Erlöse in den 1990er Jahren eingebrochen, in den darauf folgenden Jahren seien sie jedoch von 58 Milliarden Euro im Jahr 2001 um 57,7 Prozent auf 91 Milliarden Euro 2011 gestiegen. Es geht also nicht darum, das Überleben der Branche zu sichern, sondern man ist bestrebt, die – ohnehin üppigen – Profitmargen auf möglichst hohem Niveau zu stabilisieren, wenn möglich sogar auszubauen. Da allerdings in absehbarer Zeit mit einer stagnierenden oder teils (zumeist nur leicht) sinkenden Inlandsnachfrage

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

zu rechnen sein wird, gewinnt das Auslandsgeschäft an Bedeutung.

Bei der Politik rennt die Industrie hier offene Türen ein, da eine starke und unabhängige rüstungsindustrielle Basis als wesentlicher Machtfaktor erachtet wird. Insbesondere im Zusammenhang mit Auslandsinterventionen. Hinzu kommt neuerdings noch ein weiteres Interesse: Vor allem Deutschland will mit der sogenannten Merkel-Doktrin Waffen an „strategisch wichtige Partner" liefern – und zwar auch vollkommen unabhängig davon, ob diese demokratische und Menschenrechte achten, und ungeachtet dessen, ob es sich dabei um Krisengebiete handelt oder nicht. Bislang müssen derartige Geschäfte, die womöglich gegen Rüstungsexportkriterien verstoßen, noch mit besonderen sicherheitspolitischen Interessen begründet werden – dies will man künftig mit „Positivlisten" umgehen und sich hierdurch mißliebige Debatten ersparen. Die dahinterstehende „Logik" wurde von Bundeskanzlerin Angela Merkel erstmals in einem Vortrag Ende 2011 deutlich gemacht: „Wir müssen die Staaten, die bereit sind, sich zu engagieren, auch dazu befähigen. Ich sage ausdrücklich: Das schließt auch den Export von Waffen mit ein – dies selbstverständlich nur nach klaren und weithin anerkannten Prinzipien." Schon die gängige Ausfuhrpraxis und noch mehr solche „strategischen Waffenlieferungen" verstoßen jedoch auf eklatante Weise gegen die auf europäischer Ebene geschaffenen Regelungen zur Rüstungsexportkontrolle, die augenscheinlich nicht greifen.

Bereits im Juni 1998 wurde der „Verhaltenskodex über Waffenexporte" verabschiedet, der acht Kriterien enthielt, bei deren Verletzung eine Rüstungsexportlizenz entweder grundsätzlich abgelehnt werden (Kriterien 1–4) oder eine Verweigerung zumindest erwogen werden sollte (Kriterien 5–8). Demnach müssen Empfängerländer u.a. die Menschenrechte sowie das humanitäre Völkerrecht respektieren (Kriterium 2), und es dürfen keine Exporte in Krisengebiete erfolgen (Kriterium 4). Ferner sollte etwa auch die Entwicklungsverträglichkeit gewährleistet sein, indem in kein Land exportiert wird, das sich diese Ausgaben aufgrund seiner Finanzlage eigentlich nicht leisten kann (Kriterium 8).

Acht Kriterien

Schon früh war allerdings klar, daß diese acht Prüfsteine in der Exportpraxis der EU-Länder nahezu gewohnheitsmäßig ignoriert wurden. So förderte eine im November 2011 veröffentlichte Untersuchung zu Tage, daß Mitgliedsstaaten im Zeitraum zwischen 2001 und 2009 Rüstungsgüter im Wert von über 50 Milliarden Euro in die Krisenregionen Nordafrika und Mittelost exportiert haben. Zunächst wurde sich herausgeredet, daß es sich beim Verhaltenskodex lediglich um eine Absichtserklärung handele – es oblag den Staaten, ob sie sich daran halten wollten oder eben nicht. Aus diesem Grund setzte man große Hoffnungen in den „Gemeinsamen Standpunkt betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern", der im Dezember 2008 verabschiedet wurde. Er übernahm den Verhaltenskodex und damit auch die acht Kriterien nahezu unverändert, wodurch sie rechtsverbindlichen Charakter erhielten. Damit konnte allerdings ebenfalls nicht verhindert werden, daß weiter Waffen in Länder exportiert werden, die gegen eines oder mehrere Grundsätze verstoßen.

Vorerst läßt sich zwar festhalten, daß der „Gemeinsame Standpunkt" und damit die Rechtsverbindlichkeit der acht Kriterien sicher einen gewissen Fortschritt darstellten. Im Detail läßt er aber dennoch viel zu wünschen übrig. Deshalb forderte der Berichtsentwurf „Waffenausfuhr" zahlreiche Ergänzungen, etwa, „daß aufgrund der negativen Auswirkungen von Rüstungsausgaben auf die Entwicklungschancen von ärmeren Empfängerländern Kriterium 8 aufgewertet werden sollte, indem Entwicklungsunverträglichkeit automatisch zu einer Ablehnung von Exportlizenzen führen sollte" (Rüstungsexportbericht, Artikel 3). Zudem scheint es Usus zu sein, die Kriterien – wenn überhaupt – nur für Ausfuhren in Drittländer (grob gesagt: Nicht-EU-/NATO-Mitglieder) in Betracht zu ziehen. Doch auch Exporte in EU-Länder wie etwa Griechenland dürften gegen das Kriterium der Entwicklungsverträglichkeit verstoßen. Denn im Wortlaut des „Standpunkts" gibt es bezüglich des Geltungsbereichs keinerlei Einschränkung. Da der Handel innerhalb der EU im Zuge der Verbringungsrichtlinie des Mitte 2012 europaweit in Kraft getretenen Verteidigungspakets (Defence Package) jetzt liberalisiert und massiv ausgeweitet wird, wird dieser Punkt immer wichtiger.

Ein weiteres Manko ist, daß Güter mit doppeltem Verwendungszweck (Dual use) vom „Gemeinsamen Standpunkt" nicht erfaßt werden. Dies ist besonders für „zivile" Sicherheitstechnologien problematisch, die sehr häufig für interne Repression verwendet werden. Wenn man also schon auf solche Ausfuhren nicht gänzlich verzichten will, sollten sie ebenfalls wenigstens in ein verbindliches Rüstungsexportkontrollsystem eingebunden werden. Dabei wäre dann „zwingend vorzuschreiben, daß bei einem Export von Sicherheitstechnologie und generell von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck die Vereinbarkeit mit den acht Kriterien geprüft wird" (Rüstungsexportbericht, Artikel 10).

Exportschlager: Panzerhaubitze 2000. Foto: Bundeswehr/Eisner über Flickr Wir.Dienen.Deutschland.

Ziele der EU-Rüstungsexporte 2011

Europäische Union	38,6%
Mittlerer Osten	21,2%
Nordamerika	9,7%
Südasien	8,9%
Nicht-EU-Europa	4,9%
Südwestasien	4,7%
Afrika	4,5%
Rest	7,5%

Quelle: EU arms exports figures remain level, Jane's Defence Weekly, 4. Januar 2013

Außerdem plädiert der „Gemeinsame Standpunkt" für eine Stärkung des Rüstungssektors, wenn es in ihm etwa heißt: „Der Wunsch der Mitgliedsstaaten, eine Rüstungsindustrie als Teil ihrer industriellen Basis wie auch ihrer Verteidigungsanstrengungen aufrechtzuerhalten, wird anerkannt" (Artikel 13). Andererseits seien zwar die „wirtschaftlichen, sozialen, kommerziellen und industriellen Interessen" der Mitgliedsstaaten zu berücksichtigen, dies dürfe allerdings „die Anwendung der oben angeführten Kriterien nicht beeinträchtigen" (Artikel 10). In der Praxis scheint es aber genau andersherum zu laufen. „In der Europäische Union pochen weiterhin die Mitgliedsstaaten auf ihr vertraglich abgesichertes Recht, souverän über Rüstungsproduktion und Rüstungshandel zu entscheiden. Im Zweifelsfall haben nationale außenpolitische Interessen und der Erhalt eigener Rüstungskapazitäten Vorrang."[4]

Dies hängt mit der wesentlichsten Schwachstelle des „Gemeinsamen Standpunktes" zusammen: Weiterhin können Nationalstaaten die Kriterien auslegen, wie es ihnen gerade beliebt. Ob ein Land wie etwa Saudi-Arabien die Menschenrechte verletzt (Kriterium 2), kann jedes EU-Land für sich selbst entscheiden. Sollten also gewichtige Exportinteressen im Spiel sein, werden diesbezügliche Hindernisse schlichtweg weginterpretiert. Hier liegt eine wesentliche Ursache dafür, daß es weiter möglich ist, die Kriterien geflissentlich zu ignorieren. So kommt etwa eine Studie des „Bonn International Center for Conversion" (BICC) zu dem Ergebnis, knapp 30 Prozent der von der Bundesregierung im Jahr 2011 erteilten Lizenzen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern hätten gegen eines oder mehrere der EU-Rüstungsexportkriterien verstoßen.[5]

Aus diesem Grund fordert der Berichtsentwurf „Waffenausfuhr", „daß ein standardisiertes Prüf- und Berichtssystem geschaffen wird, das Aufschluß darüber gibt, ob und in welchem Maße Exporte einzelner Mitgliedsländer der Europäischen Union gegen die acht Kriterien verstoßen" (Rüstungsexportbericht, Artikel 5). Ferner wird kritisiert, „daß es keine Möglichkeit gibt, die Einhaltung der acht Kriterien unabhängig prüfen zu lassen, daß keine Sanktionsmechanismen bei Verstoß gegen die acht Kriterien durch einen Mitgliedsstaat existieren und dies auch nicht geplant ist" (Artikel 7).

Mehr Klarheit und Transparenz

Darüber hinaus hätte eigentlich die zweite wesentliche Neuerung des „Gemeinsamen Standpunktes" gegenüber dem Vorläufer „Verhaltenskodex" mehr Klarheit und Transparenz in Sachen EU-Rüstungsexporte bringen sollen. Denn in ihm wird vorgeschrieben, daß die jährlichen Berichte der „Working Party on Conventional Arms Exports" (COARM, Gruppe Ausfuhr konventioneller Waffen des Rates der EU) im Amtsblatt abgedruckt und damit öffentlich zugänglich gemacht werden müssen (zuvor mußten sie nur dem Rat übersendet werden). Doch auch dieses Instrument hat sich als genauso stumpf wie das des „Gemeinsamen Standpunktes" selbst erwiesen.

Der COARM-Bericht faßt die Rüstungsexporte der EU-Einzelstaaten jährlich in einem etwa 430seitigen Dokument zusammen, allerdings immer mit einer „leichten" Verzögerung: Der Report für 2011 erschien erst am 14. Dezember 2012, der für das Jahr zuvor erst am 30. Dezember 2011. Also ausgerechnet am letzten Arbeitstag des Jahres, und ohne daß vorab über die anstehende Veröffentlichung informiert worden wäre. Deutlicher hätte wohl kaum signalisiert werden können, daß an Transparenz in diesem Bereich wenig bis kein Interesse besteht. Deshalb fordert der Berichtsentwurf „Waffenausfuhr" von Sabine Lösing „die zeitnahe Veröffentlichung des COARM-Jahresberichts, die höchstens ein halbes Jahr nach dem Erhebungszeitraum erfolgen sollte" (Rüstungsexportbericht, Artikel 18).

Darüber hinaus weisen die Daten zahlreicher Mitgliedsländer (darunter Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien) extreme Lücken auf und sind somit weitgehend unbrauchbar: Für das Jahr 2010 übermittelten lediglich 63 Prozent der Staaten vollständige Angaben. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, daß unterschiedliche Berichtssysteme und Erhebungsverfahren die tatsächlichen Zahlen zusätzlich vernebeln helfen. Der Berichtsentwurf „Waffenausfuhr" plädiert daher für „die Einführung eines standardisierten Erhebungs- und Übermittlungsverfahrens, das in allen Staaten gleichermaßen Anwendung findet, um fristgerechte und vollständige Informationen zu übermitteln bzw. zu veröffentlichen" (Rüstungsexportbericht, Artikel 13). Außerdem wird gefordert, „daß der COARM-Jahresbericht um eine Zusammenfassung ergänzt wird, in der u.a. vergleichende Trends zu den Vorjahren und aggregierte Zahlen enthalten sein sollten" (Artikel 17).

Im „Gemeinsamen Standpunkt" ist vorgeschrieben, daß dieser drei Jahre nach Verabschiedung einer Überprüfung unterzogen werden muß. Das nach fast einem Jahr vom Europäischen Rat im November 2012 präsentierte Ergebnis ist angesichts der zuvor beschriebenen eklatanten Defizite ein schlechter Witz: „Nach Abschluß dieser Bewertung gelangt der Rat zu dem Schluß, daß die Bestimmungen des Gemeinsamen Standpunkts und das in seinem Rahmen bereitgestellte Instrumentarium den im Jahr 2008 vorgegebenen Zielen nach wie vor förderlich sind und eine solide Grundlage für die Koordinierung der Waffenausfuhrpolitik der Mitgliedsstaaten bilden."[6]

Natürlich wäre die denkbar beste Variante, sämtliche Rüstungsexporte generell zu verbieten – eine konsequente Anwendung der acht Kriterien, wie sie vom Berichtsentwurf „Waffenausfuhr" eingefordert wurde, würde dem allerdings schon relativ nahekommen. Und genau aus diesem Grund wurde letzterer nun auch von den Konservativen versenkt. Schon allein eine Debatte um die löchrige Rüstungsexportkontrolle ist offensichtlich unerwünscht, wie auch Berichterstatterin Sabine Lösing in ihrer eingangs zitierten Presseerklärung betont: „Die Konservativen haben damit deutlich gemacht, daß sie die Interessen der europäischen Rüstungsindustrie vor Menschenrechte stellen. (Sie) wollen jede öffentliche Diskussion über effektivere Kontrollen der Rüstungsexporte verhindern und so eine mögliche strengere Umsetzung blockieren. Gerade die CDU/CSU scheint damit verhindern zu wollen, daß ihre Position zu Waffenexporten im Bundestagswahlkampf publik wird."

Anmerkungen

1 Entwurf eines Berichts über das Thema „Waffenausfuhr: Umsetzung des Gemeinsamen Standpunkts des Rates 2008/944/GASP" (2012/2303 (INI)), Brüssel, 13.2.2013 (zitiert als Rüstungsexportbericht)
2 Europaparlament: Freie Fahrt für Waffenexporte, Pressemitteilung von Sabine Lösing, Brüssel, 23.4.2013
3 Sonja Heizmann: Frontverschiebung. Die Zukunft der deutschen Rüstungsindustrie, Deutschlandradio Kultur, 19.9.2011
4 Bernhard Moltmann: Die Zange, die nicht kneift. Der EU-Gemeinsame Standpunkt zu Rüstungsexporten, HSFK-Report Nr. 3/2012, S. II
5 GKKE: Rüstungsexportbericht 2012, 10.12.2012, S. 7
6 Schlußfolgerungen des Rates vom 19.11.2012

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Empire Redux?

Großbritannien will erneut die imperiale Bürde „östlich von Suez“ schultern

von Jürgen Wagner

Ship me somewheres east of Suez, where the best is like the worst,
Where there aren't no Ten Commandments an' a man can raise a thirst; (Mandalay von Rudyard Kipling)

Der Untergang des britischen Imperiums – bzw. die geordnete Übergabe an den US-Nachfolger – war spätestens Ende des Zweiten Weltkriegs besiegelt.[1] Dennoch gilt die 1968 beschlossene und 1971 vollendete Schließung einer Reihe von Militärbasen im Mittleren Osten bis heute als eigentliches Symbol für das Ende des British Empire. Seither galt in Großbritannien offiziell das Credo, „östlich von Suez“ ende das unmittelbare Interessensgebiet, weshalb man dort auch keine Truppen dauerhaft stationieren wollte. Natürlich ist diese Sichtweise ein wenig zurechtgebürstet, selbstverständlich unterhielten die Briten auch nach 1971 noch Truppenbasen sowie kleine Verbände im Mittleren Osten – allerdings auf einem eher niedrigschwelligen Niveau.

Insofern verwundert es nicht, dass es einigen Wirbel verursachte, als eine kürzlich vom „Royal United Services Institute“ (RUSI), einer armeenahen Denkfabrik, veröffentlichtes Papier voraussagte, Großbritannien plane erneut eine verstärkte Präsenz „östlich von Suez“.[2] Die Studie namens “A Return to East of Suez? UK Military Deployment to the Gulf” ist nicht nur deshalb interessant, weil eine mit besten Kontakten ins Militär ausgestattete Denkfabrik die Abkehr von einer seit vierzig Jahren praktizierten Stationierungspolitik für beschlossene Sache hält. Was sie darüber hinaus bemerkenswert macht ist, dass sie die Denkfiguren hinter dieser Entscheidung relativ offen darlegt.[3] Dabei stechen zwei ambitionierte Motive heraus: einmal das Bestreben, angesichts zunehmender Konflikte die Kontrolle über die Gesamtregion sicherzustellen; und zum zweiten das Vorhaben, die USA als führende Macht am Persischen Golf abzulösen.

Kontinuität oder Wandel?

Zu Recht weist die RUSI-Studie darauf hin, dass die britische Präsenz in der Region keineswegs 1971 endete – jeglicher Ausbau sei also mehr „evolutionärer als revolutionärer“ Natur. (Return to Suez: 4) Zudem seien bereits in den 1990ern Überlegungen angestellt worden, den britischen „Fußabdruck“ in der Region wieder zu vergrößern, ohne dass diese aber in die Praxis umgesetzt worden wären (ebd.: 2). Dennoch sei das „Ausmaß der militärischen Stationierungen, das gerade diskutiert wird, signifikant.“ (ebd.: 4)

Die neue Strategie sei zwar noch nicht beschlossen, ihre Umsetzung deute sich aber bereits jetzt an und sei insgesamt sehr wahrscheinlich: „Hierbei mag es sich noch nicht um eine erklärte Regierungspolitik handeln; tatsächlich könnte die Regierung es bevorzugen, sich auf keine öffentliche Debatte darüber einzulassen. Aber Großbritannien scheint sich einem Entscheidungszeitpunkt zu nähern, an dem eine strategische Neuorientierung seiner Verteidigungs- und Sicherheitspolitik auf den Golf ebenso plausibel wie logisch ist.“ (ebd.: 1)

Ganz wesentlich sei hier eine Rede von Generalstabschef David Richards im Dezember 2012 gewesen. „In seiner Rede formulierte [er] eine Zukunftsvision, die Zuversicht, Optimismus und vor allem anderen, Wagemut versprühte, als er über die Joint Expeditionary Force (JEF), die maritimen und amphibischen Komponenten der Royal Navy sowie die Zukunft der Armeebrigaden diskutierte. Ein Teil seiner Rede war besonders eindrücklich: ‚Die britischen JEFs werden in der Lage sein, global Macht und Einfluss zu projizieren. Das ist uns nirgendwo so wichtig wie bezüglich unserer Freunde im Mittleren Osten und am Golf und […] wir gehen davon aus, dass JEF-Elemente mehr Zeit zur Beruhigung und Abschreckung in der Region verbringen werden.“ (ebd.: 7)

Es sei diese Rede gewesen, die Spekulationen über ein Ende der bisherigen Politik “östlich von Suez“ befeuert hätten.[4] Konkret gehe es aber nicht unbedingt darum, mit vielen tausend Truppen in die Region zurückzukehren, sondern auf viele verschiedene Arten die Präsenz zu vergrößern: „Das Militär beabsichtigt, eine starke Schattenpräsenz (shadow presence) um den Golf herum aufzubauen; kein Fußabdruck der eindeutig imperialen Art, sondern eine kluge Präsenz mit Anlagen, Verteidigungsabkommen, Rotationstrainings (rotation of training), Transit- und Startpunkten für unsere Truppen, die darauf abzielen, anpassungsfähiger und agiler zu werden, nun da sie vor den post-Afghanistan Jahren nach 2014 stehen. Die Minihad Luftwaffenbasis in Dubai in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) hat sich als Schlüsselelement für diese kluge Präsenz herausgestellt, über die man in der nahen Zukunft noch mehr hören wird.“ (ebd.: 1)

In seiner bereits angesprochenen Rede präzisierte Generalstabschef David Richards: „Ich stelle mir zwei oder mehr anpassungsfähige Brigaden vor, die enge Beziehungen auf taktischer Ebene mit bestimmten Ländern am Golf und mit Jordanien eingehen, was es zum Beispiel erlaubt, mit ihren Streitkräften besser zusammenzuarbeiten. Sollte die Notwendigkeit für eine weitere libyenähnliche Operation entstehen, werden wir vorbereitet sein. Hierdurch würde unsere Fähigkeit, unsere Verbündeten zu unterstützen, erheblich verbessert.“ (ebd.: 8) Darüber hinaus wird in der RUSI-Studie angedeutet, sowohl bislang in Deutschland stationierte britische Soldaten, die spätestens 2020 das Land verlassen, als auch solche, die bis 2014 aus Afghanistan abziehen, könnten zumindest in Teilen im Oman stationiert werden. (ebd.: 9) Von dort aus sieht man sich augenscheinlich auch strategisch „bestens“ positioniert, um Einfluss auf eine ganze Reihe von Konflikten nehmen zu können: „Dies [eine stärkere Präsenz am Golf] ermöglicht es dem Vereinigten Königreich, eine substantiellere Rolle in Indien und Pakistan zu spielen und möglicherweise auch in der aktuellen Situation in Syrien, in einer Krise in Afghanistan nach 2014 oder selbst im Irak zu intervenieren.“ (ebd.: 11)

Angesichts einer solch ambitionierten Agenda stellen die RUSI-Autoren berechtigterweise fest, solche Pläne könnten „in Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs“ manchen „seltsam“ erscheinen. Aus ihrer Sicht sprechen aber „für Großbritannien überzeugende Gründe dafür, seine Beziehungen zur Golfregion weitaus ernster als bisher zu nehmen.“ (ebd.: 1)

Kontrolle der Region

In der Region des Persischen Golfes lagern knapp 50% der Weltölvorkommen: Aus westlicher Sicht geht es deshalb nicht nur darum zu verhindern, dass irgendeine regionale oder außenstehende Macht diese Vorkommen dominiert und so den für jede Industrienation überlebenswichtigen Energiezufluss gefährden

könnte. Denn im „Optimalfall“ möchte man darüber hinaus auch in der Lage sein, potenziellen Rivalen im Konfliktfall selbst damit drohen zu können, ihnen die Ölzufuhr abzudrehen.

Die Kontrolle der Golfregion stellt deshalb schon lange ein wesentliches westliches Interesse dar, wofür stets eine Mischung aus direkter Militärpräsenz und der Stärkung „befreundeter“ lokaler Regime gewählt wurde.[5] Während hierfür lange vorrangig die Vereinigten Staaten zuständig waren, würden nun aus Sicht der RUSI-Autoren sowohl veränderte internationale Rahmenbedingungen (siehe unten) als auch die heikler werdende lokale Konfliktkonstellation ein größeres britisches Engagement verlangen.

Die „befreundeten“ Regime in der Region wurden von Generalstabschef Richards in seiner Rede konkret aufgezählt: Neben den VAE und Oman sind dies auch Bahrain, Katar, Kuwait und Saudi Arabien. (ebd.: 8) Im Umkehrschluss wird daraus auch ersichtlich, wer die Feinde sind – im Wesentlichen wohl alle anderen Länder der Region, die nicht aufgeführt wurden.

Zuvorderst betrifft dies den Iran, der auch explizit in der RUSI-Studie benannt wird. Ein Ausbau der Präsenz würde „dem Iran und anderen eine Botschaft der Entschlossenheit senden.“ (ebd.: 2) Viele der derzeitigen Handlungen seien Signale für “Großbritanniens militärische Absicht, mehr in der Region zu unternehmen, mit dem Ziel, ein breites internationales Engagement hinsichtlich der vorrangigsten Sicherheitsaufgabe aufrechtzuerhalten – namentlich die Abschreckung des Iran.“ (ebd.: 11) Doch die Studie spricht auch offen an, dass die Auseinandersetzungen mit Teheran in einem breiteren regionalen Kontext verstanden werden müssen, wenn es heißt: „Iran und Saudi Arabien fechten etwas aus, was ein konfessioneller Kalter Krieg ist, der aber sehr schnell heiß werden könnte.“ (ebd.: 5)

Diese Konflikte beschränken sich jedoch keineswegs auf Saudi Arabien und den Iran. In den letzten Jahren wurden zahlreiche Artikel über einen neuen „Arabischen Kalten Krieg“ verfasst, der – grob zusammengefasst – entlang zweier Blöcke zwischen Ländern mit schiitischen und sunnitischen Machthabern verläuft.[6] Die sog. schiitische Achse besteht dabei aus Syrien, der Hisbollah im Libanon, dem Iran und mittlerweile zunehmend auch dem Irak, die mit den restlichen sunnitisch bzw. wahabitisch dominierten und von Saudi Arabien und Katar angeführten Golfländern zunehmend in Konflikt geraten. Die Pläne zur verstärkten Präsenz in der Region deuten dabei klar auf die britische Absicht hin, in diesen Auseinandersetzungen eine gewichtige Rolle spielen zu wollen, wie die RUSI-Studie untermauert: „Großbritannien wird sich damit auch mitten an der Bruchlinie zwischen der sunnitischen und der schiitischen Welt wiederfinden, die zunehmend die geopolitische Landschaft der Golfregion und die Sicherheit des Mittleren Ostens bestimmt.“ (ebd.: 4)

Mit den gewählten Kooperationsländern positioniert sich Großbritannien in diesen Auseinandersetzungen fest an der Seite der sunnitischen Achse – und stärkt damit bewusst Länder, die extrem autoritär regiert werden und die Menschenrechte häufig mit Füßen treten: „Deshalb ist das Schmieden engerer politischer und militärischer Beziehungen mit bestimmten Golfstaaten zweifellos kontrovers. Indem die Position am Golf ausgebaut wird, wird Großbritannien ein eindeutiges Signal senden, dass es zumindest was die arabischen Küstenstaaten betrifft, den Erhalt der monarchistischen (und aus westlicher Sicht undemokratischen) Regime in einer Zeit unterstützt, in der sich revolutionäre islamische Kräfte über den ganzen Mittleren Osten und die muslimische Welt ausbreiten.“ (ebd.: 12)

Die Kritik, Großbritannien würde mit seiner Positionierung die „Kräfte des Konservatismus“ stärken, sei jedoch vereinfachend und „naiv“. Schließlich hätten die Revolutionen zum Sieg konservativer Kräfte geführt, was von den sunnitischen Golfmonarchien in den letzten Jahren teils massiv unterstützt worden sei. (ebd.: 12) Dies trifft zwar zu, bedarf aber der Ergänzung, dass von sunnitischer Seite (und umgekehrt) nur in den Ländern Bewegungen unterstützt wurden, wo es darum ging, der eigenen Seite zum Sieg zu verhelfen: „Die Golfstaaten […] haben scheinbar widersprüchliche Positionen gegenüber den arabischen Erhebungen eingenommen, […] indem die schiitische Revolte in Bahrain abgelehnt, aber die islamischen Revolutionen in Tunesien, Libyen, Ägypten und Syrien unterstützt werden.“ (ebd.: 4)

Es geht dabei aber augenscheinlich nicht nur um die Stabilität der Region – sprich die Stärkung der „befreundeten“ Golfmonarchien in ihrer Auseinandersetzung mit der vom Iran angeführten „Achse“. Mindestens ebenso scheint es darum zu gehen, die Kooperationspartner gegen teils heftige Proteste im Inland abzusichern. „Von großer Besorgnis für die – sunnitischen – Erbmonarchien, Scheichtümer, Emirate und Königreiche des arabischen Golfes ist die politische Mobilisierung arabisch-schiitischer Gemeinschaften in diesen Staaten.“ (ebd.: 12)

Gerade Bahrain ist ein schockierendes Beispiel für die herrschende Doppelmoral seitens der westlichen Staaten: Während die Revolutionen in anderen Ländern begrüßt wurden, wurde über die unter anderem mithilfe saudischer Truppen erfolgte brutale Unterdrückung der Proteste der schiitischen Bevölkerungsmehrheit kein Wort verloren. Im Gegenteil, das dortige Regime wurde für sein Vorgehen auch noch belohnt – und zwar lange nachdem die Proteste ausgebrochen waren: „Im Oktober 2012 unterzeichnete [Verteidigungsminister Philip] Hammond eine Vereinbarung zur Verteidigungskooperation mit Bahrain, das laut dem Minister für Internationale Sicherheitsstrategie, Dr Andrew Murrison, ‚einen Rahmen für das aktuelle und künftige Verteidigungsengagement liefert, einschließlich Training und Kapazitätsaufbau, um die Stabilität der gesamten Region zu verbessern.‘“ (ebd.: 8) Letztlich gibt man hierdurch nicht nur das Plazet, mittels brutaler Repressionsmaßnahmen die Proteste zu unterdrükken, sondern „ertüchtigt“ das Land sogar noch hierzu.

US-„Rückzug“ und neue Ordnungsmacht?

Bis vor nicht allzu langer Zeit hatten die USA gegenüber den EU-Ländern unmissverständlich die Führungsrolle in allen militärisch-strategischen Fragen von beiderseitigem Interesse für sich reklamiert – was von Zeit zu Zeit vor allem mit Frankreich für Ärger sorgte. Dies betraf auch und vor allem den Anspruch als Hegemonialmacht in der Golfregion, den sich Washington unter keinen Umständen streitig machen lassen wollte – auch nicht von einem EU-Verbündeten.

Vor diesem Hintergrund begründet die RUSI-Studie den Ausbau der Präsenz in der Golfregion als direktes Resultat aus der neuen US-Militärstrategie, die im Januar 2012 veröffentlicht wurde. In ihr kündigten die USA eine massive Schwerpunktverlagerung („pivot“) ihrer Kräfte nach Ostasien an, um hierdurch den machtpolitischen Aufstieg Chinas einzudämmen. “Die Alarmglocken klingeln in den europäischen Staatskanzleien hinsichtlich der erklärten US-Absicht, die Bedeutung des Golfs abzuwerten und den Schwerpunkt auf den Pazifik zu verlagern. Einfach gesagt, […] steht der Mittlere Osten nicht an der Spitze der außenpolitischen Agenda von Obama; stattdessen liegen die US-Prioritäten nun in Asien (speziell dem Fernen Osten) und den pazifischen Randgebieten.“ (ebd.: 10) Notgedrungen - aber auch begierig – werde Großbritannien deshalb den Stab als Ordnungsmacht in der Region von Washington (wieder) übernehmen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

müssen: „Jedenfalls scheint es, dass Großbritannien diese Bürde, die Sicherheit am Golf zu gewährleisten, sowohl aus Notwendigkeit wie auch aus eigenem Verlangen übernimmt." (ebd.: 10)

Hier scheint jedoch viel Wunschdenken dabei zu sein, denn in der neuen US-Strategie ist zwar die Rede davon etwa die Militärpräsenz in Europa zu verringern, über den Mittleren Osten lässt sich jedoch nichts derartiges finden. Auch die RUSI-Studie räumt ein: „Das Ausmaß des Rückzugs der Obama-Administration aus dem Golf ist von einigen übertrieben worden." (ebd.: 10) Die USA haben also überhaupt nicht die Absicht, den Stab an Großbritannien zu übergeben. Aus diesem Grund wird auch versichert, es gehe primär darum, die USA zu unterstützen und sich so unentbehrlich zu machen, nicht darum, in Konkurrenz zu ihnen die Präsenz in einer der wichtigsten Weltregionen auszubauen: „Kurz gesagt, wird der Golfregion stärkere Aufmerksamkeit gezollt, um die besondere Beziehung mit den USA zu erhalten und nicht, weil diese besondere Beziehung beendet ist." (ebd.: 11)

Zweifellos ist es ein wenig von beidem: Die USA suchen derzeit nach Unterstützung für ihre kostspielige Hegemonialpolitik und dürften es durchaus schätzen, wenn sich London hier stärker engagiert. Allerdings dürften sie wenig gewillt sein, die Führungsrolle in der Region abzugeben – sollte dies der britische Anspruch sein, dürfte dies zu heftigen Konflikten führen. Trotz ihrer Treueschwüre zu den USA betonen die RUSI-Autoren jedenfalls, dass es klare Vorteile bietet, der wichtigste Akteur in der Region zu sein und sie sind sogar der Auffassung, Großbritannien habe diese Rolle inzwischen übernommen: „In jedem Fall profitiert das Vereinigte Königreich erheblich davon, der führende europäische – und faktisch westliche – Akteur am Golf zu sein." (ebd.: 10) Als Beleg für die angesprochenen Vorteile führen die Autoren etwa das Handelsvolumen mit den VAE an, das sich 2011 auf beträchtliche 14 Mrd. Pfund belief. Die VAE habe in diesem Jahr über 8 Mrd. in britische Projekte investiert, Katar plane derzeit Investitionen von 20 Mrd., möglicherweise sogar 30 bis 35 Mrd. Pfund. Weiter stehe man kurz davor, insgesamt 100 Kampfflugzeuge vom Typ Typhoon an Saudi Arabien, Oman und die VAE zu verkaufen – Gesamtvolumen 6 Mrd. Die VAE, mit denen man die engsten Militärbeziehungen pflegt, hätten allein Interesse an Flugzeugen im Wert von 3 Mrd. Pfund bekundet. (ebd.: 3)

Die Bereitschaft, die imperiale „Bürde" am Persischen Golf zunehmend von den USA zu übernehmen, scheint sich bereits jetzt auszuzahlen – nicht umsonst geht der Begriff „östlich von Suez" auf ein Gedicht von Rudyard Kipling zurück.

Anmerkungen

1 Die USA waren hieran alles andere als unschuldig, sondern strickten eifrig daran mit. Siehe dazu Hudson, Michael: Super Imperialism. The Economic Strategy of American Empire London 2003 (2nd edition), S. 108-118.

2 Siehe u.a. Gardner, Frank: 'East of Suez': Are UK forces returning? BBC, 29.04.2013; Blair, David: Britain may reverse East of Suez policy with return to military bases in Gulf, The Telegraph, 29.04.2013.

3 Stansfield, Gareth/Kelly, Saul: A Return to East of Suez? UK Military Deployment to the Gulf UK Military Deployment to the Gulf, RUSI Briefing Paper, April 2013 (zit. als Return to Suez).

4 Gareth und Kelly verweisen hier etwa auf folgenden Artikel: Richard Norton-Taylor and Nick Hopkins, 'Defence Chief Signals Major UK Military Presence in Gulf', Guardian Defence and Security Blog, 18 December 2012.

5 Es existieren unzählige Publikationen über die westlichen und vor allem US-amerikanischen Ambitionen zur Kontrolle der Golfregion und die dazugehörigen Strategien. Lesenswert ist bspw. Klare, Michael: Resource Wars, New York 2002.

6 Siehe etwa Valbjorn, Morten/Bank,Andre: Signs of a New Arab Cold War, Middle East Report, Spring 2007. In einer IMI-Studie wurde sich zudem kritisch mit der Konfessionalisierung dieser Konflikte beschäftigt. Siehe Engerer, Julian: Weltpolitik und Waffenexporte. Deutsche Machtpolitik und die Konfessionalisierung von Konflikten am Persischen Golf, IMI-Studie 2012/17.

Drohnen: Wie Meinungen mit kreativen Befragungen manipuliert werden

„Glaube keiner Statistik, die du nicht selber gefälscht hast", diesen Spruch scheint auch die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in abgewandelter Form verinnerlicht zu haben. Denn die aktuelle Ausgabe ihres publizistischen Flaggschiffs, der Internationalen Politik[1] (Mai/Juni 2013), beschäftigt sich mit dem „Schlachtfeld Mensch" und wartet dabei mit einer Forsa-Umfrage zur Meinung der Bevölkerung über den Einsatz bewaffneter Drohnen auf. Sie ergab scheinbar eine hohe Zustimmung für den Einsatz bewaffneter Drohnen, was militärnahe Blogs wie „Augen geradeaus" dann gleich in Überschriften wie „Mehrheit der Deutschen will Kampfdrohnen erlauben"[2] verbreiten.

Deshalb lohnt ein genauerer Blick auf die Frage, die gestellt wurde: „In bewaffneten Konflikten kommen immer häufiger unbemannte, bewaffnete Flugkörper zum Einsatz, so genannte Kampfdrohnen. Sollte der Einsatz solcher Systeme erlaubt werden?" Mit dieser Frage wird insinuiert, man könne ja auch legalisieren, was ohnehin bereits betrieben werde – ohne in irgendeiner Form, Umstände, Ziele oder was auch immer zu differenzieren. Eine neutrale Frage wie etwa „Halten sie den Einsatz bewaffneter Drohnen für richtig oder falsch?" hätte sicherlich zu anderen Ergebnissen geführt – das war aber augenscheinlich nicht gewünscht. Fertige jede Statistik so an, dass dir ihre Ergebnisse passen, scheint das Motto der DGAP zu sein.

Dass es auch anders geht – und dann auch mit ganz anderen Ergebnissen – zeigt eine repräsentative Umfrage von infratest dimap vom Februar 2013.[3] Dort lautete die Frage: „Heute ist es technisch möglich, unbemannte Flugkörper, sogenannte Drohnen, zu bewaffnen und in weit entfernte Länder zu schicken. Dort können sie sehr präzise militärische Ziele angreifen. Was meinen sie: Sollte die Bundeswehr solche ‚Kampfdrohnen' anschaffen oder nicht?" Unter solchen Umständen ergeben sich ganz andere Resultate: „Die vom Verteidigungsministerium geplante Anschaffung von sogenannten ‚Kampfdrohnen' findet in der Bevölkerung keine Unterstützung: Zwei Drittel (65 Prozent) sprechen sich gegen einen Kauf solcher Waffensysteme aus. Lediglich ein Drittel (32 Prozent) hält diesen Schritt für richtig."

Jürgen Wagner

Anmerkungen

1 zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/archiv/jahrgang-2013/mai-juni/einsatz-bewaffneter-drohnen

2 augengeradeaus.net/2013/04/dronewatch-mehrheit-der-deutschen-will-kampfdrohnen-erlauben/

3 www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt1302_bericht.pdf

Die Drohnen und der Feind im Innern

von Beni Müller

GASTBEITRAG

Die Ankündigung, die Schweizer Armee wolle neue Kampfjets kaufen, hat landesweit einen derartigen Rummel ausgelöst, dass das Schweizer Verteidigungsministerium inmitten des Getöses quasi unbemerkt eine weitere Kriegsmaterialbeschaffung vorantreiben kann: Die Schweiz will von Israel neue Drohnen kaufen. Weshalb uns dieser Drohnenkauf Sorgen bereitet.

Neue Drohnen für die Schweizer Luftwaffe

Im Policy Brief vom April des Vereins Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft (VSWW) schreibt der Präsident Günter Herberger im Vorwort: „Neben dem Tiger-Teilersatz (TTE)[1] treibt die Schweizer Luftwaffe derzeit mit der Aufklärungsdrohne 15 (ADS 15) ein weiteres Beschaffungsprogramm voran, und dies wird von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen.“[2] In der Tat geht bisher der Kauf israelischer Drohnen in der laut geführten Diskussion um den Kampfjetkauf unter. Heubergers Bedauern ist unsere Besorgnis, denn die Beschaffung neuer Drohnen ist in vielerlei Hinsicht problematisch.

Die Schweizer Luftwaffe besitzt bereits Drohnen, sie fliegen seit bald 25 Jahren im Dienste der Armee. Der wichtigste Einsatz während dieser Zeit war die EURO 08. Diesen Eindruck erhält man zumindest, liest man diesen Policy Brief vom April.[3] Nun kommt das vorhandene System ADS 95 ans Ende seiner Lebensdauer, und die Luftwaffe bemüht sich, diese Drohnen bis 2017 mit neuen zu ersetzen.[4] Während die alten Drohnen eher klein sind und vor allem zur Aufklärung und Überwachung dienen, sollen die neuen grösser sein, mit besserer Flugleistung und grösserer Reichweite. Der relevante Unterschied: diese Drohnen können potentiell bewaffnet werden.[5]

Zwei Anbieterinnen buhlen nun um die Gunst der Schweizer Luftwaffe. Beide sind aus Israel. Israel Aerospace Industries (IAI) preist ihre Drohne Heron 1 an, Elbit die Drohne Hermes 900.[6] Letzten Herbst testete die Luftwaffe in Emmen (LU) beide Typen. Anfang 2014 will das Verteidigungsministerium den Entscheid fällen, welche Drohne die Schweiz kaufen wird.[7]

Aus Sicht der GSoA ist jeder Import oder Export von Kriegsmaterial grundsätzlich abzulehnen. Egal woher, egal wohin, egal was. Dieser Drohnenkauf bereitet uns aber aus zwei besonderen Gründen Sorgen.

Israel: Problematische Herkunft

Einerseits stellt die Herkunft dieser Drohnen ein Problem dar. Nicht weil die GSoA Fair Trade-Drohnen aus anderen Ländern, die das Völkerrecht einhalten, bevorzugen würde, sondern weil Drohnen im Nahen Osten eine lange Entwicklungsgeschichte aufweisen: Für den Jom Kippur-Krieg (1973) und den Libanonkrieg (1982) entwickelte Israel Drohen und setzte sie ein. Ab den 1980er Jahren lieferte Israel Drohnen an die USA oder half den USA bei der Entwicklung eigener Drohnen, die schliesslich im ersten Golfkrieg und im Balkan zum Einsatz kamen.[8] Hinzu kommt, dass Israel bis 2002 der einzige Staat war, der gezielte Tötungen systematisch auch ausserhalb eines bewaffneten Konflikts durchführte. Damals noch von den USA kritisiert, hat die USA seit dem 11. September 2001 im Namen der Terrorismusbekämpfung dieselbe Taktik eingeschlagen, mit vielen zivilen und unschuldigen Opfern. Wesentlich für diese Entwicklung sind die Drohnen, die für solche Tötungen die ideale Technologie darstellen.[9] Mit dem Kauf von Drohnen aus Israel unterstützt die Schweiz somit eine Industrie, deren Geschäftsinteressen mit dem Interesse an einem stabilen Frieden im Nahen Osten in Konflikt stehen. Es geht hier also nicht um den Boykott eines problematischen Konsumproduktes. Es geht ein weiteres Mal um einen sinnlosen Waffen-Deal, der Steuergelder in die Rüstungsindustrie pumpt und das Leid vieler Menschen mitfinanziert.

Der Innere Feind: Linke Demonstranten

Der zweite Grund, weshalb wir mit Sorge auf diesen Drohnenkauf blicken, sind die Entwicklungen innerhalb der Schweizer Armee selbst: Seit der klassische Landesverteidigungskrieg für die Schweiz unwahrscheinlich geworden ist, sucht die Armee verbissen nach einem neuen Feind. Und sie findet ihn im Inland. Dies zeigen zwei Übungen der Armee im letzten Herbst: Die Übung „Stabilo Due“ an verschiedenen Standorten in der Schweiz und die Übung „Paper“ im solothurnischen Biberist. Im Rahmen von „Stabilo Due“ versuchte Verteidigungsminister Ueli Maurer sich zu rechtfertigen und machte dabei deutlich, dass die Armee damit rechnet in naher Zukunft – angesichts der Wirtschaftskrise und einem befürchteten Zerfall Europas – gegen Unruhen in der Schweiz vorgehen zu müssen. Konkret: Maurer rechnet damit, dass auf Grund steigender Arbeitslosigkeit in umliegenden Ländern und der Schweiz Proteste und Solidaritätskundgebungen in Unruhen eskalieren. Und die Schweizer Armee soll bei solchen Unruhen zum Einsatz kommen: „Ich schliesse nicht

Drohne: Elbit Systems Hermes 900 auf der Pariser Air Show 2007, Bild: Mirgolth über Wikipedia, GNU Lizenz.

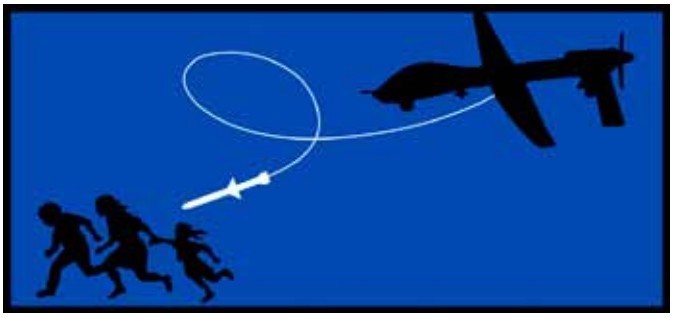
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

aus, dass wir in den nächsten Jahren die Armee brauchen", sagte Maurer.[10] Interessanterweise führte dies vor allem im Ausland zu Empörung, weil die Ausgangslage dieser Übung ein zunehmend instabiles Europa war.[11] In der Schweiz selber empörte sich nur die Linke: die GSoA und die Gewerkschaften.[12] Wieso? Weil ziemlich eindeutig zum Vorschein kam, wie sich die Armee ihren neuen Feind vorstellt, nämlich rot und antikapitalistisch. Ein Ausriss aus dem „Schweizer Soldat", die selbsternannte „führende Militärzeitschrift der Schweiz", zeigte ein Bild der Übung „Stabilo Due". Die Unruhestifter, gegen welche die Armee während der Übung vorzugehen hatte, trugen rote Fahnen.[13] So viel zu schlecht gewählter Symbolik. Noch deutlicher entlarvte sich die Armee aber während der Übung „Paper" in Biberist. Wie die Wochenzeitung WOZ berichtete, tauchte dort bei der Übung ein echtes Transparent der globalisierungskritischen Bewegung auf, das die Polizei bei einer Demonstration gegen das World Economic Forum (WEF) beschlagnahmt hatte.[14] Mit Symbolik hat das nichts mehr zu tun, die Botschaft war unmissverständlich: Die Armee rüstet sich gegen Demonstrierende in der Schweiz auf.[15] Pikant an dem Ganzen ist überdies, dass die beiden Übungen kurz vor und kurz nach dem 9. November 2012 stattfanden, dem 80-jährigen Gedenktag daran, dass 1932 Rekruten der Schweizer Milizarmee in Genf auf eine antifaschistische Demonstration schossen und dabei 13 Demonstranten töteten.

Kriegsmaterial bei Demos

Worin besteht nun der Zusammenhang mit den neuen Drohnen? Drohnen kommen in der Schweiz bereits heute bei Protesten zum Einsatz, so z.B. jährlich beim 1. Mai in Zürich,[16] oder am WEF.[17] Im Policy Brief vom April sind eine ganze Reihe ziviler Einsatzmöglichkeiten von Drohnen beschrieben, die den Kauf rechtfertigen sollen. Überwachung von Wildbeständen und Prävention von Waldbränden sind die harmlosesten Funktionen, die man laut VSWW an Drohnen delegieren könnte. Der VSWW schreibt aber: „Die Drohne wurde vom Artillerieaufklärer zum Provider für das ganze Spektrum an Aufgaben und unterstützt häufig das Grenzwachkorps und die Polizei."[18] Und das ist der springende Punkt: Wenn die Armee Aufgaben der zivilen Polizei übernimmt und sich gleichzeitig darauf vorbereitet, auf einen Feind im Inneren vorzugehen, ist das besorgniserregend. Noch besorgniserregender ist, wenn sie sich massiv mit Kriegsmaterial ausstattet, das auch gegen die zivile Bevölkerung einsetzbar ist. Die neuen Drohnen als Kriegsmaterial zu bezeichnen ist aus unserer Sicht nicht abwegig, denn sie sind in ihrer Grösse und Flugleistung vergleichbar mit den amerikanischen Predator (MQ-1), die seit dem 11. September 2001 bewaffnet in Afghanistan zum Einsatz kamen. Angenommen, die Drohnen gehörten einem Zivilen Katastrophenschutz an und kämen nur bei Naturkatastrophen zum Einsatz, wie beispielsweise bei Überschwemmungen und Waldbränden, würden Kleinstdrohnen mehr als genügen.[19] Da sie aber der Luftwaffe gehören und gegen Innen bereits zum Einsatz kamen, ist es aus unserer Perspektive mehr als fragwürdig, weshalb die Schweiz Drohnen kaufen will, die grösser sind, eine bessere Flugleistung aufweisen und gar potentiell bewaffnet werden könnten. Auf Anfrage beim Verteidigungsministerium heisst es: „Armasuisse hat [...] vom Armeestab den Auftrag erhalten, ein neues Drohnensystem [...] für ein Rüstungsprogramm vorzubereiten. Eine potentielle Bewaffnung kann man sich bei vielen Systemen vorstellen – die Frage ist, ob man von diesem Potential Gebrauch machen will". Es wird also deutlich, dass die neuen Drohnen nicht für zivile Einsätze konzipiert sind. Sie gehören zur Weiterentwicklung der Armee, mit dem neuen Feind im Innern.



Remake einer Streetart-Grafik von Essam Attia, New York, via Drohnen-Kampagne.

Anmerkungen

1 Der Tiger Teilersatz (TTE) ist das Projekt des Schweizer Verteidigungsministeriums, bei dem ein Teil der Kampfjetflotte der Schweizer Luftwaffe ersetzt werden soll. Konkret will das Verteidigungsministerium 22 neue Kampfjets des Typs Saab Gripen beschaffen, um die F-5 Tiger zu ersetzen.

2 Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft (VSWW). Sicherheitspolitische Information: Ein Beitrag zum Fähigkeitserhalt der luftgestützten Aufklärung. April 2013, S. 3.

3 Ibid. S. 9.

4 Wortprotokoll, Fragestunde, Nationalrat - Sommersession 2012 - Elfte Sitzung - 11.06.12: http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4904/383434/d_n_4904_383434_383438.htm.

5 Dies zeigt die deutsche Bundeswehr, die die Bewaffnung ihrer Heron 1 Drohnen in Betracht zieht. Heron 1 ist dieselbe Drohne, die auch der Schweiz zum Kauf angeboten ist. Siehe: Spiegel Online, 25.1.2013: http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/bundeswehr-eads-verspricht-kampfdrohne-in-einem-jahr-a-879710.html.

6 Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft (VSWW). Sicherheitspolitische Information: Ein Beitrag zum Fähigkeitserhalt der luftgestützten Aufklärung. April 2013.

7 „So schwebte die israelische Drohne über Emmen", Tages-Anzeiger, 20.09.2012.

8 Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft (VSWW). Sicherheitspolitische Information: Ein Beitrag zum Fähigkeitserhalt der luftgestützten Aufklärung. April 2013, S. 5f.

9 Siehe: offiziere.ch. Internationale Jagdsaison: gezielte Tötungen und das Völkerrecht (Teile 1 und 2): http://www.offiziere.ch/?p=8864 und http://www.offiziere.ch/?p=9041.

10 „Helvetia in Gefahr: Die Armee probt schon den Ernstfall", Der Sonntag, 07.10.2012.

11 „Die Welt berichtet über Schweizer ‚Käsearmee'", Tagesanzeiger, 20.10.2012; oder: „Allzu realistische Kriegsspiele?", www.sf.tv, 19.10.2012.

12 Siehe: „Armee rüstet sich für Unruhen in Europa", GSoA-Blog, 10.10.2012; „Die Linke macht innere Armee-Einsätze zum Thema", Der Sonntag, 14.10.12; Work-Ausgabe vom 19.10.2012.

13 „Helvetia in Gefahr: Die Armee probt schon den Ernstfall", Der Sonntag, 07.10.2012.

14 „Die Spur eines Transparents", WOZ, 31.01.2013.

15 „Ein Demo-Bild sorgt für grossen Ärger", Der Sonntag, 27.01.2013.

16 Siehe Anfrage Walter Angst im Gemeinderat Zürich: http://www.gemeinderat-zuerich.ch/Geschaeft_Details.aspx?ID=5fe68098-0563-4c5a-8377-fd61ad384546.

17 Siehe: „Im ‚Pöstli' posieren", WOZ, 18.01.2007.

18 Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft (VSWW). Sicherheitspolitische Information: Ein Beitrag zum Fähigkeitserhalt der luftgestützten Aufklärung. April 2013.

19 Ibid. S. 7ff.

Frustrierende Drohnen im lückenlosen Gefechtsfeld

von Christoph Marischka

Wer sich durch seinen Nachbarn bedroht fühlt, der behält seinen Nachbarn im Auge. Militärisch betrachtet heißt das, dessen Rüstungsprogramme zu beobachten und stets mit dem Ziel, einen leichten Vorsprung zu erringen, mitzuziehen. Nun ist Deutschland aber durch keinen Nachbarn und keine Großmacht mehr militärisch bedroht. Entsprechend wurde nicht abgerüstet, sondern umgerüstet, weil nicht mehr nur durch die Nachbarn, sondern in der ganzen Welt Bedrohungen ausgemacht werden. Ermöglicht wird dies durch einen Erweiterten Sicherheitsbegriff, der auch die Sicherheit der Handelswege, den Zugang zu Rohstoffen und Energieträgern, irreguläre Migration und Terrorismus als Gefahren für die Exportnation benennt und zum Ausdruck kommt dies in der berühmten Aussage, Deutschlands Sicherheit werde auch am Hindukusch verteidigt. Zugleich wird sie auch auf dem Balkan, am Horn von Afrika und in Mali verteidigt. In keinem dieser Fälle handelt es sich um einen zwischenstaatlichen Konflikt, bekämpft werden „Opposing Militant Forces", Piraten, Schmugglernetzwerke, Aufständische und Islamisten. Damit hat sich nach Auffassung der Sicherheitspolitiker_innen der Bedarf nach „Aufklärung und Wirkung" in zweierlei Hinsicht entgrenzt: Von den Nachbarn und mehr oder weniger offen feindlichen Großmächten auf die ganze Welt und von der Ebene der Staaten und ihrer Rüstungsprojekte bis tief hinein in die Gesellschaften. Die Haltungen und Anreize einzelner Stämme, Dörfer, Clans und Jugendgruppen werden militärisch relevant. Die Bemühungen, Anthropolog_innen in die Kriegführung einzubinden und mit Hilfe von NGOs „Country Stability Pictures" und „Kontinentale Frühwarnsysteme" zu erstellen, werden zukünftig durch eine entsprechende „Signal Intelligence" auf Ebene des Individuums erweitert. Die nun erstmal von der Beschaffungsliste des Verteidigungsministeriums gestrichene Aufklärungsdrohne „Euro Hawk" und die „Allied Ground Surveillance" der NATO (die hierauf aufbauen sollte), dienen eben diesem Zweck. Binnen Stunden sollten sie in 20 Kilometern Höhe an jeden Ort der Welt fliegen, SMS- und Handynetzwerke anzapfen und hochauflösende Bilder auch einzelner Personen liefern können. Obwohl nun keine weiteren „Euro Hawks" mehr angeschafft werden, weil sie sich nicht in den zivilen Luftraum integrieren lassen, sollen die Erprobungsflüge bei Manching noch bis mindestens Ende September fortgesetzt werden, um die darin eingebaute Überwachungstechnologie für Folgeprojekte zu testen. An nahezu allen deutschen Hochschulen wird gegenwärtig an Systemen geforscht, mit denen „verdächtiges Verhalten" automatisch aus Übersichtsaufnahmen erkannt und die entsprechenden Personen durch stationäre oder fliegende Kameras verfolgt werden können. Ziel ist die Überwachung „weite[r] Räume, in denen nur wenige eigene Kräfte zur Verfügung stehen".[1] Dass überhaupt „eigene Kräfte" vor Ort sind, wird von der sicherheitspolitischen Gemeinschaft schlicht vorausgesetzt und auch nicht in Frage gestellt und allein dadurch werden die Aktivitäten der ansässigen Bevölkerung oder Durchreisender zur Frage der nationalen und internationalen Sicherheit.

Was diese Entgrenzung militärischer Aufklärung für Folgen hat, lässt sich gegenwärtig in der Debatte um die Anschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr gut beobachten und ist hochbedenklich: Einigen zuckt jetzt schon der Finger am noch nicht vorhandenen Abzug. So jedenfalls beschrieb es der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Ulrich Kirsch, jüngst in einem Interview mit dem Deutschlandfunk: „Wenn Sie eine Aufklärungsdrohne haben, die nicht bewaffnet ist, und feststellen, dass Ihre eigenen Leute in Gefahr sind, aber nicht wirken können, … wenn Sie in einer solchen Lage sind, ist es erst mal für den Drohnenführer, der das am Bildschirm sieht, sehr schwierig".[2] Eine ähnliche „Hilflosigkeit" wollte uns kurz zuvor Joachim Käppner in

Heron Drohne der Bundeswehr im Afghanistan-Einsatz, Foto: Sebastian Wilke/Bundeswehr, über: flickr Wir. Dienen. Deutschland 2012.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

der Wochenendausgabe der Süddeutschen Zeitung suggerieren: "Die Heckenschützen, die eine Nato-Fahrzeugkolonne beschießen und dann auf Geländemotorrädern zu einem Dorf flüchten. Man sieht sie offenbar rauchend im Innenhof eines Lehmgehöfts herumstehen, die Gewehre über der Schulter: Terroristen bei der Mittagspause. Die Frauen und Männer im Container sitzen weit davon entfernt im Stützpunkt Masar-i-Sharif, dem Nato-Hauptquartier für Nordafghanistan. Mehr als zusehen können sie nicht."[3] Deshalb bräuchte die Bundeswehr bewaffnete Drohnen, weil diese, wie es Oberst a.D. Wolfgang Richter in seinem leidenschaftlichen Plädoyer für die Anschaffung bewaffneter Drohnen in einem Papier der Stiftung Wissenschaft und Politik ausdrückt, „die Fähigkeiten zur kontinuierlichen Raumüberwachung, Lageaufklärung, Zielerfassung und Waffensteuerung in einem System " bündeln und damit „die Zeit zwischen Aufklärung und Waffeneinsatz drastisch … verkürzen " könnten.[4]

Das wirklich dümmliche besteht – sowohl bei Richter, wie bei Käppner – darin, dass diese Argumentation von der verkürzten Reaktionszeit mit dem Narrativ einer vermeintlich erhöhten Präzision bewaffneter Drohnen einerseits und der Verleugnung jeder Dynamik zur weiteren Autonomisierung von Drohnen andererseits im selben Atemzug genannt wird. Tatsächlich liefern sie mit ihren Beispielen bereits jetzt jene Argumente, die zu einer weiteren Verkürzung der Kommandowege, einer weiteren Autonomisierung der Drohnen und damit zwangsläufig auch zur abnehmenden „Präzision" im Sinne einer Unterscheidung von „legitimen" und „illegitimen" Zielen führen werden. Die zentrale Strategie in der aktuellen Argumentation für die Anschaffung bewaffneter Drohnen ist jedoch eine vehemente, wenngleich äußerst unscharfe Abgrenzung von der Praxis „gezielter Tötungen" in der Drohnenkriegführung der USA.[5] Fast scheint es, als wollten die Autoren antiamerikanische Ressentiments ansprechen, wenn sie behaupten, „dass es für Deutschland nicht in Frage kommt, seine Streitkräfte zum gezielten Töten in einer Grauzone zwischen den Völkerrechtsnormen für bewaffnete Konflikte und rechtsstaatlicher Strafverfolgung einzusetzen" (Richter). „Politisch wären gezielte Mord-Missionen in der Bundesrepublik ohnehin nie durchsetzbar", so Käppner und: „In Deutschland würden gezielte Hinrichtungen gegen das Grundgesetz verstoßen". Bei beiden Autoren ist jedoch anzunehmen, dass sie darüber informiert sein dürften, dass sich die Bundeswehr in gemeinsamen Stäben und durch Informationsaustausch an der Erstellung eben jener 'Capture or Kill'-Listen beteiligt, die durch die gezielten Tötungen seitens ihrer Verbündeten abgearbeitet werden. Wer vor diesem Hintergrund etwa die völlig fehlende Öffentlichkeit dafür betrachtet, dass sich die Bundeswehr am Horn von Afrika an einer Mission beteiligt, bei der gelegentlich „Pirateninfrastruktur" an Land beschossen wird, ohne es (wie auch häufig nach Close Air Support in Afghanistan) auch nur für nötig zu halten, anschließend mögliche zivile Opfer aufzuklären, müsste daran zweifeln, dass gezielte Tötungen durch bewaffnete Drohnen der Bundeswehr tatsächlich für alle Zeit ausgeschlossen sind. Otfried Nassauer verwies in diesem Zusammenhang noch darauf, dass auch deutsche Spezialkräfte längst eingesetzt werden, „um Taliban- oder Al-Qaida-Führer festzusetzen. Was läge also näher, als gerade solche Einsätze durch bewaffnete Drohnen zu schützen und zu unterstützen. Doch sobald sich bei dieser Mission die Gefahr eines Gefechtes abzeichnet und wenn die abgefeuerte Rakete der Drohne die Zielperson tötet, was unterscheidet dann diesen Einsatz noch grundsätzlich von einer amerikanischen Drohnenmission zur gezielten extralegalen Tötung von sogenannten 'Hochwertzielen'?"[6]

Die Antwort ist ein Begriff, der gegenwärtig unter denjenigen, die für die Anschaffung bewaffneter Drohnen schreiben, Hochkonjunktur hat: Das „Gefechtsfeld". Die Kampfdrohnen der Bundeswehr sollen der „Gefechtsfeldunterstützung" dienen und das soll die Abgrenzung von der Drohnenkriegführung der USA ermöglichen. Alle genannten Beispiele unterstreichen aber, wie unscharf auch dieser Begriff und damit die völkerrechtliche Argumentation ist, welche die Autoren damit verbinden. Bei Käppner jedenfalls ist keine Rede davon, ob sich die „Terroristen bei der Mittagspause" zuvor über eine Grenze bewegt haben oder nicht. Richter denkt für die SWP bereits jetzt offen darüber nach, dass zukünftig „Führungskräfte, Logistik und Versammlungsräume" angegriffen werden könnten, „bevor der Gegner selbst zum Angriff antritt" (man bedenke auch die Folgen, wenn die "Gegner" das Gefechtsfeld ähnlich definieren). Ihm zufolge seien „militärische Gegenmaßnahmen zulässig", falls der betreffende Staat „grenzüberschreitende Angriffe nichtstaatlicher bewaffneter Kräfte … nicht unterbinden kann oder will". Dass alleine die Vorüberlegungen zur Anschaffung bewaffneter Drohnen zu derartigen völkerrechtlichen Überlegungen anregen, gibt zunächst eher den Kritiker_innen Recht. Doch v.a. auch abseits von Staatsgrenzen und Völkerrecht sollten wir den Begriff des „Gefechtsfeldes" womöglich ernst nehmen und überlegen, wie Drohnen dieses „Gefechtsfeld" transformieren, welche humanitären und sozialen Folgen das haben kann. Das fängt schon bei den Aufklärungsdrohnen an, die ein entgrenztes und vermeintlich lückenloses Gefechtsfeld durch ihre Aufklärung überhaupt erst schaffen. Dabei wird etwa vom Fraunhofer-Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung zusammen mit der Bundeswehr in Afghanistan längst an Systemen zur „Entlastung der Auswerter bei ihren mehrstündigen Beobachtungs- und Auswertungsaufgaben" und damit einer Teilautonomisierung zumindest in der Bildgebung gearbeitet.[7] Ein erweiterter Sicherheitsbegriff im Verbund mit teilautonomen Aufklärungssystemen schaffen dann das lückenlose und entgrenzte Gefechtsfeld, in dem es „sehr schwierig" (Kirsch) ist, nicht einzugreifen, nicht zu töten. Sie vernichten soziale Räume und Rückzugsräume nicht nur für Kombattanten, sondern auch für die Zivilbevölkerung. Und sie schaffen die Debatten, die darum kreisen, wie man „Terroristen bei der Mittagspause", in einem Lehmgehöft in Zentralasien töten kann, ohne „sich erheblicher Gefahr" auszusetzen (Käppner).

Anmerkungen

1 Wolfgang Richter: Kampfdrohnen – Völkerrecht und militärischer Nutzen, SWP-Aktuell 2013/A.

2 „Das wird woanders fehlen", Bettina Klein im Interview mit Ulrich Kirsch, Deutschlandfunk vom 16.5.2013.

3 Joachim Käppner: Entscheidet euch – Die Frage der Kampfdrohnen spaltet die Gesellschaft …, in: Süddeutsche Zeitung, Nr.108, 11./12. Mai 2012.

4 Wolfgang Richter, a.a.o.

5 Das gilt insbesondere auch für den Atrikel von Sidney E. Dean: Umstrittener Kampfdrohneneinsatz der USA, in: Europäische Sicherheit und Technik, 4/2013: „Die Gefechtsfeldverwendung der Kampfdrohnen ist folglich vergleichsweise unumstritten, auch aus rechtlicher Sicht … Äußerst kontrovers sind hingegen die Drohnenkampagnen des Geheimdienstes, die der 'gezielten Tötung' ('targeted killing') von Terroristen in offiziell neutralen Ländern gilt".

6 „Keine neue Qualität der Kriegsführung? Streit um den Kauf bewaffneter Drohnen durch die Bundeswehr ", Beitrag von Otfried Nassauer für die Sendung „Streitkräfte und Strategien", NDR Info vom 20.04.2013.

7 „ABUL" unter www.iosb.fraunhofer.de.

Feministische Drohnenkritik

Ein Interview über unbema_nnte Luftfahrzeuge

AGFA-V – AG feministisch*antimilitaristische Vernetzung

Redaktion des AUSDRUCKs: Ihr habt auf dem 35. Kongress der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) in München einen Workshop zu „feministischer Drohnenkritik" veranstaltet. Was ist denn an Drohnenkritik feministisch?

Für uns gibt es verschiedene Formen der Kritik an einer tödlichen Technologie wie die der Drohnentechnologie. Uns ist wichtig, die Wirkung einer Technologie auf das Alltagsleben der Menschen zu reflektieren, zu begreifen, dass eine Überwachungstechnologie, die das Potential zum Töten hat, über den einzelnen Tötungsakt hinaus, soziale Verhältnisse strukturiert, diese terrorisiert und damit zerstört. Offene gastfreundliche Gesellschaften verkehren sich zum Gegenteil. Angsträume entstehen und haben damit auch einen erheblichen Einfluss auf die Geschlechterverhältnisse. Feministisch bedeutet für uns, den Blick auf die Technologie zu werfen und sie in ihrer patriarchalen Struktur zu kritisieren, als auch die sozialen Auswirkungen ihrer Anwendung zu benennen. Das Denken in Dichotomien, die Abspaltung des Körpers vom Geist, von Gefühlen und Erleben von der Ratio sind abendländische Denkweisen, die Grundlagen kapitalistischer Produktions- und Lebensweisen darstellen und für uns im Fokus der Kritik stehen.

Wie ist der Workshop dann konkret abgelaufen, gab es Rückmeldungen und/oder Kritik und wie bewertet Ihr den Ablauf und die Reaktionen?

Die Stuhlreihen waren im Kreis angeordnet, es gab kein Podium, die Referent_innen saßen zwischen den Teilnehmer_innen verteilt.

Wir haben den Workshop auf vier Säulen aufgebaut:

- Erstens gab es einen dialogischen szenischen Input, zwei Feministinnen unterhalten sich über das Buko-Programm und die feministischen Alltagserfahrungen in der linken Szene.
- Zweitens wurde ein Beitrag über unser feministisches Selbstverständnis in Bezug auf Drohnen vorgetragen.
- Drittens wurde ein literarischer Beitrag über den Drohneneinsatz in Pakistan und die Wirkung auf die Bevölkerung dargeboten.
- Viertens wurde ein Beitrag über die Wurzeln der patriarchalen Technologieentwicklung und ihre Verwurzelung in der antiken Philosophie gehalten.

Es gab einen ständigen Wechsel der Vortragenden, auch inhaltlich wurde eine Patchwork-Decke gewoben, Drohnenkritik aus verschiedenen Blickwinkeln vorgestellt.

Es kamen fast 60 Personen zum Workshop, mit solch einem breiten Interesse hatten wir nicht gerechnet, es hat uns allerdings sehr erfreut und es zeigt, dass es ein Interesse an feministischen Fragestellungen gibt. Leider war unseres Wissens nach dieser der einzige Workshop auf dem Kongress mit explizit feministischer Sichtweise. Alle sind bis zum Schluss geblieben, es gab eine offene angeregte Diskussion danach und hinterher weitere Gespräche und viel Lob: über die angenehme abwechslungsreiche Art der Präsentation, über die darstellenden aber nicht bewertenden Positionierungen, über die anregenden Gedanken, die zum Weiterdenken animieren, über die Freude, eine feministische Position zu erleben, etc.

*Als Veranstalter_in des Workshops wurde eine „AG feministisch*antimilitaristische Vernetzung" genannt. Was hat es damit auf sich und was versprecht Ihr Euch aus der Verknüpfung beider Perspektiven?*

Aufgrund eines Schwerpunktes Antimilitarismus in dem Buch „Darum Feminismus!" (Affront (Hg.) Unrast Verlag, 2011), in dem sich zwei Artikel mit antimilitaristischen Fragen beschäftigen, kam es zu der Idee, zu diesem Thema einen Diskussionszusammenhang zu schaffen, aus dem dieser Kreis entstand. Die Aktivist_innen kommen aus verschiedenen Kontexten von Antimilitarismus über feministische Theorieentwicklung bis hin zu feministischer Politik. Gemeinsames Interesse war und ist, das zarte Pflänzchen des Antimilitarismus mit feministischen Ideen zu bereichern und es somit wirkungsvoller werden zu lassen. Wir sind der festen Überzeugung, dass eine feministische Position zum Antimilitarismus gehört, wie auch kein Feminismus ohne eine grundlegende Kritik am Militarismus auskommt.

Habt Ihr vor, Euch weiterhin auf das Thema Drohnen zu konzentrieren, oder was sind sonst die weiteren Pläne?

Die Drohnen sind ein lohnendes Thema, wir beschränken uns aber nicht darauf. Sie sind exemplarisch für uns und durch die Entscheidung keine EuroHawks zu kaufen, keineswegs ad Acta gelegt. Die sogenannte zivile Überwachungstechnologie steht erst am Anfang ihrer Ausbreitung. Aber unser Ansatz ist weiter gefasst und wir sind experimentierfreudig bezüglich unserer Diskussionen.

Wer und wie könnte bei Interesse bei Euch mitmachen und wie könnte man mit Euch in Kontakt treten?

Wir freuen uns, wenn sich Menschen von unserer Arbeit angesprochen fühlen und Interesse haben, in diesem Kontext mit uns zum Diskutieren und weitere Ansätze zu entwickeln. Erreichbar sind wir unter agfa-v@gmx.de

Remake einer Streetart-Grafik von Essam Attia, New York, via Drohnen-Kampagne

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

IMI-Aktuell

Vor kurzem ging auf unserer Homepage eine neue IMI-Reihe an den Start: die Kurznachrichtenrubrik „IMI-Aktuell". Hier möchten wir eine kleine der Auswahl dokumentieren. Über IMI-Aktuell versuchen wir so manche wichtigen und manchmal auch amüsanten friedens- und sicherheitspolitischen Infos über die längeren Analysen und Studien hinaus, allen zugänglich zu machen.

IMI-Aktuell 2013/148

Beieinander: Trittin & Ischinger

Der Chef der Grünen-Bundestagsfraktion, Jürgen Trittin, war kürzlich Teilnehmer einer Veranstaltung der Körber-Stiftung in Hamburg zum Thema „Droht eine Militarisierung deutscher Außenpolitik?". Seine Debattenbeiträge würden nebenbei zeigen, so ein diesbezüglicher Artikel in der Süddeutschen Zeitung (17.05.2013, S. 6), dass die Grünen bei den früher für sie so heiklen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik längst in der politischen Mitte stünden. Nichts kann dies wohl besser belegen, als der Diskussionspartner Trittins, Wolfgang Ischinger. Sein häufigster Satz habe gelautet: „Ich bin da ganz bei Herrn Trittin." Besonders ein Vorstoß Trittins habe es dem Chef der Münchner Sicherheitskonferenz angetan: „Wir haben inzwischen in Europa durchgehend Mehrheitsentscheidungen, mit zwei Ausnahmen: (…) das zweite ist die Außen- und Sicherheitspolitik." Diesen Zustand werde Europa, „wenn wir eine Rolle spielen wollen in der Welt", überwinden müssen. „Ich sage das auch im Wissen, dass es dann mal passieren kann, dass auch Deutschland überstimmt wird." Ohne das Prinzip der Mehrheitsentscheidung aber werde Europa außen- und sicherheitspolitisch weiterhin „nicht politisch handlungsfähig sein". Über Bedenken Trittins wegen einer etwaigen Verletzung parlamentarischer Kontrollrechte des Bundestages erwähnt der SZ-Beitrag nichts. Jedenfalls habe Ischinger den Vorschlag, die Mehrheitsentscheidung einzuführen, für „fabelhaft" gehalten. (mh)

IMI-Aktuell 2013/146

KSK: Keine Musterknaben

(17. Mai 2013) Bundeswehr Monitoring berichtet unter Verweis auf einem Artikel im Schwarzwälder Boten über die einjährige Bewährungsstrafe, zu der ein ehemaliger Major des Kommandos Spezialkräfte (KSK) verurteilt wurde. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass er während eines Einsatzes in Mali im Jahr 2008 Geld unterschlagen und Urkundenfälschung betrieben hat. Der Knaller ist dabei, folgendes Zitat, das der ehemalige Kompaniechef vor Gericht vom Stapel gelassen haben soll: "Ein Waisenknabe bin ich natürlich nicht. [...] Aber ein Musterknabe würde ja auch nicht zum Einsatz nach Afghanistan geschickt." (jw)

IMI-Aktuell 2013/134

EU-Konzerne: Rüstungsexportoffensive

Unter dem Titel „EADS teilt sich die Welt auf" berichtete die Welt (07.05.2013) über die Neustrukturierung des Rüstungsgiganten. Ziel sei es dabei, künftig „besser" für das Exportgeschäft positioniert zu sein. „Der Luft- und Raumfahrtkonzern EADS möchte nach der Neuordnung der Aktionärsstruktur nun seine internationale Schlagkraft in strategisch wichtigen Schlüsselmärkten stärken." Ziel sei es etwa, den Auslandsanteil des Umsatzes der EADS-Rüstungstochter Cassidian bis 2017 von 30 auf 50 Prozent zu steigern. Hierbei handelt es sich beileibe um keinen Einzelfall: Die europäische Rüstungsindustrie versucht auf breiter Front ihre Exporttätigkeiten auszuweiten. Nach exakt demselben Muster wie EADS, wird gegenwärtig zB auch Saab umstrukturiert, man verfolge damit einen neuen „exportorientierten Ansatz", so Micael Malmberg, Geschäftsführer von Saab International Deutschland im aktuellen Hardthöhenkurier (2/2013). (jw)

IMI-Aktuell 2013/120

Drohnen-Campus

In Ottobrunn bei München entsteht der „Bavarian International Campus Aerospace and Security" (BICAS). Er soll die deutsche „Innovations- und Technologieführerschaft in den Bereichen Luft- und Raumfahrt sowie Sicherheit" für die Zukunft sichern. Dazu werden Wissenschaft, (Rüstungs-) Industrie und Bundeswehr zusammen gekoppelt. Partner sind die TU München, die Universität der Bundeswehr in München, die IABG (eine ehemaliges Luftwaffeninstitut des Verteidigungsministeriums, heute privatisiert), Siemens und der Rüstungskonzern EADS. Ziel ist die „Beschleunigung des Technologietransfers von der Spitzenforschung in die Wirtschaft". Forschungsergebnisse sollen möglichst schnell in marktreife Produkte umgesetzt werden. Dazu werden auf dem Campus die entsprechenden Firmengründungen („Start-Up") angesiedelt.

Inhaltlicher Schwerpunkt sind autonome Systeme wie z.B. Drohnen. Erstmals in Deutschland wird die Studienrichtung „Master of Autonomous Systems" angeboten. Laut Eigenwerbung positioniert sich der BICAS damit „auf den wachsenden Weltmärkten Luft- und Raumfahrt sowie Sicherheit auf internationalem Top-Niveau". (an)

IMI-Aktuell 2013/114

Schweiz: Armee-„Reform"

Nach Veröffentlichung des 61-Seiten umfassenden „Berichts zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee" hat das Schweizer Verteidigungsdepartement am 19. April 2013 die verwaltungsinterne Ämterkonsultation zur „Weiterentwicklung der Armee" (WEA) eröffnet. Kernelemente der anstehenden Armeereform werden von der Neuen Züricher Zeitung NZZ (26.04.2013) skizziert: „Hinter dem Kürzel WEA verbirgt sich nichts Geringeres als eine weitreichende Armeereform. […] Die Crux der geplanten Reform besteht allerdings darin, dass eine zeitgemäß ausgerüstete und rasch einsatzbereite Armee viel Geld kostet." Wie ein weiterer NZZ-Kommentar (29.04.2013) bestätigt, geht es im Kern der Reform darum, sich von dem „althergebrachten" Konzept der Landesverteidigung zu verabschieden und damit – Neutralität hin oder her – Gelder freizuschaufeln, um sie in teure Kapazitäten für Auslandseinsätze zu investieren. „Die erarbeitete Konzeption zur Weiterentwicklung der Armee (WEA) ruft nach einschneidenden Gewichtsverlagerungen: Die Bereitschaft zur Verteidigung im Kriegsfall, einstmals unumstößliche Kernkompetenz der Armee, soll weiter gedrosselt werden. […] Neue Bedrohungsformen erfordern den Abschied von alten Denkmustern. So lautet die Devise." (jw)

GEMEINT SIND WIR ALLE !

Rechte und rassistische Aktivitäten nehmen zu
Angriffe auf eine offene Gesellschaft!

Es liegt an uns!
Aktiv gegen Neonazis und Rassismus!

In den letzten Wochen und Monaten nehmen rassistische und faschistische Angriffe in Bayern zu. Die organisierte Neonazi-Szene agiert zunehmend offen und aggressiv. In München kommt es im April und Mai zu mehreren Attacken von Neonazis. So wurden die Fenster des Wohnprojekts „Ligsalz 8“ eingeworfen, Nazi-Parolen in die Fenster eingeritzt und die gesamte Fassade mit Farbbeuteln beworfen. Die Geschäftsstelle des Bayerischen Flüchtlingsrats wurde Ziel ähnlicher Angriffe. Ebenso wurden vier Fensterscheiben des Büros des Kurt-Eisner-Vereins eingeworfen. Am EineWeltHaus konnten zweimal Vermummte vertrieben werden.
Auch bayernweit nehmen rechte Angriffe zu. Unter anderem wurde im Mai in Nürnberg die Gedenktafel für die Opfer des NSU mit rechten Aufklebern beklebt und in Bamberg eine türkische Familie angegriffen und verletzt.
Solche Angriffe treffen wenige, Einzelne. Sie sind aber Angriffe auf uns alle und auf eine offene, antirassistische Gesellschaft!

Zehn Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds – und jetzt einfach so weiter?

All das passiert vor dem Hintergrund des Prozesses gegen den NSU und seine Unterstützer_innen. Bundesweit solidarisiert sich die Neonazi-Szene offen und provokant mit den Taten des NSU. In Mainz wurde kürzlich eine künstliche Blutlache vor einer Moschee platziert, in Düren wurde der Eingang der Islamischen Gemeinde sogar mit den Worten „NSU lebt weiter und ihr werdet die nächsten Opfer sein!!!“ beschmiert. In München wurde die Kanzlei der Anwältin der Witwe eines der zehn Mordopfer mit Fäkalien attackiert.
Die Reaktion der Polizei ist fatal: „Wir nehmen nicht wahr, dass die rechte Szene insgesamt aktiver wird“ kommentiert der Pressesprecher der Münchner Polizei Wolfgang Wenger noch am 17. Mai und spricht von „Einzelfällen“. Erst nach dem neunten Angriff nennt er es eine „Häufung“ von Einzeldelikten. Die erneute Leugnung eines organisiert agierenden Neonazi-Netzwerks in München zeigt, dass die Polizei nichts aus der folgenreichen Verharmlosung rechter Strukturen der vergangenen Jahre gelernt hat. Angesichts jahrelanger Untätigkeit ist das nicht nur zynisch gegenüber den betroffenen Initiativen und Einzelpersonen der jüngsten Angriffe, sondern auch gegenüber den Opfern des NSU, deren Angehörigen und gegenüber 173 weiteren Todesopfern rechter Gewalt seit 1990.

Rassismus in der Gesellschaft – wiederholt sich die Geschichte?

Anfang der 1990er-Jahre wurden in einer offenen rassistischen Stimmung der Gesellschaft und vor dem Hintergrund rassistischer Hetze der Politik zahlreiche Anschläge auf Flüchtlingslager und Wohnhäuser von Migrant_innen verübt, bei denen auch Menschen getötet wurden. In Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen applaudierten Hunderte Anwohner_innen, während ein rechter Mob Brandsätze auf Unterkünfte von Flüchtlinge und Vertragsarbeiter_innen warf. Die Polizei blieb bei den mehrtägigen Ausschreitungen weitgehend untätig.
Aktuell erleben wir neben den offenen Attacken von Neonazis in Bayern und Deutschland auch immer mehr rassistische Stimmungsmache in Politik und Öffentlichkeit. Mit der Rede von „massenhafter Armutsmigration“, flankiert von der Mär von „integrationsunwilligen“ Migrant_innen von Sarrazin, Buschkowsky und Co, fühlt man sich schockierend an die damaligen Zustände erinnert.

Rechte Angriffe betreffen uns alle – gemeinsam gegen Einschüchterung und Bedrohung!

Solche Zustände betreffen uns alle, wir dürfen sie nicht zum Alltag werden lassen! Angriffe von Neonazis und Rassist_innen auf Migrant_innen, andere Einzelpersonen und Initiativen sind immer auch ein Angriff auf die gesamte Gesellschaft. Wir verlangen, dass Staat und Behörden ihr jahrelanges Versagen offen eingestehen, die Verharmlosung neonazistischer Aktivitäten beenden und das rechte Auge endlich öffnen!
Vor allem aber ist klar: Es liegt an uns! Wir dürfen nicht zulassen, dass die Angst vor Attacken und Angriffen wieder zur Normalität wird!
Wir alle müssen uns aktiv und couragiert gegen Neonazis und Rassismus einsetzen! In unseren Vierteln, in der Stadt und überall.

Solidarität zeigen und aktiv werden:

- Aufruf zeichnen: Wenn ihr als Gruppe oder Einzelperson eure Solidarität ausdrücken und den Aufruf zeichnen möchtet, schickt eine Mail an: nsuprozess@riseup.net
- Finanzielle Unterstützung: Durch die Angriffe entstehen hohe Kosten für die betroffenen Projekte. Ihr könnt diese mit einer Spende unterstützen: Bayerischer Flüchtlingsrat, Konto-Nr: 88 32 602, BLZ: 700 205 00, Stichwort: Spende gegen Nazis
- NSU-Prozess besuchen: Zeigt eure Solidarität mit den Angehörigen, indem ihr den NSU-Prozess als Zuschauer_in besucht und nehmt damit Nazis den Platz weg. Besonders wichtig sind dabei der Wiederbeginn des Prozesses am 04. Juni und der Jahrestag der Ermordung von Abdurrahim Özüdoğru am 13. Juni, aber auch alle weiteren Termine.

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Herausgeber des AUSDRUCKs ist die
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder.
Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,
www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de,
Tel. 07071/49154